Beilage zu „Glückauf“ Nr. 17 vom 23. April 1904.

P.480/04/I

Interpellation der Abgeordneten Stötzel und Brust

betreffend

die Behandlung der kleinen Zechen im Ruhrrevier durch das Kohlen-Syndikat.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

54. Sitzung. Sonnabend, den 16. April 1904.

	Seite
Möller, Handelsminister	2, 8
Stötzel, Interpellant	2
Dr. Dittrich (Braunsberg) [zur Geschäftsordnung]	11
Hilbck	11
Schulze-Pelkum	19
Oeser	20
Dr. Stockmann (Segeberg)	27
Brust	29, 43
Dr. Beumer	35
Dr. Hahn	39, 42
Dr. v. Savigny (zur Geschäftsordnung)	44
Persönliche Bemerkungen.	
Dr. Beumer	44
Hilbck	44
Brust	44

Präsident v. Kröcher: Ich eröffne die Sitzung. Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

Verlesung der Interpellation der Abgeordneten Stötzel und Brust, betreffend die Behandlung der kleinen Zechen im Ruhrrevier durch das Kohlensyndikat. — Drucksache Nr. 176.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Interpellation zu verlesen:

Holtschke, Schriftführer:

1. Ist der Königlichen Staatsregierung bekannt, dass infolge der Zuteilung der Fördermengen seitens des Kohlensyndikats an die einzelnen Zechen von den grösseren Zechen (Gewerkschaften) die kleineren im Ruhrrevier angekauft und stillgelegt werden, um deren Förderquantum zu übernehmen?
2. Was gedenkt die Königliche Staatsregierung gegen diese, die betroffenen Gemeinden und deren Einwohner, insbesondere die Bergleute und Gewerbetreibenden, in bedenklicher Weise schädigenden Praktik zu tun?

Präsident v. Kröcher: Ich richte nunmehr die Frage an die Königliche Staatsregierung, ob und wann sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Ich bin bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Präsident v. Kröcher: Dann erteile ich das Wort zur Begründung der Interpellation dem Abgeordneten Stötzel.

Stötzel, Interpellant: Meine Herren, seit einigen Wochen ist in dem Ruhrkohlengebiete eine grosse Aufregung entstanden, nicht bloss in der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch unter den Handwerkern und den Geschäftsleuten, und zwar aus Anlass des Ankaufes von Zechen behufs deren Stilllegung durch grössere Gewerkschaften, um die Beteiligungsziffer dieser angekauften Gruben sich anzueignen. Nun kann man sich leicht vorstellen, dass das in den davon betroffenen Gemeinden eine grosse Aufregung hervorgerufen hat. In dem rheinisch-westfälischen Kohlenbezirke ist das Blühen und das Wohl der Gemeinden so eng verknüpft mit der gedeihlichen Entwicklung der Industrie, dass, wenn die Industrie ein Schlag trifft, es alle Einwohner der Gemeinden ohne Ausnahme schmerzlich empfinden. Nun ist die Aufregung aber ganz besonders deshalb hervorgetreten, weil man, wie von vornherein verlautete, beabsichtigte, die angekauften Werke, wenn auch nicht augenblicklich, so doch in wahrscheinlich kurzer Zeit still zu legen.

Um einen umfassenden Ueberblick über die Sache zu geben, erlaube ich mir, kurz anzuführen, wie sich der Bergbau dort in dem Ruhrrevier entwickelt hat. Er hat sich dort anders entwickelt als an manchen anderen Stellen. Der Bergbau wird ja im Ruhrrevier schon seit Jahrhunderten betrieben. Von Anfang an waren die Bergleute, die auf der Grube arbeiteten, durchweg ansässige Leute; man konnte sich an manchen Stellen kaum den Fall denken, dass einer, der auf der Grube arbeitete, nicht auch in einem der nächsten Orte ein Eigentum besass, und so ist es im grossen und ganzen bis gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts — man kann wohl sagen bis über das Jahr 1860 hinaus — geblieben. Infolge des stärkeren Betriebes kamen damals auch Leute auf die Grube, die nicht ortsangesessen waren, und ihre Zahl hat sich im Lauf der Jahre durch die stärkeren Belegschaften der Gruben sehr vermehrt. Aber ein beträchtlicher Teil auf den Kohlengruben des Ruhrreviers ist noch heute ansässig, besitzt ein Haus, einen kleinen Garten, ja der eine oder der andere besitzt auch noch einen oder ein paar Morgen Land. Die Verhältnisse kann man nicht anders als recht glückliche bezeichnen, und im grossen und ganzen waren die Leute auch mit ihrer Lage zufrieden, und zwar bis in die neueste Zeit; denn wenn die Löhne im Ruhrgebiet auch nicht so hoch waren wie im Norden, im Emschergebiet, so waren die Leute doch besser daran und waren vielleicht auch eher im stande einen Spargroschen zurückzulegen als diejenigen, die im Norden höhere Löhne verdienten.

In diesen Verhältnissen ist nun auf einmal ein Umschlag eingetreten. Wenn es sich nur um eine oder ein paar Gruben handelte, so wäre es noch nicht so schlimm; aber es sind bis jetzt angekauft von der Aktiengesellschaft Concordia in Oberhausen die Zeche Steingatt; von der Firma Stinnes die Zeche Maria Anna und Steinbank und Hasenwinkel, Engelsburg und Friedlicher Nachbar; von der Arenberg'schen Bergbaugesellschaft ist angekauft Julius Philipp; von der Gewerkschaft Ewald ist angekauft die Zeche Eiberg; die Gewerkschaft Hibernia hat angekauft die Zeche Alstaden; Konstantin der Grosse hat angekauft die Zeche Borneck; die Gewerkschaft Bismarck hat die Zeche Bickefeld bei Hörde angekauft. Das sind 7 Gesellschaften, die 9 Gruben gekauft haben. Nun sollen, wie berichtet wird, noch Unterhandlungen über den Ankauf der Zechen Altendorf, Viktoria, Kupferdreh, Sprockhövel, Borussia, Graf Schwerin, Sieben Planeten, Freie Vogel und Unverhofft, Dahlhauser Tiefbau, Franziska schweben. Es sind also noch 10 Werke, mit denen man in Unterhandlungen stehen soll. Ob das nun ganz richtig ist, oder ob die Verhandlungen während der Zeit nun nicht abgebrochen, kann man ja so genau nicht wissen.

Ich bin von einer ganzen Reihe von Leuten aus dem Kreise Essen, die in Steele, Ueberruhr, Königssteele u. s. w. wohnen, wegen der Stilllegung der Zechen bestürmt worden. Es wurde damals schon mitgeteilt, dass Verhandlungen über die Zechen schwebten, die mittlerweile angekauft sind. Ich bin sofort bei dem Herrn Minister vorstellig geworden — es war vor

ungefähr vier Wochen —, und der Herr Minister hat nicht verkannt, dass die Lage eine sehr schwierige für die Arbeiter und für die Geschäftsleute sein würde; er hat zugesagt, das seinige tun zu wollen, um dem schlimmsten Uebel, soweit er vermöge, vorzubeugen.

Dann sind wir, mein Kollege Brust und ich, nach Eintritt der Osterferien bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf und bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg vorstellig geworden. Diese Herren liessen uns nicht im Zweifel darüber, dass sie so ziemlich schon alles veranlasst hätten, um die Schädigung der Gemeinden, die unleugbar bei Stillegung der Gruben eintreten würde, wenigstens so viel wie möglich zu mildern. Der Herr Regierungspräsident in Arnsberg hat dann auch eine Reihe von Massregeln genannt, die er schon getroffen habe.

Nun haben wir den Herren Regierungspräsidenten in Düsseldorf und in Arnsberg eine Eingabe überreicht, die ich mir mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorzulesen gestatte. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Eine Hohe Königliche Regierung ersuchen die ergenst unterzeichneten Abgeordneten, tunlichst bald amtliche Erhebungen anzustellen über die soziale Wirkung des Ankaufs kleinerer Zechen des Ruhrgebiets durch andere grössere Gesellschaften bezw. Gewerkschaften. Insbesondere bitten die Unterzeichneten, diese Erhebungen zu veranstalten über folgende Fragen:

1. In welchem Masse hat seit Gründung des Kohlensyndikats 1893 überhaupt eine Zusammenlegung von Bergwerkseigentum stattgefunden?
2. In welchen Fällen handelt es sich beim Ankauf um Erhöhung der Beteiligungsziffer beim Syndikat für die ankaufenden Gesellschaften vermittelst sofortiger oder etappenmässiger gänzlicher oder teilweiser Stilllegung der angekauften Zechen?
3. Inwieweit schweben noch Verhandlungen über ähnliche Ankäufe?
4. Welche von den angekauften bezw. noch anzukaufenden Zechen haben bisher mit Unterbilanz gearbeitet und während welcher Zeit?

Wünschenswert wäre bei Beantwortung dieser Fragen genaue Mitteilung über Umfang und Rentabilität der betreffenden Betriebe, Förderungs-, Beteiligungsziffer, Reingewinn im Verhältnis zur Zubusse bezw. Aktienkapital.

5. Welche Gemeinden sind bzw. werden durch diese Massnahmen in Mitleidenschaft gezogen und wie gross ist deren Einwohnerzahl?
6. Inwieweit hängt die wirtschaftliche Existenz der einzelnen Gemeinden von den angekauften bzw. aufzukaufenden Gruben ab?
7. Welche Folgen ergeben sich bzw. haben sich ergeben
   a) hinsichtlich der Bewertung des Eigentums, Leerstehen von Wohnungen, Kündigung von Hypotheken usw.,
   b) hinsichtlich der Steuerkraft der Gemeinden,
   c) hinsichtlich der Schädigung der Handwerker und Geschäftsleute?
8. Welche steigenden Aufwendungen (Kirchen-, Schul-, Wege- usw. Lasten) haben die in Betracht kommenden Gemeinden während des Bestehens des Kohlensyndikats im Interesse der wachsenden Belegschaft und Bevölkerung machen müssen?
9. In welchem Umfange haben bisher infolge der erwähnten Ankäufe Arbeiterkündigungen stattgefunden, bezw. stehen solche für die Folge bevor?
10. Wie viele der Gekündigten waren verheiratet?
11. Wie viele besassen Eigentum am Orte, und wieviel war auf das Eigentum bereits abgezahlt?
12. Haben die gekündigten Arbeiter auf anderen Zechen Arbeit gefunden, eventuell wie lange sind dieselben ohne Arbeit geblieben?
13. Sind bereits von irgend welcher Seite praktische Massnahmen ergriffen oder in Aussicht genommen worden zur möglichsten Verhütung der sozialen Schäden im Gefolge der Grubenankäufe, und eventuell welche?

Die umgehende Veranstaltung amtlicher Erhebungen über alle vorstehenden Fragen ist zur Beurteilung der sozialen Folgen der Grubenankäufe dringend notwendig. Auf Grund des sich ergebenden Materials können erst die in Betracht kommenden Faktoren, die Staatsbehörden, das Parlament, die Kommunen, die öffentliche Meinung praktische Vorschläge zur möglichsten Abstellung der schädlichen sozialen Folgen der in Betracht kommenden Betriebsvereinigungen machen.

Sollte die Königliche Regierung nicht für alle gewünschten Erhebungen zuständig sein, so bitten wir, beim Staatsministerium die Veranstaltung der Erhebungen zu beantragen.

Das haben wir den Herren Regierungspräsidenten überreicht, und sie haben uns nicht im Zweifel darüber gelassen, dass sie ihrerseits nicht im Stande seien, über mehrere der betreffenden Punkte Erhebungen zu veranstalten, weil sie dann in andere amtliche Befugnisse eingreifen müssten, was sie unter allen Umständen vermeiden müssten. Ich will noch hinzufügen: wir halten es für unerlässlich, dass diese Erhebungen veranstaltet werden zur besseren Klärung der Sachlage.

Als wir nun hierher nach Berlin zurückkamen, haben wir unseren Freunden in der Fraktion die Sache unterbreitet, und unsere Fraktion war einstimmig der Meinung, dass wir die Pflicht hätten, eine Anfrage an die Regierung hier einzubringen. Darauf haben wir diese Interpellation eingebracht, und ich will gleich dazu

bemerken, dass wir diese Interpellation hier im Landtage auch deshalb eingebracht haben, weil wir der Ueberzeugung sind: diese Sache gehört vor den preussischen Landtag (sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen) und nicht vor einen anderen Ort. (Sehr gut! rechts.)

Denn wenn gesetzliche Massregeln ergriffen werden sollen, so kann dies nur von hier aus stattfinden. Aber auch wenn von der Verwaltung selbst Massnahmen ergriffen werden, so sind es doch immer Massnahmen, die von der Staatsregierung in Preussen angeordnet werden, die wir hier eventuell auch später im Landtage zu beraten haben würden. Diese Gründe haben uns veranlasst, die Interpellation hier einzubringen und nicht im Reichstage. Nach unserer Ueberzeugung gehört sie hierher. (Sehr richtig! rechts.) Nun ist mittlerweile die Erregung im Revier nicht etwa abgeflaut, sondern gestiegen, weil man das baldige Stilllegen der angekauften Zechen fürchtet. In einem solchen Falle sind die Schädigungen für alle Bewohner eines Ortes sehr gross. Ich bin während der Zeit in einem Dorf gewesen im Kreise Essen, wo man geradezu in Verzweiflung war. Es handelt sich um die Zeche Eiberg. Sie ist noch nicht stillgelegt; aber schon als der Beschluss gefasst wurde, sie zu verkaufen, sind die Bodenwerte um 50% gefallen. Ich habe dort einen Geschäftsmann gesprochen, der, weil in dem Ort ein neuer Schacht niedergelegt wird, darauf gerechnet hatte, dass es an der Zeit wäre, ein paar Häuser zu bauen. Er hat es getan, hat sein Kapital, dass er besass, hineingesteckt und sagte mit Tränen in den Augen: ich bin um 40000 Mk., die ich angewendet habe, um diese Häuser zu bauen, reinweg drum, es sei denn, es träte eine Aenderung ein, dass diese Stillegung der Werke inhibiert wird. Und das ist nicht der Gedanke eines Mannes, sondern es sind auch die Arbeiter getroffen, Handwerker und sämtliche Geschäftsleute. In verschiedenen Orten wird eine ganze Reihe Häuser leer stehen, die Geschäftsleute müssen wegziehen, um sich anderweitig ihre Existenz zu suchen. Wenn sie mittlerweile im bisherigen Wohnort Eigentum erworben haben, so ist es noch schlimmer, denn mit dem Eigentum, das entwertet wird, ist sehr wenig anzufangen.

Nun ist der Einwand erhoben worden, man könne es den Leuten nicht übel nehmen, wenn Gruben, die sich nicht mehr rentieren, stillgelegt würden, und man suche aus der Beteiligungsziffer etwas herauszuziehen. Es wurden dann verschiedene Werke angeführt, die nicht mehr rentabel seien. Nun, ein Laie kann schwer darüber urteilen, er weiss nicht, was unten in der Grube noch stecken kann. Anders aber steht es mit den Sachverständigen, und da erlaube ich mir, mit Zustimmung des Herrn Präsidenten ein Gutachten unseres verehrten Kollegen Hilbck, dem niemand es abstreiten wird, dass er ein Sachverständiger ist, über die Rentabilität einer Zeche, die jetzt auch verkauft ist und, wie es heisst, in absehbarer Zeit oder bald stillgelegt werden soll. Es handelt sich um die Rentabilität der im Kreise Hörde von der Zeche Bismarck angekauften Grube Bickefeld. Ueber die Rentabilität der Zeche Bickefeld hat der Abgeordnete Hilbck vor einem Jahre, am 8. Februar 1903, ein Gutachten abgegeben, in welchem es sich um eine Anleihe von 1200000 Mk. für die genannte Zeche handelte. Da heisst es in diesem Gutachten:

Die alte Berechtsame der Zeche „Bickefeld“ setzt sich zusammen aus 5 Geviertfeldern und 4 Längenfeldern. Neuerdings ist — und dies ist von entscheidender Wichtigkeit — im Westen das Flötz Clarenberg erworben, das mit seiner östlichen Markscheide auf fast 2000 m Ausdehnung an Bickefeld grenzt und durchschnittlich breiter als 1000 m ist.

Die nördliche Grenze von Bickefeld gegen Landwehr und Mühlenberg und Freie Vogel ist durch Verkauf eines kleinen Streifens an die letztere Gewerkschaft gradlinig gelegt worden.

Die bekannte Bickefelder Hauptverwerfung durchsetzt das grosse Feld von Nordnordost nach Südsüdost. Sie verursacht einen Saigerverwurf von 450 m, sodass der westlich gesunkene Teil eine grosse Anzahl hangender, zum Teil sehr baulohnender Flöze enthält, die im östlichen Teile fehlen. Im letzteren treten zu beiden Seiten des in seiner Längsachse parallel der nördlichen und südlichen Markscheide verlaufenden grossen Aplerbecker Sattels nur die Flöze der liegendsten Gruppe des Steinkohlengebirges „Neuflöz“, „Wasserbank“, „Hauptflöz“ respektive St. Martin Nr. 2 auf.

Von diesen Flözen ist auf dem Aplerbecker Schachte der Zeche vorzugsweise das Hauptflöz gebaut worden; im Sattelnordflügel ist es gänzlich verhauen, (Abg. Schmieding [Dortmund]: Hört, hört!) dagegen wird es im Sattelsüdflügel und in dem folgenden Südflügel der südlich regelmässig abgelagerten Spezialmulde in grösserem Umfange und mit gutem Erfolge gebaut.

Der ganze östlich der Hauptverwerfung liegende Teil der Berechtsame enthält im Hauptflöz etwa noch eine Million Tonnen gewinnbarer Kohlen. Die Ausbeutung der beiden Nebenflöze ist seither in bergtechnisch nicht verantwortlicher Weise vernachlässigt worden. (Abg. Schmieding [Dortmund]: Hört, hört!) Sind diese Flügel auch nicht an allen Stellen bauwürdig, so hätten sie doch näher untersucht werden müssen und in ähnlicher Weise wie auf den Nachbarzechen „Margarethe“ und „Schürbank“ zur Vergrösserung der Produktion beitragen können. Jetzt wird deren isolierte Ausrichtung und Förderung viel teurer, (Abg. Schmieding

[Dortmund]: Hört, hört!) sodass man einen grossen Teil dieser Lagerstätten wird preisgeben müssen. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Ich schätze aber die aus jenen Flözen über der 360 m-Sohle noch bequem zu gewinnenden Kohlenmengen immerhin auf 500 000 Tonnen und glaube, dass ebensoviel im Sattelsüdflügel des Flözes „Wasserbank“ unterhalb dieser Sohle mit Vorteil gefördert werden kann.

Der Hauptbetrieb wird bei diesem verhältnismässig geringen Kohlenvermögen (Abg. Schmieding [Dortmund]: Hört, hört!) in wenigen Jahren in das westliche Feld verlegt werden müssen, das in der 360 m-Sohle durch eine doppelspurige im Flöz „Wasserbank“ liegende Förderstrecke von 1700 m Länge nach Durchführung der Hauptverwerfung vom Aplerbecker Schachte aus gelöst ist.

In diesem Feldesteile sind durch den früheren Bau des Hörder Schachtes in der 185 m-Sohle und jetzt in der 360 m-Sohle, die am Hörder Schachte wegen des Ansteigens der Lösungsstrecke nur noch 350 m Teufe einbringt, bisher der Aplerbecker Sattel in seinem Nordflügel im Hauptflöz und die nach Norden folgenden hangenden Flöze bis „Sonnenschein“ einschliesslich bis in die nördliche Mulde aufgeschlossen worden. Der Muldennordflügel der nördlichen Mulde und der Südflügel des Aplerbecker Sattels sind noch grösstenteils unbekannt. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen). Der Markscheider Fuhrmann zu Hörde, dessen Gewissenhaftigkeit nicht in Zweifel gezogen werden kann, und der kürzlich zum Oberbergamtsmarkscheider ernannt ist, stellt die nachfolgende Berechnung des Kohleninhaltes des westlichen Feldes auf. Bei derselben sind allerdings eine Anzahl von Flözen berücksichtigt, die ich nicht nur für bauwürdig halte und die auch seither meines Wissens in der Aplerbecker Gegend mit Erfolg nicht gebaut sind. (Nun folgt die Einzelberechnung über den Kohlenfund in den einzelnen Flözen.) Dann heisst es weiter:

Das ist eine stattliche Zahl von Flözen mit zusammen 12,03 m Kohle.

Auf dieser Grundlage ergibt sich für das Westfeld von Bickefeld die Summe von 16 089 000 t bis zu einer Teufe von 1000 m. Dazu kommt aber für Clarenberg:

1. Nordflügel der nördlichen Mulde
   a) bis 600 m Teufe . . . . 4 668 000 t
   b) unter 600 m bis 1000 m . 2 790 000 „
   zusammen . . . 7 458 000 t

berechnet bis zur ersten Bausohle von Clarenberg + 50 N. N.

2. Südflügel der nördlichen Mulde
   a) bis 600 m Teufe . . . . 9 587 000 t
   b) unter 600 m . . . . . 2 577 000 „
   zusammen . . . 12 164 000 t
3. Nordflügel d. südlichen Mulde 1 050 000 „
   Gesamtsumme Bickefeld und Clarenberg . . . . . 36 761 000 „

Abzüge für Abbauverluste sind dabei noch nicht gemacht. Diese werden aber sehr beträchtlich sein. Ueber der nördlichen Mulde, speziell dem Nordflügel derselben, liegt die ganze Stadt Hörde und das grosse Werk des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins, sodass man hier nur in grösseren Teufen und mit sehr grosser Vorsicht wird bauen können. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.)

Wenn man nun die ganze unzweifelhaft baulohnenden Flöze inhaltlich berechnet und den Nordflügel der Mulde gar nicht berücksichtigt, so kommt man auf eine Kohlenmenge von rund 8 Millionen Tonnen bis zu einer Teufe von nur 480 m, d. h. bis zur nächsten unter der jetzigen Bausohle zu bildenden Sohle. Dazu kommen noch die 2 Millionen Tonnen des Ostfelds.

Das Baufeld westlich der Hauptverwerfung, welches eine Länge von durchschnittlich 2000 m hat, ist zwar von einer Anzahl kleinerer Querverwerfungen durchsetzt, aber diese können angemessene natürliche Grenzen für die einzelnen zu bildenden Bauabteilungen abgeben und werden bei zweckmässiger Einteilung des Feldes den Erfolg des Abbaues nur unwesentlich beeinträchtigen.

Bei meiner Befahrung habe die Flöze Girondelle, Finefrau und Hauptflöz besichtigt und in vorzüglicher Beschaffenheit gefunden. Ich muss annehmen, dass nach Niederbringung des Hörder Schachtes bis zur 350 m-Sohle eine Tagesproduktion von 800 bis 1000 t entsprechend der Beteiligungsziffer beim Syndikat erzielt werden kann, die sich über 35 Jahre lang aus einer nur 450 m tiefen Sohle beschaffen lässt. Hiernach darf festgestellt werden, dass das vorhandene Kohlenvermögen gross genug und so günstig abgelagert ist, dass es für das projektierte hypothekarische Darlehn auch bei langsamer Amortisation desselben die genügende Sicherheit bietet.

Das ist das sorgfältige Gutachten eines Sachverständigen, (Zuruf bei den Nationalliberalen: Aber die Hälfte fehlt!) bei dem es sich um eine wichtige Angelegenheit handelt, weil eine Anleihe für die Zeche in Frage stand. Das Gutachten ist vor einem Jahre im Februar 1903 erstattet worden. Nun wird man doch nicht einwenden wollen, dass diese Grube, von der damals vorausgesagt wurde, dass sie bei 450 m Bausohle noch 35 Jahre fördern könne, auf den Aussterbeetat gesetzt worden sei. Man bekommt schliesslich sonderbare Gedanken, wenn man sieht, dass solche Gruben stillgelegt werden sollen.

Es wird eingewendet, das Ruhrgebiet sei bald ausgebaut, nach und nach müssten die Gruben doch stillgelegt werden, denn die Bau-

würdigkeit höre auf. Das bestreitet kein Mensch, und darin würde man sich auch finden; dann würde aber immerhin nur ein allmähliches Stilllegen der einen Grube nach der anderen folgen, sodass sich die betreffenden Gemeinden, die Arbeiter und Geschäftsleute darauf einrichten können. (Sehr gut! im Zentrum.) Es sind schon früher Gruben stillgelegt worden, welche ausgebaut waren, und da hat kein Mensch eine Einwendung erhoben.

Dann wird erklärt, man könne es den Gewerken doch nicht verdenken, wenn sie ihrerseits dafür sorgten, dass sie durch Verkauf der Beteiligungsziffer noch etwas für sich herausschlügen, denn diese Gruben seien doch nicht mehr rentabel. Wie rentabel die Gruben sind, die man jetzt als unrentabel bezeichnet, das beweist eine Petition, die von den Bewohnern von Steele und Umgegend an uns gelangt ist. Ich will mich weiter mit der Petition nicht beschäftigen. Für die Bewohner von Steele und Umgegend ist die Ausserbetriebsetzung der Zeche Eiberg von ausserordentlicher Bedeutung. Nun legen die Petenten in ihrer Petition den Geschäftsbericht der letzten Jahre bei, sodass sich auch jeder darüber orientieren kann, und führen in ihrer Petition aus, dass auf die Zeche Eiberg seit der Zeit, wo sie in Betrieb stand, also seit 1888, ein Kapital verwendet worden ist, das im ganzen ungefähr 1 Million beträgt. Nun ist zusammengerechnet, was in der Zeit von 1888 bis jetzt an Ausbeute gewonnen ist, und da stellt sich heraus, dass die Zeche Eiberg in den letzten 15 Jahren ausgeworfen hat über 3 Millionen Mark an Ausbeute. Ausserdem sind, wenn ich nicht irre — ich kann im Augenblick das nicht finden — über 2 Millionen Mark verbaut worden, um die Einrichtungen der Zeche zu vervollkommnen und dadurch deren Wert zu steigern. Da kann man doch nicht sagen, wenn ich 1 Million anlege, und habe in 15 Jahren 3 Millionen dafür wieder, dass das gerade ein schlechtes Geschäft ist. Es wäre besser gewesen, die Leute hätten nicht von der Unrentabilität gesprochen, dann wäre man nicht darauf gekommen, mal nachzusehen, was denn wirklich geschehen ist.

Weiter will ich nun ausführen, inwieweit die Arbeiter geschädigt werden. Es muss sich einem das Herz zusammenkrampfen, wenn man daran denkt, dass es sich um Tausende von Arbeitern handelt, die ihr Eigentum haben, und denen nun ihr Eigentum verloren geht bei einer baldigen Stillegung, denn das Eigentum der meisten ist belastet.

Das ist so geringfügig nicht, und Sie begreifen, dass sowohl in der Arbeiterbevölkerung als auch in der Geschäftswelt eine so furchtbare Aufregung vorhanden ist. Da wird berichtet aus dem Kreise Hörde, dass die Zechen des Kreises Hörde eine Belegschaft von 6000 Mann haben, die in den Aemtern Aplerbeck, Wellinghofen, Kirchhörde wohnen. Die Mehrzahl dieser Bergleute hat kleine Anwesen, bestehend aus einem kleinen Hause mit kleinem Gemüsegarten und etwas Ackerland, das meist angepachtet wird. Alle Anwesen sind belastet durch Hypotheken bei den Sparkassen in Aplerbeck, Schwerte, Unna, Brakel, Hörde und Barop. Davon hat die Sparkasse Aplerbeck 2½ Millionen Mark, die in Schwerte 2 Millionen, Unna 1½ Millionen, Brakel 1 Million, Hörde 2 Millionen, Barop 3 Millionen, in Summa 12 Millionen auf ländliche Besitzungen, deren Eigentümer Bergleute sind, geliehen. Nun, meine Herren, das ist von den Sparkassen geliehen worden; man darf sich aber doch nicht verhehlen, dass zu den 12 Millionen doch dasjenige, was die Leute angezahlt haben oder was sie von ihren Vätern ererbt haben, doch mindestens auch 12 Millionen beträgt. Da kann man begreifen, wie die Leute wild werden und in Aufregung kommen, wenn sie sich denken, sie sollen alles verlieren. (Sehr richtig!) Die Werte sind gesunken.

Ich will dabei noch eins bemerken: es handelt sich dabei nicht allein um das Wohnen der Bergleute in den eigenen Häusern, sondern auch um die Einnahme von Mieten. Denn die Häuser sind meistens so gebaut, dass die Bergleute noch an einen oder zwei Einwohner die Wohnung vermieten können und dadurch die Hypothekenzinsen herausschlagen; das ist für die Leute eine grosse Wohltat. Wie wird es nun, wenn die Gruben in der nächsten Nähe stillgelegt werden? Es heisst da: ja da müssen die Leute einen weiteren Weg machen. Nun, es werden schon die Leute gehen; aber es handelt sich doch nicht allein darum, dass sie hingehen. Die Einwohner, die eine Wohnung mieten müssen, werden aber nicht da wohnen bleiben, sondern die werden nach dem Norden hinziehen, wo sie arbeiten, sie werden nicht die Kosten anlegen, um noch Fahrgeld zu bezahlen bis nach den Gruben, wo sie ferner arbeiten. Dadurch werden ebenfalls die Häuser entwertet.

Wie mir mitgeteilt wurde, stehen in dem Dorfe Altendorf a. d. Ruhr heute 20 Wohnungen leer infolge Stillegung der Zeche Steingatt, die vor zwei Jahren stattgefunden hat. Und darüber kann gar kein Zweifel sein, dass es bei der Stillegung der in Aussicht genommenen Zechen schlimmer sein wird.

Ein Bergmann, der bei mir war, der auf das Haus, welches er gekauft hatte, 3000 Mk. eingezahlt hatte, sagte: ich gebe alle Hoffnung auf, um die 3000 Mk. bin ich drum. Das ist keine Kleinigkeit für einen Menschen, der mit seinem sauren Schweisse diese Summe erspart hat, oder dessen Eltern sie erspart haben. In einem solchen Manne muss doch das Gefühl aufsteigen: du bist aus deinem Heim hinausgesetzt, du hast dich dein Leben lang umsonst gequält, du bist umsonst sparsam gewesen! Solchen Zuständen muss unter allen Umständen vorgebeugt werden.

Meine Herren, unter den Handwerkern und Geschäftsleuten ist vielleicht die Aufregung noch grösser wie unter den Arbeitern. Es ist für einen Geschäftsmann, der am Orte ansässig ist, keine Kleinigkeit, wenn er sich sagen muss: du musst von hier fort, denn hier kannst du nicht mehr bestehen! Ein solcher Mann muss suchen, anderwärts Unterkunft zu finden, und die notwendige Folge davon ist, dass die Häuser in einem solchen Orte alle im Preise derartig sinken, dass sie nicht mehr die Hypothekenzinsen aufbringen, und die Belastung der Häuser ist ja in solchen Industrieorten, wo rasch angebaut wird, durchweg sehr gross. Aber auch die altangesessene Bevölkerung wird ebenfalls dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Zwischen den Bergleuten wohnen eine Menge kleiner Landwirte in diesen Bezirken, namentlich in den Kreisen Bochum und Hattingen; deren Eigentum wird auch entwertet, und sie werden in Zukunft nicht mehr so viel wie bis jetzt aus ihrem Lande herauswirtschaften können; denn dass sich dort ein Landmann durch Roggen- oder Weizenbau u. dgl. aufrecht erhalten könne, ist vollständig ausgeschlossen. Aus dem Lande muss mehr herausgezogen werden, und das geht nur bei intensiver Wirtschaft, entweder durch Gartenwirtschaft oder durch Milchwirtschaft. Wie gesagt, man sieht hier den traurigsten Zuständen entgegen.

Man hat nun eingewendet: bei den Arbeitern würde es ja so schlimm nicht sein, denn diese könnten ja eventuell nach dem Norden gehen. Ja, das gilt für jüngere Arbeiter; wer aber die Gruben im Ruhrrevier kennt, wird wissen, dass ältere Arbeiter von dort nicht mehr nach dem Norden gehen können, weil sie es in den heissen Gruben im Norden nicht aushalten können. Der Uebergang ist zu schroff, und das halten alte Leute nicht aus, während jüngere Leute sich daran gewöhnen. Deswegen kann man wohl begreifen, dass viele Arbeiter wegen ihres Fortkommens für die Zukunft ausserordentlich besorgt sind.

Nun handelt es sich darum, welche Mittel zur Anwendung gebracht werden können — das wollen wir von der Regierung erfahren —, um diese Zustände möglichst in geordnete Bahnen hineinzuleiten und das Stillegen der Gruben weiter hinauszuschieben. Da muss es ein Mittel geben, um dem Einhalt zu tun. Das ist schon aus wirtschaftlichen Gründen notwendig. Man kann doch die Kohlenschätze, die dort noch liegen — und zwar noch für lange Jahre hinaus kann der Abbau noch betrieben werden —, nicht in der Erde liegen lassen. Das geht doch nicht. Dann aber sage ich nochmals: wir müssen die Arbeiter, die sesshaft sind, an ihren alten Plätzen bleiben lassen. Meine Herren, vergegenwärtigen Sie sich doch einmal, was das für eine Sozialpolitik ist: Vereine, Kommunen und die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigen sich seit Jahren, Kapitalien zusammenzubringen, damit die Arbeiter sich eigene Häuser bauen können. Hier werden nun mit einem Schlage — das ist ja ein Hohn auf alle Sozialpolitik — die im Besitze von Häusern befindlichen Arbeite so zu sagen aus ihrem Besitze hinausgeworfen; ihnen wird ihr Eigentum entwertet, sie müssen weg aus ihrem Heim. Das sind ja geradezu grässliche Zustände, die in Aussicht stehen.

Nun sind ja verschiedene Mittel zur Abhilfe vorgeschlagen worden. Unter anderem hat der Herr Bergmeister Engel einige Artikel in dem „Glückauf" geschrieben. Diese Artikel sind uns hier zur Verfügung gestellt worden. Ja, alle Achtung vor den Vorschlägen, die Herr Engel gemacht hat, aber sie können doch erst in einer späteren Zeit nur verwertet werden. Herr Engel schlägt vor, Strassenbahnen zu bauen. So schnell sind aber keine Strassenbahnen gebaut; das muss erst in die Wege geleitet werden, und darüber vergeht längere Zeit. Herr Engel stützt sich darauf, dass die Gesellschaften doch auch ein Recht hätten, ihr Eigentum zu verkaufen, wie der andere auch ein Recht hat, Eigentum zu kaufen. Er sagt ferner: die ankaufenden Gesellschaften wollten ja das ihrige tun, damit die Sache gemildert wird. Nur das eine rührt Herr Engel nicht an. Das ist die moralische Seite der Sache. Herr Engel beweist: nach den Gesetzen kann ja jeder kaufen und verkaufen, wie er will; aber es sollte doch denjenigen, die jetzt diese Kaufgeschäfte besorgen, das moralische und soziale Empfinden nicht ganz abhanden kommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist doch auch zu beachten. Wir können uns doch nicht auf den Standpunkt stellen, der vor ungefähr 30 Jahren von einem Gründer in einem Nachbarlande geltend gemacht wurde. Es handelte sich da in einem Prozess um eine unfeine Gründung von Eisenbahnen. Bei den Verhandlungen wurde schliesslich erklärt: das verstiesse gegen alle Moral, was da gemacht wäre. Der Hauptgründer erklärte kalt lächelnd: mit Moral baut man keine Eisenbahnen. Auf diesen Standpunkt können und dürfen wir uns nicht stellen, auch nicht das Kohlensyndikat oder die sonstigen Vereinigungen; über Tausende von Existenzen darf man nicht hinweggehen, nur um einen etwas grösseren Gewinn zu erzielen. Und darum handelt es sich im vorliegenden Falle.

Meine Herren, es sind nun an manchen Stellen die Leute veranlasst worden, sich an das Oberbergamt zu wenden, damit dieses auf Grund des Paragraphen 65 die Bergwerksbesitzer oder die Gesellschaften zum Weiterbetrieb veranlasse. Es ist bezweifelt worden, ob dieser Paragraph des Berggesetzes hier angewendet werden könne. Dieser Paragraph lautet:

> Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, das Bergwerk zu betreiben, wenn der Unterlassung oder Einstellung des Betriebes nach der Entscheidung des Oberbergamts überwiegende

Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

Das Oberbergamt hat in diesem Falle die Befugnis, den Eigentümer, nach Vernehmung desselben, zur Inbetriebsetzung des Bergwerks oder zur Fortsetzung des unterbrochenen Betriebes binnen einer Frist von sechs Monaten aufzufordern und für den Fall der Nichtbefolgung dieser Aufforderung die Entziehung des Bergwerkseigentums nach Massgabe des sechsten Titels anzudrohen.

Die weitere Folge steht ja dann im § 156. In diesem wird amtlich festgestellt:

Wenn ein Bergwerkseigentümer die nach Vorschrift des § 65 an ihn ergangene Aufforderung zur Inbetriebsetzung des Bergwerks oder zur Fortsetzung des unterbrochenen Betriebes nicht befolgt hat, so kann das Oberbergamt die Einleitung des Verfahrens wegen Entziehung des Bergwerkseigentums durch einen Beschluss aussprechen.

Der Bergwerkseigentümer ist befugt, binnen vier Wochen vom Ablauf des Tages, an welchem ihm der Beschluss, bezw. der Rekursbescheid (§ 191) zugestellt ist, bei dem Gerichte, in dessen Bezirk das Bergwerk liegt, gegen das Oberbergamt zu klagen. Geschieht dies nicht, so ist das Einspruchsrecht erloschen.

Es ist nun geltend gemacht worden, dieser Paragraph könne in diesem Falle gar nicht angewandt werden, derselbe käme nur zur Anwendung, wenn durch das Stillegen einer Grube es an dem Mineral mangele usw. Die „Zeitschrift für das Bergrecht“ stellt sich auf den gleichen Standpunkt. In den Motiven zum Berggesetz wird das Mangeln des Minerals allerdings als Beispiel angeführt. Meine Herren, wenn diejenigen, die damals das Gesetz schufen hätten voraussehen können, dass Zustände kommen würden, wie die heutigen, dann hätten sie wahrscheinlichden § 65 anders gefasst. Ich habe die Ueberzeugung, wenn hier, wo es sich um Tausende von Existenzen handelt, kein öffentliches Interesse vorliegt, dann gibt es eben keine Gründe mehr für ein öffentliches Intresse.

Unter allen Umständen muss Abhilfe geschaffen werden, und zwar recht baldige Abhilfe; die Bevölkerung muss wissen, wohin die Sache geht, damit sie sich ihrerseits darauf einrichten kann. Es ist ja schon von dem Herrn Regierngspräsidenten in Arnsberg so viel wie möglich geschehen, um wenigstens die Finanzen der Kommunen in etwa aufzubessern und sie finanziell in die Lage zu setzen, dass sie für die nächste Zeit auskommen. Aber damit ist doch den Einwohnern einer Kommune, die ihrerseits so stark geschädigt werden, nicht geholfen, und damit ist auch den Tausenden von Arbeitern nicht geholfen.

Ich will hier noch zum Schluss anführen: es wäre meines Erachtens gut, wenn für Gruben, die ausgebaut sind oder stillgelegt werden, Bestimmungen getroffen würden, dass die Grube im Falle des Stilliegens kaduziert würde, d. h. dass dem bisherigen Eigentümer, der sie ja nicht weiter betreiben kann, jedwedes Eigentumsrecht entzogen wird, dass, wenn es sich um eine Syndikatszeche handelt, die Beteiligungsziffer an die gesamte Masse verteilt wird, damit alle beteiligten Gruben ihren angemessenen Teil bekämen; aus dem Erlöse dieser Beteiligungsziffer könnte man ja die Geschädigten so viel wie möglich abfinden. Ich glaube wenn der Weg eingeschlagen würde, dann würde nicht mehr ein solches Streben nach den Beteiligungsziffern sein, dann würde man nicht versuchen, Gruben stillzulegen, auf denen noch auf lange Jahre hinaus reichlich Kohlen vorhanden sind, und die nun trotz alledem stillgelegt werden sollen.

Ich hoffe, der Herr Minister wird imstande sein, auf unsere Anfrage eine Antwort zu geben, die dazu beiträgt, die Bevölkerung im Westen zu beruhigen. (Beifall.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Herr Handelsminister.

Möller Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren! Die Rede des Herrn Vorredners spiegelt die Aufregung wieder, die zweifellos in den weiten Distrikten, die von der beabsichtigten Stillegung einiger Zechen betroffen sind, eingerissen ist. Meine Herren, an sich ist der Prozess der Stillegung von Zechen in dem südlichen Bezirk des Ruhrgebiets nicht etwas Neues, sondern etwas, was sich bereits seit Jahrzehnten allmählich vollzogen hat; gewisse Seitentäler der Ruhr, die vor vier, fünf und sechs Jahrzehnten noch einen für damalige Verhältnisse nicht unbedeutenden Bergbau hatten, haben heute den Bergbau bereits gänzlich verloren. Ich will nur von dem Deital sprechen, welches bei Kupferdreh in das Ruhrtal mündet, und von dem erheblichen Teil des Sprockhöveler Bezirks, bei dem neuerdings wieder eine von den Zechen, die auch hier in Frage kommen, in Betrieb gekommen ist. Dort haben sich, weil die Bewegung eine allmähliche war, die Verhältnisse von selbst zurechtgezogen, und es ist in den dortigen Bezirken Beruhigung eingetreten. In manchen derselben ist sogar an Stelle der früheren Armut zur Zeit des Bergbaues jetzt durch Schaffung neuer Industrien Wohlhabenheit entstanden. Ich rekurriere wieder auf den Ort Kupferdreh, den ich eben schon genannt habe, der vor 50 Jahren, als ich dort als Schulknabe zuerst in ein Kohlenbergwerk einfuhr, nur ein armes Bergdorf mit Namen Dilldorf war; heute ist es ein wohlhabender Ort mit erheblicher Industrie, zum Teil mit einer Industrie, die aus den angrenzenden Textilbezirken sich übertragen hat. Dasselbe wird sich, wie ich nicht zweifle, auch mit den jetzt betroffenen Bezirken voll-

ziehen; aber derartige Dinge vollziehen sich nicht auf einmal, sondern das kommt allmählich, und es handelt sich für mich nur darum, die entsprechenden Massregeln zu treffen, damit eine angemessene Uebergangszeit vorhanden sein wird.

Die Fortführung von Betrieben, die nicht nur zur Zeit, sondern bereits seit längerer Zeit unrentabel sind, ist nicht möglich; man kann mit keinem Mittel verhindern, dass derartige Betriebe allmählich eingehen. Wäre das Kohlensyndikat nicht in den 90er Jahren zustande gekommen, hätte das freie Spiel der geschäftlichen Kräfte in den letzten 10, 12 Jahren gewaltet, so würden wir grosse Konjunktursprünge gehabt haben in den Preisen der Kohlen, in den Erträgnissen der Werke, in den Löhnen der Arbeiter, und diese Sprünge sind jetzt vermieden; wir würden dann wahrscheinlich das, was jetzt auf einmal eintritt, schon allmählich haben eintreten sehen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass durch diese Preispolitik des Kohlensyndikats eine Nivellierung der Preise stattgefunden hat: in der Zeit des Aufschwunges, in der letzten Hälfte der 90er Jahre, hat das Kohlensyndikat verhindert, dass die Preise sehr stark und der Konjunktur anderer Länder entsprechend gestiegen sind; nach Ablauf der Frist hat das Kohlensyndikat die Preise vielleicht etwas höher gehalten, als es sonst der Fall gewesen wäre. (Hört, hört!) Durch diese nivellierende Tätigkeit des Kohlensyndikats in Bezug auf die Preise ist aber auch die Rentabilität der Werke, die am Absterben waren, künstlich hochgehalten worden (sehr richtig!), und so ist die Existenz des Kohlensyndikats meiner Auffassung nach die Ursache gewesen, dass verschiedene der Werke, deren Stillegung jetzt in Frage kommt, noch weiter betrieben worden sind. Hätte das Kohlensyndikat nicht bestanden, so würde in der Mitte der 90er Jahre bei den damaligen sehr schlechten Zeiten und unter der Wirkung der freien Konkurrenz eine solche Depression eingetreten sein, dass schon damals eine Stillegung dieser Werke erfolgt wäre. (Sehr richtig!)

Meine Herren, die Zahlen über die Zechen, die stillgelegt werden sollen, und über die Arbeiter, die davon betroffen werden, sind meines Erachtens in hohem Grade übertrieben. Wir wissen wenigstens amtlich nur erst von einer erheblich beschränkteren Zahl von Zechen, die auch hier von dem Herrn Vorredner genannt worden sind, dass sie wirklich verkauft sind, und von einer sehr kleinen Zahl nur, dass sie wirklich stillgelegt werden sollen. Nach dem amtlichen Bericht, der mir von dem Oberbergamt vorgelegt ist, ist gegenwärtig bekannt, dass 12 Zechen in den letzten Jahren in die Hände anderer Zechen übergegangen sind, und dass für einen Teil derselben die Stillegung schon eingetreten ist, für einen Teil zur Erwägung steht. Von diesen Zechen ist eine, die Zeche Helene Nachtigall, bereits vor sechs oder sieben Jahren stillgelegt, kann also meines Erachtens hier vollständig ausscheiden aus der Betrachtung. Auch eine zweite Zeche, Steingatt, die gerade in dem von mir genannten Bezirk von Kupferdreh liegt, ist auch bereits seit beinahe zwei Jahren stillgelegt. Ich habe sie aber noch aufgenommen, weil ich mir Mühe gegeben habe, auf Grund der bestehenden Statistiken festzustellen, um wieviele Arbeiter es sich selbst bei den jetzt in Frage kommenden Zechen überhaupt handelt. Ich habe daher die Zeche Steingatt noch aufgenommen, weil sie im Jahre 1902, dem letzten Jahre, für das ich Zahlen habe finden können, noch im Betrieb gewesen ist. Im übrigen sind es ausser diesen beiden noch 10 Zechen, bei denen der Verkauf entweder bereits perfekt ist oder bei denen der Verkauf als sicher angenommen wird; bei einem Teil derselben schweben noch, soviel ich weiss, gegenwärtig die Verhandlungen.

Meine Herren, es handelt sich bei den 11 Zechen insgesamt um eine Belegschaft von 12 500 Arbeitern, nicht um 22 000 und noch 6000 weitere, also 28 000 Arbeiter. Von diesen 12 500 Arbeitern sind auf drei Zechen, die bisher noch mit Vorteil gearbeitet haben, allein 5864 Mann beschäftigt mit einer Gesamtförderung im Jahre 1902 von rund 1 200 000 t. Dem gegenüber stehen die übrigen 8 Zechen, die im Jahre 1902 insgesamt nur eine Belegschaft von 6614 Mann hatten und 1 330 000 t rund förderten. Dabei haben sich bei diesen 8 Zubussezechen im Jahre 1902 Zubussen ergeben von rund $2^1/_4$ Millionen, und bei den Zechen, die noch mit Vorteil gearbeitet haben, ist eine Ausbeute von insgesamt 623 000 Mk. verteilt worden.

Meine Herren, es wäre vermessen, von den Zahlen der Ausbeuten und Zubussen direkt auf die Rentabilität schliessen zu wollen. Von den Zubussen werden gewisse Beträge für die Weiterentwickelung der Zechen verwandt; es hängt dies von gewissen Zufälligkeiten ab. Jedenfalls aber wird dadurch, dass die Zechen Zubussen nicht nur in jenem Jahre, sondern auch Jahre vorher erfordert haben, bewiesen, dass eine Rentabilität nicht vorhanden war, und ich glaube doch berechtigt zu sein, aus diesen Zubusse- bezw. Ausbeutezahlen gewisse Schlüsse auf die Rentabilität zu ziehen. Nach dieser meiner Berechnung ergibt sich für die 8 Zubussezechen bei der von ihnen genannten Förderung eine Zubusse von 1,63 Mk. pro Tonne geförderte Kohle im Jahre 1902. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, das sind Zahlen, die für sich selbst sprechen. Bei solchen Zahlen ist eine dauernde Aufrechterhaltung des Betriebes unmöglich. Bei den drei anderen Zechen ist der verteilte Ueberschuss auch nur $52^1/_2$ Pfg. auf die Tonne — bei einer dieser Zechen ist mir übrigens nachträglich mitgeteilt, dass keinerlei Abschreibungen gemacht sind —, also im Ver-

gleich zu dem, was in dem wirklich ergiebigen Kohlengebiet sonst erzielt wird, ungemein mässig! (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Nun handelt es sich aber bei den Zechen, die hier in Frage kommen, zum ganz erheblichen Teil um solche, die entweder überhaupt noch für eine gewisse Zeit fortbetrieben werden, oder bei denen nur gewisse Teile ausgeschaltet werden sollen. Nach meinen Informationen wird die grösste Gesellschaft, die hier in Frage kommt, die Zechen Hamburg und Franziska, die beinahe 3000 Arbeiter im Jahre 1902 beschäftigt haben, bei einer Förderung von 561 000 t, nur eine einzige Nebenzeche, die Zeche Walfisch, ausser Betrieb setzen. Nach den mir gewordenen Informationen soll der übrige Betrieb noch für Jahre aufrechterhalten werden.

Bei der Zeche Hasenwinkel, die auch eine von den Zechen ist, die Ausbeute gegeben haben, soll die Förderung von der Nachbarzeche, an die sie verkauft ist, aufgenommen werden und eventuell nach Wiederherstellung eines schadhaft gewordenen Schachts auf dem alten Bergwerk auch dort auf dem alten Schacht Hasenwinkel die Förderung wahrscheinlich auch direkt wieder aufgenommen werden. Es sind dort überhaupt von den etwa 1800 Arbeitern zur Zeit nur 400 Mann entlassen. Das ist notwendig gewesen, um die Ausmauerung des in Holz stehenden Schachts auf Hasenwinkel ausführen zu können. Die Arbeiter, die dort entlassen sind, sind nach anderen Nachrichten im wesentlichen auf anderen Zechen untergebracht.

Die dritte der Zechen, die Ausbeute verteilt haben, ist die Zeche, mit der sich der Herr Interpellant länger beschäftigt hat, die Zeche Eiberg. Auch hier soll es nach den mir zugekommenen Nachrichten nur beabsichtigt sein, den einen neuen Schacht Hermann, der in Ueberruhr liegt, und der nur etwa 140 bis 150 Mann beschäftigt hat, still zu legen. Nach mir von unserer Bergwerksverwaltung in Gladbeck zugegangenen Nachrichten sind von diesen 140 Mann 120 dort bereits angelegt worden.

Meine Herren, bei den übrigen Werken sind die Nachrichten über den Weiterbetrieb nicht überall zuverlässig, und es wird notwendig sein, dass weitere Recherchen angestellt werden. Das Oberbergamt, das ich vor Antritt meiner Urlaubsreise aufgefordert hatte, mir Bericht zu erstatten, hat sich ausdrücklich vorbehalten, mir weitere eingehende Berichte über die anderen Zechen zu erteilen.

Im übrigen haben bereits Verhandlungen an verschiedenen Stellen zwischen den Bergbehörden, den Verwaltungsbehörden und den Gemeindevertretern stattgefunden, und es ist an mehreren Plätzen bereits zu beruhigenden Verhandlungen gekommen. Das zeigt mir den Weg, auf dem wir für die nächste Zukunft weiter gehen müssen, den Weg, dass wir von hier aus eine Kommission von Ministerialkommissaren in das Revier schicken, die bei jeder einzelnen Zeche die Verhältnisse untersuchen und unter Mitwirkung der Verwaltung des Ministers des Innern festzustellen sucht, wie weit man den Schäden Abhilfe verschaffen kann.

Für die Arbeiter in ihrer grossen Mehrzahl habe ich keine Sorge; die Arbeiter werden sehr bald anderweit Unterkommen finden mit verschwindenden Ausnahmen. Bedauerlich bleibt aber die Situation derjenigen Arbeiter, die ein eigenes Eigentum ererbten oder erworben haben, und der Geschäftsleute, die ihre Existenz basiert haben auf die Arbeiter, die ihre Kunden waren, und die Kommunen, die teilweise in ihrem Haushalt schwer gestört sind. Aber da ist bereits stellenweise seitens der verkaufenden oder übernehmenden Zechenverwaltungen schon ein Entgegenkommen bewiesen. Mir ist mitgeteilt, dass bei der Zeche Julius Philipp, die die Arenberger Bergwerksgesellschaft gekauft hat, ein freiwilliges Angebot der Gesellschaft erfolgt ist, die Steuerzahlung an die Gemeinde auf 5 Jahre fortzusetzen. (Hört, hört!)

An anderer Stelle hat bei der Zeche Vereinigte Bickefeld eine Verhandlung stattgefunden unter Mitwirkung der verschiedenen Behörden; aber über das Resultat liegt mir ein Bericht heute noch nicht vor. Ich habe aber aus Pressberichten gesehen, dass die Versammlung beruhigt auseinandergegangen ist; ich nehme also an, dass dort verhältnismässig beruhigende Erklärungen abgegeben sind. Aus einer grösseren ausser Betrieb gesetzten Zeche, Maria Anna und Steinbank, die dem Bochumer Verein gehörte, ist speziell berichtet, dass die Arbeiter samt und sonders Unterkunft gefunden haben, und soweit meine Lokalkenntnis reicht, decken sich im wesentlichen die Gemeindebezirke der die Arbeiter aufnehmenden Zechen mit dem der still zu legenden Zeche Maria Anna und Steinbank. Diese Zeche hat seit Jahren mit schweren Verlusten gearbeitet, ihre Kohlenvorräte sind nahezu erschöpft, und es ist ein naturgemässer Vorgang gewesen, dass diese Zeche ausser Betrieb gestellt wird.

Ueber eine andere Zeche Alstaden, über die der Herr Vorredner auch gesprochen hat, soll der Abschluss noch nicht perfekt geworden sein; man wird aber mit der Tatsache rechnen können, dass er sich vollziehen wird. Auch dort ist die Nachbarschaft anderer Zechen und grosser industrieller Etablissements so gross, dass ich glaube, dass dort die Schädigung der Eigentümer von Häusern und der Geschäftsleute nicht so gross sein wird, weil die Leute im wesentlichen in der Gegend bleiben werden.

Wenn ich nun die Liste überschaue, so habe ich die Hoffnung, dass, wenn es sich lediglich um diese Zechen handelt, über die mir bereits Bericht vorliegt, der Ausgleich der Interessen sich verhältnismässig nicht schwer wird finden lassen.

Eine der Fragen, die zur Erörterung durch den Herrn Vorredner gestellt ist, muss ich hier noch besonders berühren, das ist die Frage: inwieweit eventuell der § 65 des Berggesetzes Anwendung finden könnte. Meine Herren, über den § 65 ist in der Presse mehrfach geschrieben worden, und demselben ist teilweise auch aus den Kreisen der Interessenten des Kohlenbergbaues meiner Auffassung nach eine zu enge Auslegung gegeben worden. Man ist nach den Motiven des Gesetzes der Meinung gewesen, dass der § 65 nur Anwendung finden könnte, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet sei oder wenn die allgemeinen Bedürfnisse der Konsumenten unter der Einstellung leiden. Meine Herren, ich bin nicht der Auffassung, dass der § 65 so eng aufzufassen sei; wenn man die Motive weiter liest, so spricht das für meine Auffassung. Auch der Wortlaut des § 65 gibt ja schon ausdrücklich an:

> Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, das Bergwerk zu betreiben, wenn der Unterlassung oder Einstellung des Betriebes nach der Entscheidung des Oberbergamts überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

(Hört! Hört!) Meine Herren, das ist eine erheblich weitere Fassung, und ich nehme an, dass auch diese meine Auffassung auf die Dauer Geltung gewinnen wird. (Hört, hört!) Sollte das nicht der Fall sein, und sollten die Verhandlungen mit den Interessenten zu keinem genügenden Resultat führen, so würde allerdings von seiten der Regierung in Erwägung zu ziehen sein, ob eine Klarstellung des betreffenden Paragraphen notwendig wäre (bravo!), eventuell, ob die §§ 156 u. ff., die die Ausführung des in § 65 ausgesprochenen Prinzips bedingen, genügend sind, und ob sie vielleicht ausgedehnt werden müssen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass wir nach dem allgemeinen Interesse diese Frage werden entscheiden müssen, und nach meinen Erfahrungen in der letzten Zeit haben die Zechenbesitzer in Westfalen ihr nobile officium, sich gegenüber auftretenden Kalamitäten anständig zu benehmen und ihre Anstandspflichten zu erfüllen, in hohem Grade erfüllt. (Abg. Schmieding [Dortmund]: Hört, hört!) Ich erinnere an die Ausführungen, die ich hier und im Reichstag gemacht habe bezüglich der Wurmkrankheit und bezüglich der freiwilligen Auflagen, die die grossen Bergwerksgesellschaften sich gemacht haben, um diese grosse Kalamität zu bekämpfen. So habe ich die sichere Hoffnung, dass es auch in diesem Falle leicht gelingen wird, dass sich die Schwierigkeiten, die nur durch die Plötzlichkeit und den gleichzeitigen Eintritt der beabsichtigten Stillegungen eingetreten sind, werden überwinden lassen.

Meine Herren, dass der ganze Süden des westfälischen Kohlenreviers in den nächsten Jahrzehnten seiner Erschöpfung entgegengeht (sehr richtig!), ist für jeden Sachkenner vollständig bekannt, und jeder Sachkenner nimmt das an; alle Geschäftsleute und Kommunen haben sich verständigerweise darauf einzurichten. Aber, meine Herren, es ist mir bisher auch noch kein Fall bekannt geworden, dass überhaupt grössere Distrikte durch Stillegung von Kohlenzechen in den vorigen Jahrzehnten irgendwie in dauernde Schwierigkeiten gekommen wären, sondern in den betriebsamen Landesteilen, in denen diese Zechen lagen, sind Gegenden, in denen Arbeitskräfte, die nur momentan billiger angeboten werden, sofort von anderen Unternehmern aufgesucht worden, die dort Neues geschaffen haben. Meine Herren, wir befinden uns dort in einer Gegend, die nicht mit anderen, wie mit dem Eulengebirge in Schlesien, zu vergleichen ist, das nach Jahrzehnten es nicht hat fertig bringen können, an Stelle seiner untergehenden Handweberei in genügendem Masse andere Industrien zu stellen. Wenn in jener betriebsamen Gegend, wie gesagt, sich Ueberfluss an Arbeitskräften geboten hat, so sind noch stets nach kurzer Zeit neue Betriebe entstanden, um diese fleissigen Hände aufzunehmen. Und so habe ich auch nicht den geringsten Zweifel, dass wenn mit der nötigen Ruhe die ganze Sache behandelt wird, und wenn nicht künstliche Aufregung geschaffen wird, es dann leicht gelingen wird, die ganzen Schwierigkeiten zu überwinden.

Meine Herren, die ganze Erscheinung, die wir jetzt in den letzten Wochen gesehen haben, scheint mir zum Vergleich geeignet mit einer Panik, die in einem Theater entsteht, wenn Brand gerufen wird. (Abg. Schmieding [Dortmund]: Sehr gut!) Nur dadurch, dass man all den Gemeinden das grosse Gespenst der Arbeitslosigkeit und der vollständigen Entwertung an die Wand gemalt hat, ist der grosse Schrecken entstanden. Ich bin fest überzeugt, wenn wir alle mit gutem Willen daran gehen, die Hand zur Besserung und zur Ausgleichung zu bieten, dass wir in verhältnismässig kurzer Zeit diesen Ausgleich auch finden werden. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Dittrich (Braunsberg).

Dr. Dittrich (Braunsberg), Abgeordneter: Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Die Besprechung kann nach der Geschäftsordnung nur stattfinden, wenn mindestens 50 Mitglieder des Hauses sie beantragen. Ich bitte daher, dass diejenigen Herren aufstehen, welche den Antrag des Abgeordneten Dr. Dittrich unterstützen wollen. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus: die Besprechung findet statt.

In der Besprechung hat zunächst das Wort der Abgeordnete Hilbck; ich erteile es ihm.

Hilbck, Abgeordneter: Meine Herren, wenn ich Sie bitte, mir heute auf etwas längere Zeit

Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, so rechtfertigt sich das einesteils durch die ausserordentliche Wichtigkeit des Gegenstandes, den wir zu besprechen haben, und anderseits aus meinem Wunsche, Ihnen die bergmännischen Verhältnisse in meiner engeren Heimat, die Ihnen ja der Natur der Sache nach manchmal etwas wenig geläufig sind, ein wenig klarzulegen.

Die Ablagerung des Steinkohlengebirges, die man gewohnt ist, das Ruhrgebiet zu nennen, ist vor langen, langen Jahren, als noch die unterirdischen Kräfte walteten, als der Erdball noch nicht gefestigt war, durch eine Pressung von Norden nach Süden so zusammengedrückt, dass das ganze jetzt auf der Oberfläche aussieht wie ein wogendes Meer. Die kurzen, wenig tiefen Sturzwellen am Ufer sind in der Gegend, wo die Ruhr fliesst, wo das Ufer des Steinkohlengebirges wirklich ist, wo es sich auf die älteren Schichten, die Kalksandsteinschichten, die beispielsweise bei Elberfeld zutage treten, auflagert. Die tieferen Wellen finden sich weiter nach Norden im sogenannten Münsterschen Becken. Jetzt ist die Oberfläche allerdings nicht mehr überall sichtbar; denn nördlich der Ruhr ist alles überdeckt durch eine gleichmässige Ablagerung von Kreide, die im sogenannten Münsterschen Meerbusen vor sich gegangen ist. — Wir nennen beim Bergbau diese Wellentäler die Mulden und die Wellenberge die Sättel. — Daraus, dass nun die Wellentäler nach Norden immer tiefer werden, folgt, dass dort auch bei weitem die reichsten Ablagerungen sind, dass dort sich eine grosse Menge Flöze ablagern konnten, die weiter im Süden an der Ruhr nicht mehr vorhanden sind; und ferner, dass das Gebirge an der Ruhr deshalb sehr viel weniger Kohle enthalten und sehr viel rascher abgebaut sein muss, wie die weiter nördlich liegenden Grubenfelder.

Nun bot die Ruhr von vornherein dem Bergbau sehr günstige Angriffspunkte. Die Ruhrberge erheben sich durchschnittlich bis zu Höhen von 150 bis 200 m über das Niveau des Tales. Man könnte vom Tale und von den Seitentälern früher horizontal in die Berge hineinfahren und die Kohlen fördern, man baute sie mit dem sogenannten Stollenbau ab bis unter die Taloberfläche. Wenn jemand auf seinem Acker ein Kohlenflötz gefunden hatte, so liess er sich mit dem Flöz beleihen. Die früheren Beleihungen sind deshalb lauter kleine sogenannte Längenfelder, die nur auf einige wenige Flöze sich erstrecken. Erst später mit dem Berggesetz von 1865 sind die grossen Beleihungen entstanden, die jetzt existieren, die aber für den heutigen Bergbau lange noch nicht gross genug sind. Daraus folgt nun, dass die kleinen Beleihungen an der Ruhr viel zu klein sind und von vornherein viel zu klein waren, um einen grossen Bergbau dort zu gründen. Für den Stollenbau genügten sie. Wollte man einen Tiefbau anlegen, so mussten sich meistens viele der kleinen Zechen zusammentun, um gemeinschaftlich einen Tiefbau anzulegen. So kam es, dass der Besitz dieser kleinen Gruben ein sehr weit verzweigter ist, und dass sie sich nicht in Händen von Kapitalisten befinden, sondern in Händen von früheren kleinen Ackerbürgern, (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) die auf ihrer Scholle Flöze fanden und sich dann bei dem Bergamte in Wetter, später in Bochum und Dortmund mit den Flözen beleihen liessen. So kommt bei allen diesen Ruhrzechen das Grosskapital nicht in Frage, sie befinden sich noch in Händen von kleinen Leuten im Besitz des kleinen Mittelstandes, in den Händen von Ackerbürgern der Umgegend und von Bürgern der benachbarten Städte. Es ist also ein sehr grosser Irrtum, wenn man meint, dass dadurch, dass die Zechen verkauft werden, besonders die Grosskapitalisten Nutzen hätten. Den Nutzen haben die kleinen Bürger, die die Kuxen vielleicht von ihren Vätern ererbt haben, und die lange genug zähe ihren Besitz behalten haben häufig mit grossen Zubussen, denen sich jetzt eine Gelegenheit geboten hat, ihre Kuxen, wenn auch ohne jeglichen Nutzen, zu verkaufen.

Weshalb der Bergbau im Ruhrrevier unrentabel ist, das ergibt sich zum Teil schon aus dem eben Gesagten. Die Mergelschichten, die im Norden vor den Einflüssen der Atmosphärilien, des Regenwassers und des Schnees, schützen, sind an der Ruhr nicht mehr vorhanden, dort steht das Steinkohlengebirge zutage. Sobald Regengüsse und Fluten eintreten, ist das Grubenwasser bedeutend. Die Gruben leiden deshalb ausnahmslos unter einer grossen Wassernot, müssen grosse Maschinen aufstellen und für die Flutzeiten noch grössere Maschinen in Reserve halten, um das eindringende Wasser zu pumpen. Nachdem sich im Laufe der Jahre die oberen Schätze erschöpft haben, ist das Wasserpumpen immer schwieriger und teurer geworden; es gehört dazu sehr viel Dampf, der mit den Kohlen der eigenen Grube in Dampfkesseln erzeugt werden muss. Das ist einer der Gründe, weshalb die Zechen an der Ruhr ganz erheblich teurer arbeiten als anderswo. Ein anderer Grund liegt darin, dass nur sehr wenige Flöze dort vorhanden sind, und dass die Flöze der liegenden Partie, die zutage kommen, verhältnismässig schmal sind. Man rechnet durchschnittlich in dieser liegenden Partie das Verhältnis der Kohlen zu dem begleitenden Gestein wie 1 : 80, bei den Fettkohlenzechen ist das Verhältnis wie 1 : 25; d. h. die Fettkohlengruben enthalten in der gleichen Flächeneinheit mindestens dreimal so viel Kohlen wie die Magerzechen an der Ruhr. Dadurch wird es notwendig, dass die letzteren sehr viel rascher ihre Schächte vertiefen, dass sie sehr viel mehr kostspielige und unproduktive Gesteinsarbeiten betreiben müssen im Vergleich zu den anderen.

Dann kommt ein weiteres hinzu. Früher waren die Löhne auf den Ruhrkohlenzechen verhältnismässig niedrig, 20 bis 25% niedriger, als in anderen Bergrevieren Westfalens. Seit Gründung des Kohlensyndikats und seit dem Erwachen des Wandertriebes bei den Bergleuten hat sich das ganz geändert. Etwas billiger sind die Löhne an der Ruhr zwar noch, aber nur wenig, und wenn beispielsweise, wie es in den letzten Jahren seit Bestehen des Kohlensyndikats geschehen ist, die Löhne sich um durchschnittlich 1 Mk. für Mann und Schicht steigern, so macht das bei einer Leistung von einer Tonne, wie wir sie auf den Fettkohlenzechen haben, auf die Tonne nur 1 Mk., aber bei einer Leistung von $^{6}/_{10}$ t, wie wir sie auf den Magerkohlenzechen wegen der geschilderten misslichen Verhältnisse haben, 1,70 Mk. Das ist natürlich ein kolossaler Unterschied, sodass sich die Steigerung der Löhne bei den Magerkohlenzechen sehr viel mehr bemerkbar macht wie bei den Fettkohlenzechen.

Dazu kommt — das darf auch nicht verschwiegen werden —, dass die Magerkohlenzechen, die an sich viel weniger gefährlich sind wie die Fettkohlenzechen, weil sie keine schädlichen Grubengase führen, trotzdem überreichlich mit bergpolizeilichen Vorschriften bedacht sind. Man hat diese Vorschriften eingerichtet für die gefährlichsten Gruben; es sind Ausnahmen zugelassen für die weniger gefährlichen, aber diese Ausnahme muss jedesmal von dem Revierbeamten bewilligt werden, und Sie können sich wohl denken, dass der Beamte, wenn er eine derartige Ausnahme auf seine eigene Schulter nehmen soll, sich sehr bedenkt und sich sagt: lieber lassen wir doch die allgemeinen Vorschriften gelten, als dass wir hier eine Ausnahme machen, für die wir eventuell verantwortlich sein können. (Sehr richtig!) So kommt es, dass diesen Magerkohlenzechen ganz bedeutende Lasten auch durch die Bergpolizei aufgebürdet worden sind. (Sehr richtig!) Sie müssen zum grossen Teil auch die Berieselung einführen; sie haben fast überall die Beleuchtung durch Benzinwetterlampen jetzt bewirken müssen, während man früher bei offenem Lichte arbeitete. Man redet auch davon, dass der systematische Grubenausbau eingeführt werden soll. Kurz, meine Herren, das sind Erschwernisse, die weiter die Selbskosten der Magerkohlenzechen erhöhen. So ist es gekommen, dass auf sehr vielen Gruben die Verkaufspreise die Selbskosten nicht mehr decken. Sie würden sie allerdings noch decken, meine Herren, wenn nicht das Kohlensyndikat mit seiner Preisbildung so ausserordentlich massvoll gewesen wäre. Die Besitzer dieser Magerkohlenzechen haben in allen Versammlungen des Kohlensyndikats gesagt: wir können mit den Preisen nicht auskommen; wenn wir existieren wollen und existieren sollen, müsst ihr uns höhere Preise bewilligen! (Hört, hört!) Aber die Mehrheit war — ich sage: Gott sei Dank — vernünftiger und setzte das grosse Ganze über die Wünsche der einzelnen, auch wenn die einzelnen stark darunter leiden mussten! (Sehr gut!) Ich glaube, meine Herren, Sie sind mit mir einverstanden dahin, dass es viel besser ist, es gehen einzelne Gruben zugrunde, die anderen prosperieren bei mässigen Kohlenpreisen, und die gesamten Konsumenten haben billige Preise, als dass man die Preise so hoch setzt, dass auch die unter ungünstigen Umständen arbeitenden Gruben noch Ertrag liefern.

Nun, meine Herren, werden Sie mir ferner zugeben müssen, dass es unmöglich ist, dauernd den Betrieb mit Schaden zu führen. Und es ist nur der alten und bekannten westfälischen Zähigkeit zu danken, dass dies solange überhaupt hat möglich gemacht werden können. Wenn ein Gewerke seine Kuxen nicht mehr behalten wollte oder konnte, weil ihm die Lasten der Zubusse zu gross waren, gab er sie der Gewerkschaft zurück und liess sie kaduzieren; dann fand sich aber fast immer wieder ein anderer, der den Betrieb wieder aufnahm. So sind eine Menge Gruben bankerott geworden, und doch sind sie immer wieder aufgenommen worden.

Von den Gruben nun, um die es sich hier handelt, deren Betrieb eingestellt werden soll, bauen die meisten Zubussen. Ich bin gezwungen, hier in die Details einzugehen, obgleich das nicht mein Wunsch war, weil Herr Kollege Stötzel mich durch Verlesung eines Teiles eines von mir geschriebenen Gutachtens geradezu provoziert hat. So gestatten Sie mir, dass ich gerade die Gruben als Beispiel nehme, die in der letzten Zeit stillgelegt worden sind. Da ist zunächst die Grube Marianne-Steinbank; sie gehörte dem Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation, der glücklicherweise in seinen übrigen Betriebszweigen, in seinen Hüttenbetrieben, so viel Geld verdient, dass er damit die Schäden, die er beim Bergbau hatte, ausgleichen kann und ausgeglichen hat. (Sehr richtig!) Und wie er sie ausgeglichen hat, meine Herren, das zeigt diese Tabelle, die ich gleich auf den Tisch des Hauses niederlegen werde. Der Bochumer Verein hat die Grube Marianne-Steinbank im Jahre 1874 gekauft für einen verhältnismässig geringen Preis; es war unter einer Million Mark. Seit dem Jahre 1874 bis zum Jahre 1893 sind in 3 Jahren Gewinne gemacht worden, und zwar 1879/80 57000 Mk., 1889/90, 11 Jahre später, 152000 Mk., das sind sogar nur 2 Jahre. In allen übrigen Jahren hat man mit Schaden gearbeitet, und die Gesamtzubusse, die der Bochumer Verein auf diese Zeche verwendet hat, beträgt 10931770 Mk. (Hört, hört!) Da werden Sie zugeben müssen, dass, wenn nun dem Bochumer Verein ein Gebot gemacht wird von 2880000 Mk. für ein Objekt, welches ihm jedes Jahr Hundert-

tausende gekostet hat, — im vorigen Jahre 259000 Mk., 1901 553000 Mk., 1900 386000 Mk., 1899 600000 Mk., sodass in den letzten vier Jahren annähernd 500000 Mk. Zuschuss erfordert worden sind — so müsste der Bochumer Verein geradezu — um einen vulgären Ausdruck zu gebrauchen — Tinte gesoffen haben, um nicht ein derartiges Angebot anzunehmen. (Grosse Heiterkeit. Sehr richtig!) Gewiss ist der Bochumer Verein sich bewusst gewesen, dass dadurch die Bergleute und die Gemeinde sehr geschädigt werden; es ist die Gemeinde Höntrop. Meine Herren, kann man denn ein grösseres Opfer für eine Gemeinde, für Bergleute bringen, als dass man Jahre lang einen Betrieb führt, der jährlich fast eine halbe Million Mark Zubusse fordert? Ich glaube, auch der Herr Abgeordnete Stötzel wird diese Zeche und ihre früheren Besitzer exkulpieren, und er wird es ihnen nicht anrechnen, dass sie die Grube verkauft haben.

Dann kommt die Zeche Bickefeld. Der Herr Abgeordnete Stötzel hat den ersten Teil meines Gutachtens verlesen. Ich nehme an, dass er den zweiten Teil nicht besitzt; denn nur der erste Teil ist in den Zeitungen veröffentlicht worden, und ich sah, dass der Herr Abgeordnete Stötzel einen Zeitungsbericht verlas. In dem zweiten Teil meines Gutachtens steht aber, dass, ehe die Zeche gut sei für eine Schuld von 1 200 000 Mk., die Gewerke erst noch mindestens 1 Million Mark Zubusse aus eigener Tasche aufwenden müssten. (Hört, hört!) Das steht nicht in dem Teil des Gutachtens, den Herr Stötzel verlesen hat. (Hört, hört!) Ich habe dort ausgeführt, dass zur Hebung dieser Kohlenschätze sehr viel Geld nötig wäre, dass der Schacht abgeteuft werden müsste, dass dazu Maschinen angeschafft werden müssten, dass eine neue Kokerei und Kohlenwäsche, eine Brikettfabrik usw. notwendig wären, dass eine Menge Land anzukaufen sei, und ich habe den Kostenanschlag für diese Dinge der Gewerkschaft von Bickefeld mitgeteilt. Dann, meine Herren, habe ich in dem Gutachten auch nicht einmal behauptet, dass das Kapital, welches die Gewerke eingezahlt hätten, sich rentieren werde. Nein, ich habe doch nur behauptet, dass eine genügende Sicherheit für die Verzinsung des Kapitals von 1 200 000 Mk. vorhanden sein würde, wenn die Gewerke alle diese Dinge ausgeführt hätten. Und weshalb wollten die Gewerke das Kapital anleihen? Weil ihnen innerhalb der Gewerkschaft die Mittel vollständig fehlten, um eine weitere Zubusse von 1 200 000 Mk. zu zahlen. Dass sie opferwillig genug gewesen sind, zeigen Ihnen folgende Zahlen. Seit dem Bestehen des Syndikats, wo sich die Dinge gebessert haben, hat die genannte Zeche folgende Zubussen erfordert: 1896 250000 Mk., 1897 100000 Mk., 1898 300000 Mk., 1899 200000 Mk., 1902 500000 Mk., 1903 400000 Mk. Für eine Zeche, die auch schon vor 1896 ein Dezennium lang immer nur mit Zubussen betrieben wurde, ist das doch keine Kleinigkeit. Sie werden mir zugeben, dass es eine grosse Zähigkeit und Opferwilligkeit der Gewerke verlangt, wenn sie diese 1 800 000 Mk. hineingesteckt haben, daneben noch eine Schuld von 1 200 000 Mk. zu machen. Nun wurde die Zeche vor die Frage gestellt, ob sie nach solchen Erfahrungen es noch riskieren sollte, weitere Millionen auf den neuen Schacht zu verwenden, um für 30 Jahre einen nach meiner Meinung allerdings rentablen Betrieb zu führen. Ich gebe zu: wenn die Zeche fertig und ausgebaut, wenn sie mit den nötigen modernen Hilfsmitteln versehen ist, so ist sie in der Lage, weiter zu existieren. Aber, meine Herren, wollen Sie den Gewerken solche Opfer zumuten angesichts der Möglichkeit, nun für ihre Kuxe einen Preis von 2500 Mk. zu bekommen, angesichts der Möglichkeit, dieses sehr verlustbringende Eigentum glattweg so zu verkaufen, dass man gewissermassen mit blauem Auge davon kommt? (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn die Gewerke mich im vorigen Jahre gefragt hätten: sollen wir weiter bauen oder sollen wir unsere Kuxe für 2500 Mk. verkaufen? — ich hätte mich keinen Augenblick besonnen, ihnen zu sagen: ihr wäret sehr töricht, wenn ihr nicht diesen sehr brillanten Preis annehmen und verkaufen wolltet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Dann, meine Herren, komme ich zu einer dritten Grube, das ist die Grube Bommerbänker-Tiefbau, die von der Gewerkschaft Mont Cenis angekauft ist. Sie ist noch im Betriebe und baut jetzt den Rest der Bodenschätze mit Vorteil. Die Grube Bommerbänker-Tiefbau hat nur seit Beginn des Syndikats, seit 1893, an Zubussen und Anleihen 1 160 000 Mk. aufgewendet. Die Anleihe ist nicht gemacht worden, um Neubauten auszuführen, sondern lediglich, um Betriebsverluste zu decken, und neue Wasserhaltungsmaschinen, die notwendig waren, weil man in die Tiefe gehen musste, zu beschaffen. Ausbeute hat sie in den ersten vier Jahren geliefert 516 000 Mk., bleibt ein Defizit von 600 000 Mk. und man wusste aus dem Defizit nicht herauszukommen; man wäre auch nicht herausgekommen, wenn man ordnungsmässig weitergebaut hätte, sodass die Nachhaltigkeit des Betriebes gewahrt wäre.

Meine Herren, ich habe auch für die anderen Gruben, die eingestellt sind, die Zahlen hier liegen. Ich verlese sie aber nicht; denn ich meine, diese drei Beispiele werden Ihnen genügen. Ich glaube, keiner von Ihnen wird sagen dürfen und sagen wollen, dass diejenigen Gruben, die dauernd keine Ausbeute weiter bauen können oder dauernd keine gebaut haben — man kann die Möglichkeit für die Zukunft nicht mit erwägen, sondern man muss nach den Erfahrungen der Vergangenheit und nach dem Stande der Gegenwart rechnen —, dass diese Gruben jetzt den Betrieb nicht ein-

stellen sollen, wo sie in der Lage sind, gut zu verkaufen. Anders liegt es mit den Gruben, die heute sehr wohl betrieben werden können. Von denen ist, glaube ich, ein Beispiel die Zeche Eiberg. Sie haben alle, meine Herren, die Petition der Eingesessenen von Steele bekommen, die die Zeche Eiberg betrifft. Es sind die Bilanzen der Grube für eine Reihe von Jahren veröffentlicht. Sie haben alle gesehen, dass das Kapital, das hineingesteckt worden ist, sich gut verzinst hat. Es ist auch nicht abzusehen, weshalb, abgesehen von dem neuen Schacht, der allerdings einstellungswürdig ist, weil der sehr schlechte Verhältnisse angetroffen hat, die Grube eingestellt werden soll. Wenn derartige Gruben zur Stillegung gelangten, so würde ich das allerdings vom volkswirtschaftlichen Standpunkt sehr bedauern; denn so reich unsere Bodenschätze sind, so halten sie doch nicht ewig, und ich würde es auch ferner nicht nur für unzweckmässig, sondern, um den Ausdruck zu gebrauchen, den der Herr Kollege Stötzel angewendet hat, mit ihm für gewissenlos halten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Da muss man allerdings die Interessen der Gemeinden und der Bergleute unter allen Umständen wahren.

Meine Herren, wie ist es denn gekommen, und wer ist schuld daran, dass nun plötzlich diese Verkäufe stattgefunden haben? Man sagt — in allen Blättern können Sie das lesen —: das Kohlensyndikat hat das veranlasst. Meine Herren, das Kohlensyndikat hat sich ja neuerdings weiter gebildet auf 10 Jahre — ich nehme an zum Nutzen nicht nur des Bergbaues, sondern des ganzen Landes. Aber man hat zunächst seitens der im Syndikat befindlichen Zechen sehr grosse Opfer bringen müssen. Die Outsiders und namentlich die Hüttenzechen haben Beteiligungen für sich verlangt, die man nur sehr ungern bewilligt hat — viel grösser als die Mengen, welche sie bisher förderten. Aber es handelte sich darum, alle unter einen Hut zu bringen, und man musste in den sauren Apfel beissen und den Leuten z. B. der Firma Haniel Konzessionen machen, die nicht mehr schön sind, die aber gemacht werden mussten, weil man das ganze zusammenbringen wollte. Daraus ergibt sich nun, dass die Beteiligungsziffern, d. h. die Raten, welche die einzelnen Zechen zu fördern berechtigt sind, sehr hoch gestiegen sind und bei weitem nicht mehr Schritt halten mit dem, was wirklich gefördert oder verkauft werden kann.

Man muss nun einen Ausgleich dahin finden, dass diese Beteiligungsziffern reduziert werden, und augenblicklich sind sie reduziert worden um 22 %. Den Schaden davon haben nicht diejenigen Mitglieder, die neu eingetreten sind — die haben ja ihre Beteiligungsziffern so hoch, dass sie vollkommen auskommen können —, sondern den Schaden haben die alten grossen Zechen, die immer noch das Ganze über ihren eigenen Vorteil gestellt haben, und deshalb trotzdem dem Syndikat beigetreten sind, die aber notwendig sich weiter entwickeln müssen und wollen. Ich nenne da wieder nur eine Zeche — um Ihnen ein Beispiel zu geben —: die Zeche Graf Bismarck. Mit dem Direktor dieser Zeche war ich vor zwei Jahren schon unterwegs, um das weite Grubenfeld zu begehen und die Plätze für zwei neue Schachtanlagen auszusuchen. Die Plätze sind ausgesucht, das Terrain ist gekauft, und man will die Schächte abteufen, um die zweite grosse Hälfte des Grubenfeldes abzubauen. Das ist ein ganz natürliches Verlangen der Besitzer, namentlich weil sie wissen, dass die Ausbeutung des Feldes, welches sie genau kennen gelernt haben, ihnen einen überreichen Gewinn bringen wird. Denn keine Zeche in ganz Westfalen baut so vorteilhaft — die Zechen „Zollverein“ und „Konsolidation“ vielleicht ausgenommen —, wie die Zeche Graf Bismarck. Wenn nun die Zeche Graf Bismarck die Gelegenheit benutzt, ihre Beteiligungsziffern zu erhöhen: wollen Sie diese, die vorher das grosse Opfer gebracht hat, dass sie dem Syndikat beigetreten ist, und sich daher beschränkt hat, deshalb verurteilen? Meine Herren, ich glaube, das geht nicht an, und so meine ich, müssen Sie da eine strenge Scheidung machen. Sie müssen in der Tat sagen: eine ganze Anzahl von Zechen sind nicht mehr in der Lage, betrieben zu werden, die wären ohnehin zum Stilliegen gekommen; der Prozess ist nur durch das Syndikat nicht beschleunigt, sondern verlangsamt worden, denn ohne das Syndikat würden sie in den letzten zehn Jahren überhaupt schon zugrunde gegangen sein; sie hätten die Zeit nicht überdauert. Das Schlimmste im ganzen ist nur die Plötzlichkeit, mit der alles eintritt, und die daraus folgenden Schädigungen, die allerdings anerkannt werden müssen, und die ich mit dem Herrn Kollegen Stötzel für sehr bedeutend halte, bedaure ich. Namentlich beklage ich es ganz ausserordentlich, dass davon betroffen werden gerade diejenigen Bergleute, die wir zu den allerbesten in ganz Westfalen gerechnet haben und auch heute noch rechnen. Diejenigen, deren Väter und Grossväter schon auf eigener Scholle an der Ruhr als Bergleute sassen und uns geholfen haben, den Bergbau gross zu machen; die jetzt auf den weiten hügeligen Terrains in der Nähe der Zechen, jeder auf seinen eigenen Kotten ansässig sind; die ein paar Kühe im Stalle und ein Stück Land zu bewirtschaften haben, und die im ganzen, im Vergleich zu anderen Arbeitern, in einer recht günstigen Lage sind; die aber ausserdem auch sehr treue, brave und sehr geschickte Bergleute sind.

Das, meine Herren, ist ein Uebelstand, der gar nicht hoch genug anzuschlagen ist. Ich kann Ihnen sagen: ich bin selbst Vorsitzender des Grubenvorstandes einer Ruhrkohlenzeche, die glücklicherweise nicht zu denjenigen gehört,

die zum Erliegen kommen, und es macht mir allemal im Frühjahr ein besonderes Vergnügen, wenn ich von Witten nach Blankenstein durch die Berge gehe und die reinlichen, reizenden Gehöfte der Bergleute dort und die blühenden Pflaumenbäume sehe, nach denen sie den Spitznamen „Prunenkötter" erhalten haben; — wenn ich sehe, wie zufrieden und glücklich man dort lebt. Für die übrigen Bergleute, meine ich, brauchen wir keine Sorge zu haben; um die Arbeitskräfte reissen sich die anderen Zechen heute schon. Auf Bickefeld sind, wie ich erfahren habe, kürzlich an einem Tage fünf Obersteiger von Nachbarzechen gewesen, um die Leute zu engagieren, und glücklicherweise waren es da die Nachbarzechen, die die Leute alle aufnehmen konnten, falls der Betrieb plötzlich eingestellt würde. Aber überall würden das die Nachbarzechen nicht können, und es werden gewisse Verschiebungen in den Arbeitsstätten unter keinen Umständen ausbleiben.

Ich glaube aber doch, dass noch schlimmer als die Bergleute die Gemeinden daran sind, die auf der Existenz des in ihrer Nähe gelegenen Bergwerks manchmal ihren eigenen Haushalt fast vollständig aufgebaut haben. Die Gemeinden sind, wie zuzugeben ist, durch den Bergbau zu ausserordentlichen Lasten veranlasst worden durch die zahlreichen Bergleute, die in die Gemeinden gezogen sind; das ist ganz ohne Frage, und das auszusprechen, sollte sich überhaupt niemand scheuen; man hat ausserordentlich viel für Schulbauten tun müssen; wenn Sie, meine Herren, nach Westfalen kommen, so sehen Sie überall neue Schulhäuser, alles grosse achtklassige Schulen, — es sind auch die angemessenen Lehrpersonen dazu bestellt. Die Regierungen in Arnsberg und Düsseldorf drücken mit einer fast übermässigen Macht darauf, dass gerade die Schulverhältnisse in der allerbesten Weise geordnet sind und werden, und wenn die Gemeinden so eine melkende Kuh, wie ein Bergwerk, in ihrer Nähe liegen hatten, haben sie sich ja auch gar nicht gesträubt; sie sind vielleicht manchmal viel zu opulent gewesen.

Es hat z. B. die Gemeinde Höntrop, in der die Zeche Marianne liegt, einen Jahresetat von etwa 50 000 Mk. Von diesen zahlte die Zeche Marianne-Steinbank, die, wie ich Ihnen nachgewiesen habe, jährlich eine halbe Million Zubusse baute, 36 000 Mk. Das kommt daher, meine Herren, weil zunächst eine Kopfsteuer von 15 Mk. für jeden Kopf der auf Marianne und Steinbank beschäftigten Arbeiter — mögen sie nun in der Gemeinde wohnen oder nicht — von der Zeche erhoben wird, und dass dann Marianne-Steinbank der Steuerertrag aus dem ganzen Gewinn des Bochumer Vereins in aliquote Teile geht, die nach Massgabe der von diesem im ganzen beschäftigten Leute auf die einzelnen Gemeinden verteilt werden. Dass diese Gemeinde nun natürlich einen sehr grossen Steuerausfall haben würde, wenn die sämtlichen Leute wegziehen, dass sie einen solchen auch schon hat, weil die Zeche Marianne und Steinbank stillgelegt ist, das ist klar. Glücklicherweise steht es so schlimm bei weitem in anderen Gemeinden nicht; misslich genug aber bleibt es immer für zahlreiche Gemeinden; denn ich nehme an, und ich will das auch noch hier aussprechen, dass den Gruben, die bisher eingegangen sind, noch eine gewisse Anzahl anderer Gruben folgen werden; ich weiss noch einige, die auch nicht existenzfähig sind, bei denen Verkaufsverhandlungen schweben, und die in nächster Zeit verkauft werden.

Meine Herren, wenn wir so die Schäden in ihrem ganzen Umfange messen, so wird das erste sein, dass wir nach einem Mittel suchen, diese Schäden nach Möglichkeit, wenn nicht zu beseitigen, so doch zu mildern; und da ist mir doch die Erklärung des Herrn Ministers von ausserordentlich hohem Wert gewesen. Ich habe mich gefreut, daraus zunächst zu sehen, welche Fürsorge jetzt schon der Herr Minister durch das Dortmunder Oberbergamt der ganzen Sache widmet, wie sehr sich schon die Regierung um diese Verhältnisse bekümmert, wie man bemüht ist, alles statistische Material zusammenzutragen, wie man schon jetzt überall mit den einzelnen Gemeinden, mit dem Verein für die bergbaulichen Interessen, mit den interessierten Gruben verhandelt, und wie man bemüht ist, eben dadurch das, was sich mildern lässt, auch zu mildern. Ich glaube, meine Herren, der Weg, den der Herr Minister betreten will, wird wohl am besten zum Ziele führen; die anderen Wege scheinen mir im ganzen wenig praktikabel zu sein.

Da das einmal hier berührt ist, so möchte ich auf § 65 des Berggesetzes und seine Folgen etwas näher eingehen. Gewiss, ich erkenne an, der § 65 soll nicht nur dann gültig sein, wenn es sich etwa um fehlendes Material, um fehlende Kohlen handelt, sondern es fällt eine Kalamität, wie sie durch das Stilliegen einer Grube erfolgen kann — sie schädigt doch auch in hohem Masse die öffentliche Wohlfahrt —, nach meiner Meinung, und ich glaube, auch nach der Auffassung des ganzen Hauses und der meisten Bergbautreibenden in Westfalen unter den § 65. Aber dieser § 65 ist nur eine sehr stumpfe Waffe. Bedenken Sie zunächst die Fristen! Ein halbes Jahr kann der Bergwerksbesitzer das Bergwerk stillegen, ehe das Oberbergamt den Beschluss fasst, dass er seines Bergbaueigentums verlustig erklärt werden soll. Dass die Befugnis dazu existieren muss, finde ich — nebenbei bemerkt — ganz in der Ordnung; denn das Bergbaueigentum und das Grundeigentum sind ganz verschieden. Das Bergbaueigentum wird vom Staat zur Nutzniessung verliehen, und er hat die Berechtigung, es zurückzufordern, wenn diese Nutzniessung gegen

seinen Willen nicht stattfindet. Wenn aber die sechs Monate verstrichen sind, wenn das Oberbergamt den Beschluss gefasst hat, den Bergbautreibenden seines Eigentums zu entäussern, dann wird dieser zunächst die Rekursinstanz anrufen. Vier Wochen gehen hin, bis die Rekursinstanz, bis der Minister entschieden hat und der Bergwerkseigentümer den Bescheid bekommt. Dann steht es ihm frei, die ordentlichen Gerichte wegen des Beschlusses anzurufen. Durch 3 Instanzen kann der Bergbautreibende den Prozess führen, und dass ein solcher Prozess nicht zu den einfachen gehört, dass man ihn, wenn man will, sehr in die Länge ziehen kann, das ist, glaube ich, allen klar. Wenn der Prozess dann zu seinen Ungunsten entschieden ist, dann kommen erst die Fristen, die notwendig sind, um die Rechte der Hypothekengläubiger zu sichern; dann muss im Amtsblatt bekannt gemacht werden, dass das Bergwerk zur Subhastation kommt, oder dass das Bergwerkseigentum erlöschen soll; dann können sich die Hypothekengläubiger während 3 Monate melden und auf Subhastation antragen. Kurz, es dauert etwa 3 Jahre, bis das Verfahren beendet sein wird. In diesen 3 Jahren müssen die Bergleute, die an der Stelle gesessen haben und darauf hoffen, dass sie in dem Werk wieder Arbeit finden, längst andere Arbeit gefunden haben; denn leider sind unsere Arbeiter nicht so gestellt, dass sie 3 Jahre warten und von ihren Renten leben können.

Was bekommt der Staat aber, wenn er das Bergwerk zurücknimmt? In dem 6. Titel, der von der Entziehung des Bergwerkseigentums spricht, heisst es in § 163:

> Bei jeder Aufhebung des Bergwerkseigentums hat der bisherige Eigentümer die Zimmerung und Mauerung des Grubengebäudes nur soweit wegzunehmen, als nach der Entscheidung der Bergbehörde nicht polizeiliche Gründe entgegenstehen.

Der Eigentümer darf also in der Grube sogar das Holz und die Mauerung wegnehmen. Da werden Sie ihm nicht wehren können, sein oberirdisches Eigentum, was mit dem Werk gar nicht so eng zusammenhängt, wegzunehmen. Wird er nicht in den 3 Jahren Zeit haben, die Maschinen zu verkaufen, die Dampfkessel zu veräussern, Grund und Boden und alles, was dazu gehört, wegzugeben, so gut und so schlecht es ihm möglich ist? Dann hat der Fiskus das nackte Bergwerkseigentum, aber er hat keine fertige Betriebsstätte mehr; die müsste erst wieder neu geschaffen werden. Und, meine Herren, wenn sich eine Grube entschlossen hat — sei es auch gegen einen hohen Kaufpreis —, zu verkaufen, und wenn darauf hin der Käufer die Grube stillegt, dann können Sie sich darauf verlassen: die beste Grube ist das nicht. Wenn man wieder von neuem anfängt und alles modern und neu wieder einrichtet, dann kann man vielleicht wieder Erfolge erzielen; aber es ist doch zum mindesten sehr zweifelhaft.

Also, meine Herren, auf diesen Weg gebe ich, offen gestanden, nicht viel. Ich meine, es bleibt doch im Grunde genommen nur übrig, dass zunächst die Nachbarzechen willig gemacht werden, alle eingesessenen Bergleute weiter zu beschäftigen und lieber diejenigen zu entlassen, die von fremd hergezogen sind, die im Norden sehr viel bessere und lukrativere Betriebsstätten finden werden. Denn die nördlichen und allernördlichsten Gruben sind wegen ihrer Tiefe und wegen der Wärme schwieriger zu bebauen, und das findet natürlich im Lohn Ausdruck. Einem zugezogenen, zur Miete wohnenden Bergmann macht es nicht zu viel aus, wenn er seine Habseligkeiten aufnehmen und transportieren lässt nach einer neuen Berufsstelle, wo er voraussichtlich eine viel bessere Wohnung bekommt, und wo ausserdem, wie das in den letzten Jahren fast immer geschehen ist, der Bergwerkseigentümer, dem die Bergleute fehlen, ihm die Kosten des Umzuges vollständig ersetzt.

Nun hat eben der Herr Minister schon ausgeführt, und dass das nobile officium, das man den Bergwerksbesitzern zumuten müsse, bisher in hohem Grade auch von ihnen erfüllt sei, und dass die Erwartungen, die man darauf setze, dass die Bergwerkseigentümer alles tun würden, was möglich wäre, um die Not der Bergleute zu lindern, sich jedenfalls erfüllen werden. Meine Herren, wenn von allen den Leuten, die bisher entlassen sind, noch ein einziger ohne Arbeit wäre, — ich glaube, der Herr Kollege Stötzel hätte das gewusst, und er hätte uns eben die Zahl angegeben; er hätte uns gesagt, welche Leute noch ohne Arbeit sind, (sehr gut! links) wo die sitzen, und weshalb sie keine Arbeit haben bekommen können.

Als der Betrieb auf der Zeche Marianne-Steinbank eingestellt wurde, hat man, ehe er eingestellt und den Bergleuten gekündigt wurde, folgende Bekanntmachung erlassen:

> Der Betrieb unserer Zeche Marianne hat uns seit vielen Jahren Verluste gebracht, die in den letzten Jahren so erheblich gewesen sind, dass wir schon seit längerer Zeit erwogen haben, den Betrieb dieser Zeche einzustellen.
>
> Nachdem sich nun kürzlich eine Gelegenheit geboten hat, den Gesamtbesitz unserer Zeche Marianne zu veräussern, und die Verwaltung es nicht verantworten konnte, dieses Kaufgebot abzulehnen, haben wir uns entschliessen müssen, bei der Ende dieses Monats stattfindenden ausserordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre die Zustimmung zum Verkauf zu beantragen.
>
> Es wird beabsichtigt, unter gleichzeitiger Kündigung des dabei entbehrlich werdenden Teiles der Belegschaft am 1. April mit der

regelmässigen Kohlenförderung aus dieser Zeche aufzuhören.

Wir haben nun Vorkehrungen getroffen, dass ein grosser Teil unserer Belegschaft eine anderweitige Arbeitsgelegenheit finden kann. Es können am 1. April angelegt werden auf den Zechen:

1. Engelsburg . . . . . zirka 100 Mann
2. Carolinenglück . . . . . „ 215 „
3. Mathias Stinnes (bei Carnap) „ 200 „
4. Viktoria Mathias (bei Essen), wo zirka 100 Wohnungen zur Verfügung stehen . . „ 200 „
5. Wiesche und Rosenblumendelle . . . . . „ 100 „
6. Roland (bei Oberhausen) . „ 200 „

Die einzige Arbeitsstelle, die weit entfernt davon liegt, ist Roland bei Oberhausen; die andern sind alle so nahe, dass sie von den Leuten erreicht werden können. Da sind sofort 715 Leute der Belegschaft untergebracht. Weiter aber:

Weitere Arbeitsgelegenheiten können noch nachgewiesen werden. Auch wird sich in unserer Gusstahlfabrik für etwa 150 Tages- und Werkstättenarbeiter Beschäftigungsgelegenheit bieten.

Es ist vorgesehen, dass die hier ansässigen Bergleute in erster Linie auf Engelsburg und Carolinenglück Berücksichtigung finden sollen.

Es liegt im Interesse unserer Belegschaft, sich unverzüglich bei dem Betriebsführer zu melden, wo Ueberweisungszettel für die einzelnen Zechen ausgestellt werden.

(Abgeordneter Dr. Hahn: Wie viel Kilometer Abstand?) — Ich habe gesagt: nur die Zeche Roland ist soweit entfernt, dass sie nicht von den Wohnstätten der Leute aus erreicht werden kann.

Nun ist das nicht ein Unikum; ich bin überzeugt, so werden alle Zechen in Westfalen handeln. Jede wird bemüht sein, das Los der Leute, das, wie man anerkennen muss, schwere Los, in das die Leute geraten sind, und das für sie manche Unbequemlichkeiten mit sich bringen wird, zu erleichtern.

Aber ich glaube, wir werden es dahin bringen, dass alle ihre Wohnstätte behalten können, die sie jetzt haben, wenn die vorhandenen Verkehrsmittel ausgenutzt werden, und wenn man auch auf einiges Entgegenkommen bei den Königlichen Eisenbahndirektionen in der Einlegung von Arbeiterzügen wird rechnen können. Augenblicklich sind fast sämtliche Arbeiterzüge eingegangen, weil das Bedürfnis danach erloschen ist. Früher fuhr ein Arbeiterzug von Sprockhövel über die Ruhr hinüber und brachte eine Menge Arbeiter über das Ruhrtal hinweg. Der kann später wieder eingerichtet werden, wenn die Notwendigkeit sich herausstellt. Ich glaube, es wird kaum nötig sein, dass einer der Leute so weit seine Arbeitsstätte zu suchen hat, wie es beispielsweise die Mehrzahl der in Berlin beschäftigten Arbeiter muss, (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) die ja doch alle draussen wohnen und von hier nach draussen müssen, die auf den Vorortbahnen viel, viel weitere Wege zurückzulegen haben, als sie unsere Bergleute in Zukunft werden zurücklegen müssen. Wenn beispielsweise Vororttarife eingeführt würden, wenn die Tarife noch billiger gestellt würden, — meine Herren, ich kann Sie versichern: die Bergwerksbesitzer werden auch sehr gern Opfer bringen. Ich kenne eine Gesellschaft, deren Repräsentant heute zufällig hier im Hause ist, die jährlich 30 000 Mark für eine elektrische Eisenbahn zahlt und die von Dortmund nach der Zeche fahren soll (sehr richtig! bei den Nationalliberalen), damit die Leute es bequem haben, zur Zeche hinüberzukommen. So werden die meisten anderen Gruben auch verfahren; denn den meisten Werken liegt sehr daran, ihre Arbeiterzahl zu vermehren, und es wird namentlich den Hüttenzechen, die ja freies Spiel haben, mehr fördern zu können, ganz bestimmt gelingen, die Leute aus dem Ruhrtal heranzuziehen.

Ich wiederhole: wir müssen dafür sorgen, dass gerade unsere heutige Belegschaft an Ort und Stelle, wo sie angesiedelt ist, wohnen bleiben kann. Dann, glaube ich, wird auch die Frage, wie die Gemeinden zu behandeln sind, viel leichter zu regeln sein. Es handelt sich dann nur um die Mieter, die fortziehen, die ja den Gemeinden immer mehr kosten, als sie einbringen; diese Kosten werden fortfallen, man wird nicht so viel Schulklassen einzurichten brauchen; und wenn es nötig ist, noch etwas höhere Lasten aufzuerlegen, so lässt sich das eben nicht ändern. Sie haben eben schon gehört, dass die Arenberger Bergbaugesellschaft wegen der Zeche, die sie in Bochum gekauft hat, Julius Philipp, den betreffenden Gemeinden zugesichert hat, dass sie für fünf Jahre die Steuern zahlen wolle, die bisher die Zeche Julius Philipp gezahlt hat. Glauben Sie nicht, meine Herren, dass die westfälischen Kohlenbarone so hartherzig sind, wie das mancher hier denkt; glauben Sie nur, dass uns allen das Wohl unserer Bergleute und Gemeinden ebenso am Herzen liegt wie irgend einem anderen! Aber, meine Herren, wir haben die Sache nicht so aufgebauscht; und darin, dass sie so aufgebauscht wurde, wie das jetzt geschehen ist, dass man an allen Ecken und Kanten Versammlungen abhält, dass die Bürgermeister, die Pfarrer in diesen Versammlungen den Vorsitz führen, dass sich die Sozialdemokraten natürlich der Sache bemächtigt haben, dass der Herr Kollege Brust diese Versammlungen abgehalten hat —, meine Herren, darin finden wir einen grossen Teil des Uebels. Wie kann man überhaupt den Realkredit mehr schädigen, als wenn man der Bevölkerung die Sache viel schlimmer hinstellt, als sie wirklich ist! Wenn die Hypo-

theken wackelig werden, wenn die Gläubiger ihre zweiten Hypotheken zurückgezahlt haben wollen, so liegt das daran, dass ein so grosser Spektakel gemacht worden ist über eine Sache, die bei weitem nicht die Ausdehnung hat, wie es angegeben wird, die bei weitem nicht die schlimmen Folgen haben wird, die man ihr jetzt zuspricht. Ohne irgend welche nachteilige Folgen kommt ja eine derartige wirtschaftliche Umwandlung niemals weg. Der Bergbau in Westfalen wird dauernd in einer langsamen Wanderung begriffen bleiben. Er wird von der Ruhr ab allmählich immer weiter nach Norden wandern; das ist unabweisbar, meine Herren, vollständig unabweisbar. Jetzt liegt der Schwerpunkt schon nördlich des Emschertales, (lebhafte Rufe: Hört, hört! rechts) der vor 25 Jahren noch an der Ruhr lag. Nach längerer Zeit wird der Schwerpunkt an die Lippe (erneute lebhafte Rufe: hört, hört! rechts; Abgeordneter Dr. Hahn: Lippekanal!) und vielleicht später noch weiter nördlich kommen; das ist gar keine Frage. Die Betriebsstätten werden wechseln; nach 100 Jahren wird es anders aussehen als jetzt. Aber, meine Herren, das sind spätere Sorgen, die wir uns jetzt nicht zu machen haben.

Die Schäden, die existieren, sind gross — ich will nicht einmal sagen, „nicht unbeträchtlich", sondern: sind gross —; aber ich glaube, ein Einverständnis besteht darin, dass der gute Wille vorhanden ist, sie zu heilen und zu lindern, und dass es zweckmässiger ist, kaltes Blut zu behalten, mit Ruhe an die Sache heranzutreten als sie aufzubauschen und gleich zu tun, als wenn die Welt unterginge. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Schulze-Pelkum.

Schulze-Pelkum, Abgeordneter: Meine Herren, im Gegensatz zum Herrn Vorredner werde ich mich bemühen, recht kurz zu sein, und mit wenigen Worten den Standpunkt meiner politischen Freunde klarlegen. Ich kann den Herrn Interpellanten aus eigener Anschauung bestätigen, dass in der Tat nicht nur unter den Bergarbeitern, unter den Gemeinden und anderen Interessenten, die durch die Stillegung der Zechen betroffen sind, eine grosse Erregung besteht, sondern auch in weiteren Kreisen, und ich kann Sie versichern, dass wir den Vorgängen, die zu dieser Erregung und Beunruhigung geführt haben, die ernsteste Aufmerksamkeit widmen, und ich bin ausdrücklich beauftragt, das hinzuzufügen, dass Sie uns immer auf dem Platz finden werden, wenn es gilt, Massregeln zu ergreifen, die geeignet sind, die Schäden, die der Allgemeinheit, den Bergarbeitern und anderen Interessenten aus diesen Vorgängen drohen, abzuwenden.

Nun ist, wie schon von Herrn Hilbck hervorgehoben ist, diese Beunruhigung zum Teil künstlich in die Bevölkerung hineingetragen, und ich bin mit Herrn Hilbck vollständig darin einverstanden: je grösser die Agitation, je grösser die Beunruhigung ist, desto mehr haben wir die Verpflichtung, die Vorgänge, die sich im Ruhrkohlenrevier abspielen, ruhig und sachlich zu prüfen. Es wird sich zunächst um folgende Fragen handeln: ist aus den gegenwärtigen Vorgängen, die sich abgespielt haben, ein Grund zu einer Beunruhigung zu entnehmen, ergeben sich Besorgnisse für die Zukunft, und welche Mittel werden zu ergreifen sein, um den Schäden, die sich aus der Stillegung der Zechen ergeben, künftig vorzubeugen? Nun haben wir aus den Ausführungen des Herrn Ministers entnommen, dass in der Tat 8 Zechen stillgelegt worden sind, bei denen ein Betrieb sich nicht mehr lohnen würde. Gegen eine Stillegung von Zechen, deren Betrieb nicht mehr wirtschaftlich ist, wird man nichts einwenden können, und insofern ist also ein berechtigter Grund zur Beunruhigung nach unserer Ansicht nicht vorhanden.

Aber wir haben auch aus den Ausführungen des Herrn Ministers entnommen, dass in 3 Fällen Zechen von grösseren angekauft sind und stillgelegt worden sind oder werden sollen, in denen noch ein lohnender Betrieb möglich war, und diese Tatsache in Verbindung mit den veränderten Bestimmungen, auf denen das Kohlensyndikat jetzt beruht, erfüllen uns mit ernster Sorge. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ja richtig, dass das Kohlensyndikat an diesen Vorgängen selbst keinen Anteil hat, und dass die Syndikatsleitung dabei gänzlich unbeteiligt ist. Ich bin auch gern bereit zuzugestehen, dass das Kohlensyndikat die Macht, die ihm aus den Verhältnissen geworden ist, bisher sehr sparsam angewendet hat, und dass bisher Ausschreitungen des Kohlensyndikats als solche nicht zu beklagen gewesen sind, und ich habe auch das Vertrauen, dass die gegenwärtigen Leiter des Kohlensyndikats sich der Pflichten, die ihnen aus der Macht, die ihnen zugewachsen ist, zustehen, voll bewusst sind, und dass sie bestrebt sein werden, jedem Missbrauch vorzubeugen. Aber die Personen wechseln, und die Verhältnisse sind oft stärker als die Menschen, (sehr richtig! rechts) und wir wissen nicht, ob die Leiter des Kohlensyndikats den erforderlichen Einfluss auf die Zechen haben werden, um Missbräuche abzuwenden. Hinter diesen grossen Zechen nämlich stehen die Grossbanken, und wie die Grossbanken sich zusammengeschlossen hatten, so müssen wir befürchten, dass ebenso sie versuchen werden, auch diese grossen Zechen zu vereinigen, sodass schliesslich der ganze Kohlenbergbau von einigen wenigen Gesellschaften und Banken abhängig sein würde. (Hört, hört! rechts.)

Meine Herren, nun ist die Kohle, das ist gar keine Frage, eins der wichtigsten Verbrauchsmittel; sie kommt gleich nach den Nahrungs-

mitteln. Ich meine deshalb mit meinen politischen Freunden, dass für die Gewinnung und den Vertrieb der Kohle nur rein nationale Rücksichten massgebend sein dürfen und nicht die Dividendenpolitik dieser grossen Banken. (Bravo! rechts.) Ich sagte schon: gegen die Stillegung von Zechen, die nicht mehr betrieben werden können, weil der Betrieb unrentabel ist, wird man vernünftigerweise nichts einwenden können; aber ich bin doch mit meinen politischen Freunden der Ansicht, dass es unwirtschaftlich und vom national-wirtschaftlichen Gesichtspunkte durchaus verwerflich ist, kleinere Zechen, die noch rentabel sind, aufzukaufen und ihr Förderquantum den grossen Zechen zuzulegen, nur damit die Dividenden dieser Aktiengesellschaften wachsen. Wir meinen, dass gegenüber solchen die allergrösste Aufmerksamkeit geboten ist, und ich habe zu meinem Bedauern in den Erklärungen des Herrn Ministers eine nach unserer Ansicht hinreichende Berücksichtigung dieses Punktes vermisst. (Sehr richtig! rechts.)

Es handelt sich weiter um die Frage: was für Mittel sind erforderlich, um derartigen Missbräuchen entgegenzutreten? Nun ist wiederholt von dem § 65 des Berggesetzes die Rede gewesen. Der Herr Minister hat ja in dankenswerter Weise in Aussicht gestellt, dass diesem Paragraphen eine weitere Auslegung, als sie bisher für möglich gehalten worden war, gegeben werden solle. Meine Herren, ich halte, selbst wenn das der Fall sein sollte, diesen § 65 doch für eine ausserordentlich stumpfe Waffe, und wir würden doch zunächst einmal abzuwarten haben, was denn bei dieser schärferen Auslegung, die der Herr Minister für möglich hielt, herauskommen wird. Ich glaube deshalb, des Einverständnisses meiner politischen Freunde sicher zu sein, wenn ich erkläre, dass wir eine Abänderung des Berggesetzes, insbesondere des § 65 notwendig haben dahin, dass die Bergbehörde berechtigt ist, den Weiterbetrieb der kleineren Zechen unter allen Umständen zu verlangen, solange der Betrieb noch rentabel ist. (Bravo! rechts.)

Was im übrigen zu geschehen hat, um die Schäden, die der Allgemeinheit und die insbesondere den betroffenen Bergarbeitern, den betroffenen Gemeinden und den betroffenen Interessenten erwachsen sind oder erwachsen können, abzuwenden — ja, das ist ausserordentlich schwierig, und, ich möchte sagen, nicht aus dem Handgelenk zu entscheiden. Es sind ja nun verschiedene Mittel vorgeschlagen, um von den Gemeinden und von den Bergarbeitern diese Schäden abzuwenden. Ich muss offen gestehen, dass ich zu diesen Mitteln, die vorgeschlagen sind, ausserordentlich wenig Vertrauen habe. Es ist z. B. gesagt, es sollten für die Bergarbeiter Bahnen gebaut werden. Ja, das ist ja sehr schön gesagt; aber wer soll die Bahnen bauen? Sollen die Aktiengesellschaften die Bahnen bauen, die Zechen stillgelegt haben? Sollen etwa die armen Gemeinden bauen oder soll der Staat bauen? Meine Herren, darüber fehlt uns jede Auskunft. Also, ich glaube, dass die Frage, wie diese Schäden in einzelnen von den betroffenen Gemeinden und von den betroffenen Interessenten abgewendet werden können, lediglich in jedem einzelnen Falle geprüft werden muss, und ich habe das Vertrauen, dass die Behörden, sowohl die staatlichen wie die Kommunalbehörden, dass auch ferner die Aktiengesellschaften oder Bergwerksgesellschaften, die diese Zechen stillgelegt haben, bemüht sein werden, diese Schäden, die aus der plötzlichen Stillegung der Zechen entstanden sind, soweit wie möglich zu mindern. Meine Herren, ich schliesse mit der Hoffnung, dass die heutige Verhandlung dazu beitragen wird, die grosse Erregung, die tatsächlich in weiten Kreisen der Bevölkerung besteht, nach Möglichkeit zu mildern. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Oeser.

Oeser, Abgeordneter: Meine Herren, es ist uns heute von verschiedenen Seiten der Mut der Kaltblütigkeit gerühmt worden; beruhigend zu wirken, sei die Aufgabe dieser Debatte, und man solle nur ja mit rechter Ruhe und Ueberlegung an die Sache herangehen. Das ist vollständig richtig; aber ich meine doch, meine Herren, es fällt schwer, ruhig zu bleiben, wenn man die sozialen Folgen der Politik grosser Unternehmerverbände einmal handgreiflich vor sich hat; es fällt schwer, immer die richtigen ruhigen Worte zu finden in der Beschreibung der Folgen dieser Politik. Ich glaube, meine Herren, es muss schon gestattet sein, die Frage doch noch etwas weitergehend aufzufassen, als es bisher geschehen ist.

Auch in der Antwort, die der Herr Minister den Interpellanten erteilt hat, liegt die Aufforderung zu grösserer Ruhe und Mässigung. Gewiss hat das praktisch etwas für sich; man darf derartige Fragen nicht zu sehr übertreiben, es kann durch die Uebertreibung vielleicht auch der schon vorhandene wirtschaftliche Missstand noch verschärft werden. Aber, meine Herren, es lässt sich doch andererseits nicht in Abrede stellen, dass gerade durch die öffentliche Erörterung dieser Angelegenheit, gerade dadurch, dass man etwas schärfer in den Erörterungen vorgegangen ist, dass man einmal die Verhältnisse so, wie sie lagen und erschienen, genau geschildert hat, ein starker Einfluss ausgeübt worden ist auf diejenigen, die diese Zustände hervorgerufen haben. Meine Herren, ich habe keineswegs die Absicht, den Herren Bergwerksbesitzern zu nahe zu treten; aber ich glaube, die Bereitwilligkeit, die sie in den letzten 14 Tagen gezeigt haben, mildernd vorzugehen und wenigstens etwas von den

Schäden hinweg zu nehmen, ist doch wesentlich mit eine Folge der öffentlichen Erörterungen, vielleicht auch eine Folge davon, dass die Parlamente sich der Sache angenommen haben.

Meine Herren, in der Antwort des Herrn Ministers sind drei Gesichtspunkte vertreten gewesen. Der eine Gesichtspunkt: es ist ja nicht so schlimm; was bisher geschehen ist, ist noch recht bescheidener Natur. Der Herr Minister hat sich mit der notwendigen Reserve ausgedrückt, es ist in seinen Worten vielfach der Grundton mitgeklungen, dass man die Verhältnisse noch nicht genau unterscheiden kann; „soviel ich informiert bin", hat er wiederholt gesagt, werden die Verhältnisse so sein. — Es ist deshalb begrüssenswert, dass der Herr Minister auch positive Vorschläge gemacht hat, dass er entschlossen ist, eine Untersuchungskommission in die Gebiete zu senden. Ich freue mich darüber, und ich möchte an den Herrn Minister jetzt schon die Bitte richten, dass er uns die Ergebnisse dieser Untersuchung sobald als möglich mitteilt; ich glaube, das wird sehr nützlich sein.

Dann, meine Herren, ist am wertvollsten an der Ausführung des Herrn Ministers zweifellos die Stellungnahme zu dem § 65 des Berggesetzes. Es ist erfreulich, dass der Minister sich für die weitere Auslegung dieses Paragraphen ausgesprochen hat. Das scheint vorläufig wohl das Wichtigste zu sein; denn meine Herren, die Ironie, die der Herr Abgeordnete Hilbck hier über den § 65 des Berggesetzes ausgeschüttet hat und über die Wirkungen, die ein Zugreifen nach diesem Paragraphen erst in drei Jahren hervorrufen würde, trifft doch nicht ganz das Richtige. Schon der Wille, von dem § 65 unter Umständen auch Gebrauch zu machen, wird seinen Einfluss auf die Bergwerksbesitzer nicht verfehlen. (Sehr richtig!) Ich glaube deshalb, meine Herren, dass damit schon immerhin eine Kleinigkeit gewonnen ist. Man sieht wenigstens, dass ein starker Ernst vorhanden ist, nicht nur in der Oeffentlichkeit, sondern dass auch an den entscheidenden Stellen wenigstens unter Umständen der Wille zu einem Einschreiten vorhanden ist. Das ist unter allen Umständen nützlich.

Nun, meine Herren, sieht man sich ja veranlasst, wenn man zu Unternehmerverbänden spricht, immer zuerst seine prinzipielle Stellung darzulegen, damit die Leute wissen, woran sie sind. Meine politischen Freunde sind keine Gegner dieser Verbände. Wir erkennen an, dass sie sich herausgebildet haben aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wir verkennen auch keineswegs, dass sie gewisse Fortschritte in sich tragen, und dass vor allen Dingen das eine Moment für sie spricht: dass wir durch derartige Verbände aus der Anarchie der Produktion herauskommen können — ein Moment, das für die Zukunft noch ausserordentlich viel wertvoller werden kann, als für die Gegenwart.

Was das Kohlensyndikat anbetrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, dass es bisher zu den am ruhigsten und vorsichtigsten geleiteten Syndikaten gehört hat. Und es ist ihm unvergessen, dass es im Jahre 1900, als die bekannte Kohlenangst ausbrach, es sich versagt hat, diese Verhältnisse sich zunutze zu machen, dass es damals im hellleuchtenden Gegensatz zu anderen Syndikaten, wie z. B. zu dem Kokssyndikat, trotzdem festgehalten hat an den einmal abgeschlossenen Verträgen und nicht die Preise erhöht hat, obgleich es danach zweifellos weit höhere Preise hätte erhalten können. (Hört! hört! links.)

Also, meine Herren, ich sehe gar keinen Grund ein, das nicht von unserem Standpunkt aus anzuerkennen und offen auszusprechen. Dadurch hat das Kohlensyndikat zweifellos eine Agitation zugunsten der Syndikate ausgeübt; indem es in jenen kritischen Tagen Ruhe und Besonnenheit bewahrte, hat es Stimmung gemacht für die Bildung weiterer Syndikate.

Nun fragt es sich aber doch, ob die Verhältnisse inzwischen nicht eine Wandlung erfahren haben, ob nicht heute das Kohlensyndikat unter dem Einfluss gewisser Schwierigkeiten schon zu Massregeln gedrängt worden ist, die vielleicht die ruhige, vorsichtige Leitung, wenn sie unbeeinflusst gewesen wäre, nicht getroffen hätte. Ich erinnere in erster Linie an das Kohlenkontor in Mülheim, das vor kurzem in Kraft getreten ist und das dem Syndikat von den grossen Rhedereien, wie ich glaube, mehr oder weniger abgerungen worden ist. Die Wirkung dieses Kohlenkontors kann ich einstweilen nicht als günstig ansehen. Abgesehen davon, dass mit der Gründung des Kohlenkontors eine abermalige Erhöhung der Preise eingetreten ist, die verhältnismässig namhaft ist, 15 bis 20 Pfg. für die einzelnen Sorten, hat das Kohlenkontor gleich scharfe Stellung gegen den Kohlenhandel eingenommen und den Grosshandel in sich einverleibt. Die Folge wird sein, dass die kleinen Händler schwer geschädigt werden. Bei uns in Frankfurt fürchten die Kleinhändler, dass sie über kurz oder lang aus dem Geschäft herausgedrängt werden, dass 90 % der Kleinhändler aus dem Geschäft herausfliegen werden, und dass nur etwa 10 % dasselbe fortsetzen können. Das wird nun von dem Syndikat bestritten, indem man darauf hinweist, dass das Syndikat auch im Handel Ruhe und Ordnung schaffen wolle; allein ich fürchte, dass die pessimistische Auffassung recht behalten wird, dass der Drang nach monopolistischen Gründungen immer stärker werden wird. Es liegt vom Standpunkt des Syndikats sehr nahe, dass es sagt: ich brauche den Zwischenhandel nicht mehr, ich bin so fest gefügt, die Leute sind

gezwungen, zu mir zu kommen, folglich kann ich auf den Zwischenhandel verzichten.

Nun muss man es aussprechen, dass gewisse wirtschaftliche Grundgesetze unter der Wirkung der fortschreitenden Syndizierung eine Umwandlung erfahren, dass das, was bei dem freien Spiel der Kräfte richtig war, falsch wird, sobald monopolistische Gründungen vorhanden sind. Es wurde bisher behauptet, dass die Ausschaltung von Zwischenhändlern wirtschaftlich nützlich wäre, dass, wenn wir Produzenten und Konsumenten direkt miteinander in Verbindung setzen, wir dadurch einen wirtschaftlichen Fortschritt erzielen, weil der Konsument billiger seine Ware bekommt, und der Produzent gleichwohl bessere Preise erlangt, ein Prinzip, das ja auch in der Landwirtschaft stark vertreten wird. Hier sehen wir, dass dieses Prinzip nicht mehr zutreffend ist unter der Einwirkung von Monopolen. Der Händler hat bisher wenigstens noch einigermassen den freien Markt aufrecht erhalten, er hat den Konsumenten versorgt und konnte sich unter Umständen anderwärts decken als bei dem Syndikat, er konnte in dieser Beziehung die Preise gestalten, er hat den Konsumenten einigermassen unabhängig vom Syndikat erhalten. Mit der Ausschaltung dieses Zwischenhandels geht nun nicht etwa eine Verbilligung der Preise Hand in Hand, sondern es tritt sofort eine Erhöhung der Preise ein. Es zeigt sich auch an diesem Beispiel wieder, dass die Ausschaltung des Zwischenhandels nicht unter allen Umständen wirtschaftlich nützlich wirkt. Ich fürchte sehr, dass die Auffassung über den Handel, die unter der Wirkung von Syndikaten und Monopolen gang und gäbe geworden ist, unserem Lande noch zum Schaden gereichen wird. Denn der Handel schafft Konsum, er bringt die Waren unter den günstigsten Umständen an den Verbraucher heran. Schalten wir den Handel mehr und mehr aus, so werden wir schliesslich auch international dadurch Schaden erleiden. Wenn wir unseren Handel verlieren, verlieren wir auch den, der unsere Waren auf dem Weltmarkt vertreiben soll. Es sind also die Befürchtungen nicht abzuweisen, dass unter der Wirkung derartiger monopolistischer Bildungen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse teilweise eine Verschlechterung erfahren.

Nun, meine Herren, will ich nur nebenbei die Frage streifen, ob die Syndikate überhaupt wirtschaftlich, in bezug auf Konsum und Produktion, die Erwartungen erfüllt haben, die man an sie stellen konnte. Ich glaube, dass das bisher noch sehr wenig der Fall gewesen ist. Wir sehen ja das auch aus den Schilderungen, die uns heute hier von dem Kohlensyndikat gegeben worden sind, dass die Preisgestaltung vielfach sich richten muss nach den unrentablen Zechen, um diese mitzuschleppen, dass eine starke Verteurung der Preise stattfindet, dass nicht eine Verbesserung der Produktion in einem Masse erfolgt, wie es bei einer so grossen und mächtigen Organisation der Fall sein könnte.

Nun, meine Herren, die Tatsachen, die der Interpellation zugrunde liegen, sind heute sehr eingehend bereits dargelegt worden; ich brauche auf die einzelnen Fälle also nicht mehr zurückzukommen. Es scheint mir aber auch aus dem Verlaufe der Debatte vollständig hervorzugehen, dass Stillegungen von Zechen, die noch wirtschaftlich betrieben werden könnten, erfolgt sind. Dass dadurch schwere Rückwirkungen auf die ganzen Gegenden hervorgehen, unterliegt gar keinem Zweifel, und alle Mittel zur Abhilfe, die heute vorgeschlagen worden sind, sind meines Erachtens durchaus nicht imstande, diese wirtschaftlichen Folgen wieder wett zu machen.

Meine Herren, auch in diesem Vorgange, den man ja eigentlich an sich einen wirtschaftlich richtigen nennen könnte, dass nämlich minderleistungsfähige Werke stillgelegt werden, zeigt sich aber doch, dass diese Stillegung nicht etwa erfolgt in einem allgemeinen Interesse, nicht etwa im Interesse des Konsums, der Verbilligung und Hebung der Produktion, der Erleichterung der Konsumtion usw., sondern der ganze Vorgang ist rein diktiert von dem Interesse der einzelnen Werke, denen ich ja daraus keinen Vorwurf machen kann. Dass das Kapital die beste Anlage für sich sucht, ist ein selbstverständlicher Vorgang, den wir überall finden; ob dabei das Kapital grosser Banken im Hintergrunde steht oder nicht, ist vollständig gleichgültig; ob das Kapital im Besitz einer Bank oder im Besitz von Privaten ist, bildet kein Hemmnis in dem Bestreben nach der besten Ausnutzung dieses Kapitals. Aber, meine Herren, dieser Vorgang selbst, das Ankaufen der Zechen, ist insofern durchaus ein rein kapitalistischer, weil es sich nicht darum handelt, etwa für die Allgemeinheit etwas damit zu erreichen, sondern es handelt sich ausschliesslich um das Interesse der einzelnen Zechen, die sich dadurch ihre eigene Produktion verbilligen wollen, aber von dieser Verbesserung ihrer Position in den Syndikatspreisen der Allgemeinheit auch nicht den geringsten Anteil zufliessen lassen. Meine Herren, wenn die Vorgänge im Ruhrrevier ein so ausserordentliches Aufsehen erregt haben — und man kann doch gar nicht bestreiten, dass das der Fall gewesen ist —, so haben dazu eine ganze Reihe von Ursachen mitgewirkt. Es hat einmal mitgewirkt die Aufmerksamkeit, die wir notgedrungen jedem Vorgange in den grossen Syndikaten widmen müssen. Auch wenn wir das Kohlensyndikat wegen seiner bisherigen Mässigung preisen, so ist das doch mehr ein rein intellektueller Vorgang. Wir haben eine gewisse Bewunderung für das Kohlensyndikat ungefähr wie für einen schönen Löwen in der Menagerie. Wir sagen, dieser Löwe ist ein

sehr schönes Tier, er ist ausserordentlich schön, er ist sehr kräftig, er ist bewundernswert, aber Gott sei Dank, dass er hinter festen Stäben ist, denn, „wehe, wenn er losgelassen!“ (Heiterkeit.) Einen ähnlichen Eindruck haben wir auch immer bei den Syndikaten: es ist sehr schön, wie sich das Kohlensyndikat bisher gehalten hat; aber wenn es einmal beginnt, seine monopolistische Stellung auszubeuten, dann wehe dem Konsumenten, denn er ist dem Syndikat auf Gnade oder Ungnade überantwortet. Und, meine Herren, wie das Kohlensyndikat auch bisher diese Stellung ausgenutzt hat, geht aus den Lieferungsbedingungen hervor, die es aufstellt. Allerdings sind diese Bedingungen nicht neuesten Datums: sie haben sich im Laufe der letzten Jahre herausgebildet. Aber dass nun das Kohlensyndikat unter teilweiser Ausschaltung des Handels, unter Einbeziehung der Handelsorganisationen in sein eigenes Bereich diese Bedingungen auferlegt, indem es zugleich bestimmt, dass keine Kohlen von anderen Produzenten bezogen werden dürfen, das erschwert diese Bedingungen, weil eben die Macht des Syndikats viel grösser geworden ist, und es dem einfachen Konsumenten dadurch nahezu unmöglich wird, sich ausserhalb zu versorgen. Diese Lieferungsbedingungen gehen im wesentlichen dahin, dass der Bezieher der Kohle, die doch sein freies Eigentum werden sollte, die Kohle nur in seinem eigenen Betrieb verwenden darf. Es wird auch zugleich ausgesprochen, dass Nachlieferungen usw. unter Umständen nicht erfolgen können. Der Verbraucher soll also frühzeitig disponieren über die Kohle, die er bezieht, und wenn er sie bestellt hat, muss er sie beziehen und bezahlen. Hat er sich aber in seiner Kalkulation verhauen, hat er mehr bestellt, als er verbrauchen kann, so wird ihm die Weiterverwertung einfach verboten; er darf nur vom Syndikat beziehen; tut er das nicht, so wird er bestraft mit einem Zuschlag zur Kohle. Früher hiess es sogar, dass er dann überhaupt keine Kohle mehr beziehen könne. Welche Mengen und Sorten das Syndikat liefert, steht seinem Ermessen anheim.

Dann kommen die Bestimmungen, dass jede Betriebsstörung den Vertrag aufhebt, ob das nun durch höhere Macht erfolgt, durch Einschränkung des Betriebs oder durch Arbeitseinstellungen, und es ist dabei gleichgültig, ob diese berechtigt gewesen sind oder nicht. In dem Moment, wo das Syndikat sagt, es liegt eine Betriebsstörung vor, sind die Zechen nicht mehr zur Lieferung verpflichtet, und der Konsument, der in dieser Beziehung das Vertrauen gehabt hat, kann sehen, wo er bleibt, denn es ist ihm verboten, von anderer Seite Kohle zu beziehen.

Das Rigoroseste dabei ist, dass die Königliche Bergwerksdirektion Saarbrücken diese Bedingungen genau so akzeptiert hat, dass sie in dieser Beziehung nicht um ein Haar besser ist als das Kohlensyndikat; im Gegenteil, die Bezieher von Saarbrücker Kohle behaupten sogar, dass die dortigen Bedingungen noch viel rigoroser sind. Für die Königliche Bergwerksdirektion kommen nämlich nur die Förderungsverhältnisse in Betracht, die Verhältnisse der Industrie werden dabei absolut nicht berücksichtigt. Die Bergwerksdirektion behält sich sogar vor, in den Sommermonaten, wo Kohle am wenigsten gebraucht wird, mehr als in den Wintermonaten zu liefern, wo verhältnismässig mehr Kohle gebraucht wird. Bei der Berechnung wird darauf nicht Rücksicht genommen; die Kohlen müssen in der festgesetzten Zeit bezahlt werden. Ebenso wie das Kohlensyndikat verweigert auch die Bergwerksdirektion Saarbrücken die Lieferung bestimmter Sorten; es behält sich frei, die Lieferungen durch Zechen „mit ähnlichen Sorten“ besorgen zu lassen, und jeder Fabrikant weiss, zu welch ausserordentlichem Verdruss es führt, wenn man nicht die Kohle erhält, an die der Betrieb gewöhnt ist.

Die Bedingung, dass Syndikatsabnehmer nur vom Syndikat kaufen dürfen, ausserdem die Lieferungsbedingungen, wie ich sie eben kurz skizziert habe, legen doch den Gedanken nahe, ob nicht schon hier ein Eingreifen der Gesetzgebung erörtert werden muss, in dem Sinne, dass derartige mächtige Syndikate und Monopole verpflichtet sein müssen, zu den aufgestellten Lieferungsbedingungen an jedermann zu verkaufen. Eine solche Bestimmung würde wesentlich dazu beitragen, um dem Monopolcharakter wenigstens eine Seite seiner Gefahr zu nehmen.

Was die Stillegung der Zechen im Ruhrrevier betrifft, so ist heute das wesentliche Ergebniss das: es wird stillgelegt werden, es wird nur im Tempo der Stillegungen etwas Rücksicht auf die öffentliche Meinung genommen. Ja, meine Herren, ich kann es ja verstehen, dass, wenn eine Zeche nicht mehr rentabel ist, der Eigentümer dieser Zeche versucht, sie möglichst gut los zu werden. Hier haben wir wiederum die Erscheinung, dass unter der Wirkung des Kohlensyndikats neue Realgerechtsame sich herausgebildet haben. Heute hat die Beteiligungsziffer im Kohlensyndikat Geldwert. Man kann diese Beteiligungsziffer auf den Markt bringen; sie wird einen Kurs haben, sie kann verkauft werden; das ist etwas, was das Syndikat für die Besitzer neu geschaffen hat. Das lässt sich ungefähr vergleichen dem Kontingent der Spiritusbrennereien, das allerdings nicht Private, sondern der Staat geschaffen hat. Hier hat aber eine private Vereinigung neue Realgerechtsame hervorgerufen.

Meine Herren, fraglich ist mir nur, ob die Rechnungen, die heute aufgemacht werden, insofern stimmen, dass der Betrieb an sich un-

rentabel ist. Ich kann mir vorstellen, dass die investierten Werte, die Einrichtungen usw. unrentabel geworden sind. Ob aber der Betrieb, der ohne Rücksicht auf das investierte Kapital, das einmal hineingesteckt ist, an sich unrentabel ist, ist mir nicht ganz klar. Ist das aber der Fall, so würde der § 65 des Berggesetzes hier unter allen Umständen einzugreifen haben; denn, meine Herren, der Herr Minister Möller hat ganz richtig im Jahre 1902 bei Beratung der Verstaatlichung einiger Bergwerke hier gesagt: Kohle ist das Brot der Industrie; Kohle muss ganz anders behandelt werden wie jeder andere Artikel; Kohle ist die Grundlage jeder Industrie; jeder Industrielle muss Kohle haben; deshalb hat derjenige, der die Kohle in der Hand hat, die Macht im Staate. Es ist sogar schon im Scherz gesagt worden, dass der Chef des Kohlensyndikats der mächtigste Mann sei, weil er der Industrie seine Bedingungen diktieren kann, mächtiger als der Herr Handelsminister. Meine Herren, es liegt etwas Wahres darin, dass der Einfluss gerade dieses Syndikats, das den Urstoff, aus dem die Produktion erst hervorwachsen muss, besitzt, viel stärker ist, als der jeder anderen Organisation. Deshalb müssen wir diese Fragen mit viel grösserem Ernst und Nachdruck behandeln, weil sie wichtig für die Allgemeinheit sind.

Meine Herren, ich bin überzeugt: der Syndikatsleitung sind die letzten Vorgänge äusserst unangenehm gekommen, und insbesondere die Erörterungen, die sich daran geknüpft haben, werden den Herren vom Syndikat sehr wenig erwünscht gewesen sein. Das Syndikat legt keine Zechen still, aber die Syndikatspolitik treibt mit Notwendigkeit zu dieser Stillegung der Zechen.

Bis zum Jahre 1903, bis zu dem neuen Syndikatsvertrage, wurde für jeden neuen Schacht die Beteiligungsziffer automatisch erhöht um 100 000 t. Man hat gefunden, dass diese Massregel wesentlich zur Stärkung der neuen, jungen kapitalkräftigen Zechen führte, während dadurch die übrigen Mitglieder des Syndikats mit ihrer Beteiligungsziffer zurückblieben. Man hat also jetzt den neuen Modus geschaffen: die Niederbringung eines neuen Schachtes bringt noch keine Erhöhung der Beteiligungsziffer mit sich; die Erhöhung muss erst aus dem wachsenden Bedarf herauskommen.

Jetzt ist es nun ein naturnotwendiger Vorgang, dass die Zechen, die über grosse Kohlenvorräte verfügen, die diese Vorräte vorteilhafter abbauen können, als man das im südlichen Ruhrrevier kann, nach Mitteln und Wegen suchen, um ihre Gestehungskosten sich zu verbilligen. Da ihre Produktion durch das Syndikat festgelegt ist, da sie nicht nach Belieben mehr erzeugen dürfen, obwohl sie dazu in der Lage wären, obwohl sie bei einer Mehrproduktion viel wirtschaftlicher arbeiten würden, obgleich sie dann viel weniger Generalunkosten hätten, so müssen sie nach einem Ausweg suchen; da bietet er sich von selbst, dass sie minder rentable Zechen ankaufen und dann deren Beteiligungsziffer nehmen. Das kann man geschäftlich durchaus verstehen. An und für sich ist den Herren kein Vorwurf daraus zu machen; es ist nichts Ehrenrühriges, wenn Zechen so vorgehen, weil der Leiter der Zeche sich sagt: ich bin dafür verantwortlich, dass die Zeche rentiert; ich kann es nur innerhalb des Zwanges des Syndikats tun, folglich kaufe ich an und lege still.

Aber das Aufsehen, das der ganze Vorgang erregt hat, resultiert nicht nur aus der Stellung zu dem Syndikat, sondern auch daraus, dass man hier einmal an einem konkreten Beispiele sehen kann, welche grosse Gefahr diese Entwicklung in sich bergen kann, wie hier die Syndikatspolitik hinwegschreitet über das Wohl und Wehe ganzer Gegenden, wie sie, ohne es zu wollen — es ist gar nicht ihre Absicht —, doch dahin führt, dass diese Gegenden verarmen, dass ehrenhafte Leute um ihr sauer verdientes und erspartes Geld kommen, dass Leute, die sich sagen konnten: ich habe einen gewissen Wohlstand, ich werde für den Rest meines Lebens ohne Sorge bestehen können, plötzlich finden: mein Vermögen ist heute mindestens um 50% oder mehr entwertet.

Meine Herren, die Mittel, die hiergegen vorgeschlagen werden, sind meines Erachtens viel zu klein, um wirksam zu sein. Das beste ist vielleicht noch die Schaffung von Verbindungswegen; aber auch mit der Schaffung neuer Verbindungswege wird das Uebel nicht an der Wurzel angegriffen. Denn ganz selbstverständlich wird der junge Arbeiter, der noch keinen Besitz hat, oder der zugezogene Arbeiter, etwa der Pole, der da jetzt namentlich eine grosse Rolle spielt, sich seine Wohnung in möglichster Nähe der Betriebsstätte suchen. Nun ist ja bekannt, dass ein grosser Teil dieser Bergarbeiter Häuschen besitzt, in denen sie noch eine oder zwei Wohnungen vermieten können. Dass diese Wohnungen in Zukunft leer stehen, erscheint mir ganz selbstverständlich; ihre Eigentümer werden unter allen Umständen immer den Schaden zu tragen haben. Wenn man nun sagt: ohne die Syndikatspolitik würde die Folge schon früher eingetreten sein —, dann meine ich: das ist ein schlechter und dürftiger Trost; das Syndikat hat eben mit der einen Hand gegeben und mit zwei Händen nimmt es wieder. Wir wissen ja nicht, wie sich ohne die Syndikatspolitik die Verhältnisse gestaltet hätten; es wäre möglich, dass die Zechen ohne Syndikatspolitik in Schwung geblieben wären. Aber dass nun gerade durch diese Syndikatspolitik jene Folge so plötzlich eingetreten ist, das ist es, was sehr viele erstarren und erschrecken macht.

Nun hat der Herr Vorredner Schulze-Pelkum bereits gefragt: wer soll denn diese Bahnen bauen? Soll der Staat sie etwa bauen? Es

ist ja selbstverständlich, dass diese Bahnen nicht rentabel sein würden. Sie stellen den Verkehr zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten her; das ist ein Verkehr, der sich nur zwei oder dreimal am Tage abspielen kann. Wird das dazu beitragen, diese Bahnen lebensfähig zu erhalten? Ich bezweifle das sehr. Und soll man nun den Gemeinden auferlegen, dass sie sie bauen, um wieder gut zu machen, was die Syndikatspolitik verbrochen hat? Ich fürchte, für eine solche Aufgabe werden sich die Gemeinden sehr bedanken.

Nun hat der Herr Minister an das nobile officium der Zechenbesitzer erinnert. Ich erkenne gern an, dass die Herren sich bereit erklären, mitzuwirken, um die Folgen dieser Vorgänge, die sie beschleunigt haben, wieder einigermassen gut zu machen. Das ist sehr hübsch; aber es fragt sich nur, bis zu welchem Grade es gehen wird. Ob die Zechenbesitzer diese Bahn von sich aus bauen, ist absolut nicht sicher; ich hätte ein solches Zugeständnis gern gehört, aber ich vermisse es bis jetzt noch.

Eine Entwertung des Grundbesitzes wird also unter allen Umständen eintreten, und bis es gelingt, dort wieder neue Industrien hervorzuzaubern, kann es noch lange dauern. Jedenfalls, bis dieser Prozess zum Abschluss gekommen ist, bis wieder neue Arbeitsgelegenheiten aufgetaucht sind, haben wir damit zu rechnen, dass eine Entwertung des Grundbesitzes vorhanden ist. Soweit grössere Entfernungen in Frage kommen, wird natürlich die Bahnverbindung von selbst schon hinfällig; denn das erfordert sehr viel Zeit und Kosten.

Was die Steuervergütung anlangt, so ist auch da nur ein verhältnismässig kleiner Behelf. Es ist gewiss anerkennenswert, wenn die Zechenbesitzer sich bereit erklären, auf 5 Jahre hinaus die Steuern zu zahlen; aber nach diesen Jahren stehen wir wieder auf dem alten Fleck; da sind die Gemeinden genau in derselben Lage wie vorher. Die andere Verteilung der Kreisabgaben, die ebenfalls von zechenfreundlicher Seite angeregt ist, scheint mir auch nicht durchführbar zu sein; man kann doch die anderen Mitglieder des Kreises nicht verantwortlich machen für das, was durch die Syndikatspolitik geschehen ist.

Die Frage ist nun das Einschreiten auf Grund des § 65 des Berggesetzes, die ja wiederholt hier erwähnt worden ist. Die Nebenfrage ist die: wer soll dann die Zeche ausbeuten, wenn der Staat das Eigentum aberkannt hat? Soll das der Staat oder die Gemeinde tun? Es würde jedenfalls auch der Weg denkbar sein, dass in solchem Falle die Belegschaft als solche eine Genossenschaft bildet und die Zeche so lange ausbeutet, als die Ausbeutung noch rentabel ist. Das wäre ein Weg, die Arbeiterschaft selbst an der Sache mit zu interessieren; es würde manche Härte eher beseitigen.

Aber, meine Herren, dass das Vorgehen auf Grund des § 65 grosse sachliche Schwierigkeiten hat, hat der Herr Kollege Hilbck dargelegt; in dieser Beziehung kann man ihm vollständig beistimmen. Es haben die Zechenbesitzer viel Handhaben, um ein Endergebnis aus § 65 zu verzögern. Dass § 65 anwendbar ist, ist heute eigentlich von keiner Seite bestritten worden. In der Oeffentlichkeit hat man allerdings gesagt: aus der ganzen Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen geht hervor, dass er nur anwendbar sei, wenn z. B. Kohlennot vorhanden sei. Da man nun nicht behaupten könne, dass eine Kohlennot existiere, könne man den § 65 auch nicht anwenden.

Nun, meine Herren, ist der ganze Standpunkt unserer Gesetzgebung in derartigen Fragen heute ein wesentlich anderer als beim Erlass des Berggesetzes. Inzwischen haben wir das Bürgerliche Gesetzbuch bekommen, in dem der Gedanke der Beschränkung des Eigentums viel weiter geführt ist, als in dem Berggesetz, und der § 904 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der die Enteignung behandelt, könnte unter Umständen mit herangezogen werden.

Aber, meine Herren, die Hauptsache ist natürlich, dass man bereit ist, an dem Berggesetz selbst zu rühren, und ich freue mich, dass der Herr Vertreter der konservativen Fraktion die Bereitwilligkeit seiner Fraktion erklärt hat, zu einer Aenderung mitzuwirken. Wenn der Herr Kollege Hilbck ironisch gesagt hat, es dauere mindestens drei Jahre, bis wir auf Grund des § 65 zu einem Resultat gelangten, so kann man ihm schon erwidern: es wird keine drei Jahre dauern, wenn wir hier durch ein Gesetz die Missstände, die wir anerkennen, beseitigen. Das würde wohl die Konsequenz der Ausführungen sein, die Herr Kollege Hilbck hier gemacht hat. Aber, meine Herren, nicht § 65 des Berggesetzes allein erfordert meines Erachtens Berücksichtigung, sondern das ganze Berggesetz und die Tendenz dieses Gesetzes sollte neuerdings erörtert werden: ob das Gesetz mit den neuen Verhältnissen, die inzwischen eingetreten sind, noch zu vereinbaren ist oder nicht.

Wir hatten ursprünglich in Deutschland das Bergregal. Danach war es dem Landesherrn überlassen, ob er eine Konzession verleihen wolle oder nicht. Dem Grundeigentümer stand, abgesehen von gewissen Ausnahmen, ein Recht an den Mineralien, die in seinem Boden enthalten sind, nicht zu. Mitte des vorigen Jahrhunderts, insbesondere von 1851 bis 1865, hat man nun begonnen, den Bergbau von den Fesseln früherer Verhältnisse zu befreien und, das Berggesetz vom 24. Juni 1865 ist die Folge dieses Befreiungsprozesses. Es enthält die konsequente Durchführung der Befreiung des Bergbaues und der Bevorrechtung des Bergbaues gegenüber dem Grundbesitz. Ich bin

überzeugt, dass dieses Gesetz ausserordentlich gut gewirkt hat; es war eine Notwendigkeit. Wir wollten den Bergbau entwickeln, wir mussten ihm gesetzlich freies Feld schaffen, und, meine Herren, der Bergbau hat sich dieses Gesetz zunutze gemacht; er hat eine wahrhaft glänzende Entwickelung inzwischen durchgemacht. Aber, meine Herren, heute liegen die Verhältnisse insofern anders, als es sich nicht mehr darum handelte, den Bergbau zu befreien von den Fesseln des Regals oder früherer Vorschriften, sondern heute haben wir damit zu rechnen, dass der Bergbau selbst nicht mehr frei ist, sondern zusammengeschlossen ist — wenigstens in Rheinland und Westfalen — in immer wachsendem Masse — jetzt fast vollkommen — zu einem grossen, monopolartigen Verbande. Die Voraussetzung des Berggesetzes ist die freie Konkurrenz gewesen, und die freie Konkurrenz ist durch das Kohlensyndikat beseitigt. Nach dem Berggesetz ist das Schürfen auf Mineralien jedermann gestattet, und jedermann, der fündig geworden ist und das nachweisen kann, hat einen Anspruch auf Verleihung des innerhalb der gesetzlichen Vorschrift liegenden Maximalfeldes von 2 189 000 qm, die er bekommt gegenüber einem Stempel von 1,50 Mk.

Nun, meine Herren, haben wir ja hier im Jahre 1902 den erfreulichen Vorgang gehabt, dass die Königliche Staatsregierung vorgegangen ist, auch in Rheinland und Westfalen einen eigenen Bergwerksbetrieb zu errichten. Es ist uns das damals begründet worden mit dem eigenen Bedarf der Staatsregierung für ihre Eisenbahnen, mit dem Bedarf der Marine, und der Herr Handelsminister hat auch — zwar sehr zart und leise — angedeutet, dass auch die Notwendigkeit eintreten könnte, der Gewalt des Monopols des Kohlensyndikats in der Preisstellung entgegenzutreten. Damals ist hier die Auffassung vertreten worden, dass ein eigenes Schürfen des Staats sich nicht mehr rentieren würde, dass gewissermassen die abbauwürdigen Felder bereits sämtlich vergeben sind, und dass bergfreies Feld nicht mehr vorhanden sei. Meine Herren, es ist doch beachtenswert, dass inzwischen von privater Seite noch sehr stark geschürft worden ist, und zwar mit sehr gutem Erfolg. Insbesondere ist zu erinnern an die Internationale Bohrgesellschaft in Erkelenz, die mit dem verhältnismässig kleinen Kapital von 1 Million arbeitet und die inzwischen 18 Bohrungen für eigene und 37 Bohrungen für fremde Rechnung ausgeführt hat. Es ist noch kürzlich mitgeteilt worden, dass das Kohlensyndikat mit dieser Internationalen Bohrgesellschaft in Erkelenz in Verhandlungen steht, um die Felder dieser Gesellschaft anzukaufen. Das Kohlensyndikat hat in dem letzten Vertrag auch bereits Aenderungen vorgenommen, wonach der Geschäftsbereich des Syndikats ausgedehnt wird, indem es berechtigt ist, Berggerechtsame anzukaufen und den Bergbau selbst auszuüben. Es ist ausgesprochen, dass die Leiter 3% der Jahresrechnung — das sind 12 bis 15 Millionen — dafür verwenden können, ohne die Zechenversammlung einberufen zu müssen. Gleichzeitig enthält auch der Syndikatsvertrag die Bestimmung, dass kein Syndikatsmitglied berechtigt ist, sein Eigentum an ein Nichtsyndikatsmitglied zu verkaufen, es sei denn, dass das Syndikat zustimmt. Vergegenwärtigen Sie sich die Richtung dieser Entwickelung, so sehen Sie, dass hier der Zug zur Alleinherrschaft im Kohlenbergbau ganz frappant hervortritt, dass das Kohlensyndikat bereits Berggerechtsame ankauft, dass ausserdem kein fremdes Element in das Syndikat mehr hinein soll, ausser wenn das Syndikat zustimmt.

Es ist zweifelhaft, ob das Syndikat die Absicht hat, diese Felder sofort auszubeuten, oder ob es damit warten will, bis die übrigen Gruben das Schicksal der Gruben im südlichen Ruhrgebiet erleiden werden. Nicht zweifelhaft aber kann der Zweck der ganzen Aktion sein, nämlich der Zweck, das Monopol zu einem möglichst vollständigen zu machen. Da meine ich, dass hier auch für die Gesetzgebung und die Königliche Staatsregierung die sehr ernste Frage auftaucht, ob es angängig ist, dass wir unter Anwendung des Berggesetzes gestatten, dass dieses Monopol derart zu einem vollkommenen wird, dass kein fremdes Element mehr in den Kohlenbergbau hineinkann, ob wir unter dem Zwang, Mutungen zu verleihen, wo geschürft ist, nun auch zugestehen dürfen, dass diese Mutungen so lange liegen, bis es dem Syndikat oder den Eigentümern beliebt, sie auszubeuten, ob wir mit einem unentbehrlichen Gut — und ein solches ist die Kohle — in einer derartigen Weise wirtschaften lassen dürfen.

Es ist heute schon gesagt worden, dass das Kohleneigentum ein ganz besonderes ist. Es wird nur verliehen, und schon in diesem Ausdruck „verliehen“ ist doch enthalten, dass man etwas, was verliehen ist, wieder zurückfordern kann. Soll nun der Staat zusehen, wenn durch die zu ganz anderen wirtschaftlichen Zwecken, eben zur Befreiung des Kohlenbergbaues getroffenen Bestimmungen des Berggesetzes ein vollständiges Bergmonopol geschaffen wird, wenn nun der Bergbau so vollständig durch Gesetzeszwang in bestimmte Hände hinein kommt, dass eine Konkurrenz gegen das Syndikat in keiner Weise mehr möglich ist?

Es ist also die Frage, meine Herren, die, wie ich meine, hier wenigstens einer ernsten Erörterung und der Beachtung wert ist, ob das Berggesetz von 1865 noch im Einklang mit den Verhältnissen von 1904 steht, und meine

Fraktion wäre bereit, in eine Revision dieses Berggesetzes miteinzutreten.

Die weitere Frage ist die, ob der Kohlenbergbau als solcher verstaatlicht werden soll. Zu dieser Frage hat meine Fraktion nicht Stellung genommen. Wir haben allerdings im Jahre 1902 dem schon erwähnten Gesetz zugestimmt. Meine persönliche Stellung in dieser Beziehung ist eine weitergehende; ich würde auch vor einer Verstaatlichung des Bergbaues nicht zurückschrecken. Allerdings, meine Herren, verkenne ich nicht die Schwierigkeiten, die einer vollständigen Verstaatlichung heute, wo die Kohlengruben so ausserordentlich im Werte gestiegen sind, entgegenstehen. Aber, meine Herren, in bezug auf die Felder, die heute noch nicht in Angriff genommen werden, ist die Frage meines Erachtens vollständig berechtigt: sollen wir hier an den Prinzipien von 1865 festhalten oder zurückkehren zu dem Bergregal, das dem Staat wenigstens die Möglichkeit gibt, unter Umständen auch die Verleihung einer Mutung zu versagen, eben dann, wenn überwiegende Interessen des öffentlichen Wohles einer derartigen Verleihung entgegenstehen?

Ich will auch nicht eingehen auf die Zwecke, die mit einer Verstaatlichung erreichbar sind in bezug auf den Betrieb, die Arbeiterverhältnisse usw. usw. Man hat früher die Verstaatlichung aus ganz anderen Rücksichten verlangt als wir sie heute verlangen. Früher hat man geglaubt, aus technischen Gründen die Verstaatlichung des Bergbaues fordern zu müssen, weil der Staat leistungsfähiger sei als Private. Derartige Rücksichten können nicht mehr ins Feld geführt werden; unser privater Bergbau steht so auf der Höhe, dass man ihm in dieser Beziehung keine Vorwürfe machen kann. Die Gründe, die heute für ein Einschreiten sprechen, sind wirtschaftlich-sozialer Natur. Auch die Arbeiterschaft hat vielleicht grössere Sicherheit bei einem Staatsbetriebe; wenigstens ist eine parlamentarische Kontrolle möglich.

Ob, meine Herren, die Arbeiterverhältnisse im Ruhrrevier so befriedigend liegen, wie heute bemerkt worden ist, bezweifle ich nach den mir gewordenen Informationen. Ich bezweifle auch, ob es gelungen ist, sämtliche abgekehrten Bergleute wieder anzustellen. Ich glaube, meine Herren, dass die Beschwerden, die hier in der Arbeiterpresse geltend gemacht worden sind, wohl Berücksichtigung verdienen. Es ist behauptet worden, dass Arbeiter wesentlich deshalb abgekehrt wurden, weil sie agitatorisch irgendwie hervorgetreten sind, weil sie ihren Verbänden angehört haben. Vielleicht hören wir über diese Seite der Sache, die doch gewiss zum Ganzen gehört, heute noch etwas mehr. Dass aber innerhalb der Arbeiterschaft Beschwerden vorhanden sind, dass altangesessene Arbeiter zurückgesetzt worden sind gegenüber neu hinzuziehenden, insbesondere gegenüber Polen, das ist meines Erachtens auch seitens des Syndikats vollständig zugegeben worden. So sagt der Bergrat Engel in einer Veröffentlichung, ich glaube über die Zeche Hasenwinkel, es sind Fehler vorgekommen, man hat die alteingesessenen Arbeiter abgekehrt im Interesse der neu hinzugezogenen —, und es ist versprochen worden, dies neu zu regeln.

Meine Anregung ist wesentlich die: wenn wir befriedigende Verhältnisse schaffen wollen, müssen wir uns nicht an die Stillegung der Ruhrzechen allein halten, sondern wir müssen die Sache prinzipiell zu erfassen suchen. Wir wollen dem Kohlensyndikat als solchem gewiss vollständig die Entwickelungsfreiheit gewährleisten, soweit es nicht in Konflikt mit öffentlichen Interessen kommt; wir betrachten es aber als eine Pflicht der Gesetzgebung und der Staatsregierung, da, wo ein Konflikt zwischen den allgemeinen Interessen und denen der privaten Verbände auftritt, die allgemeinen Interessen zu wahren, und insbesondere mit uns dahin zu wirken, dass es nicht möglich ist, dass das Kohlensyndikat ein vollständiges Monopol erhält, dass es die Hände auf Kohlenschätze legt, die vielleicht erst in vielen, vielen Jahren einmal abgebaut werden sollen. Da halte ich dafür, dass wir das Gesetz von 1865 wenigstens im Geiste wiederherstellen, indem wir dem Bergbau die Freiheit, die ihm verloren gegangen ist, wiederzuschaffen suchen. (Bravo links und im Zentrum.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Stockmann.

Dr. **Stockmann (Segeberg)**, Abgeordneter: Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, dem Herrn Vorredner auf dem breiten Wege der Erörterungen über die Bedeutung der Syndikate zu folgen, obgleich einzelne seiner Behauptungen mir eine sehr geeignete Handhabe zu weiteren Auseinandersetzungen bieten würden. Wenn ich z. B. nur denke, was der Herr Vorredner uns über die Schaffung eines Monopols für das Syndikat der Bergwerksbesitzer hier ausgeführt hat, und damit vergleiche, wie er und seine Partei über das Monopol denken, das die Warenhäuser sich für den Vertrieb ihrer Waren schaffen, (Lachen bei den Freisinnigen) da scheint mir doch ein grosser Gegensatz vorhanden zu sein. Im übrigen bin ich mit dem Herrn Vorredner der Ansicht, dass die heutigen Verhandlungen ihres Eindrucks auf die Bergwerksbesitzer nicht entbehren werde. Aber mit dem Eindruck dieser Verhandlungen allein wird es nicht genug sein können.

Von dem Herrn Abgeordneten Schulze-Pelkum ist gemeint worden, dass die Aufregung, die augenblicklich unter der Bergwerksbevölkerung in Westfalen und Rheinland besteht, künstlich hineingetragen sei. Ich glaube nicht, meine Herren, dass dies mit Recht angenommen werden kann, und das wird uns klar werden,

wenn wir uns die tatsächlichen Verhältnisse noch einmal vergegenwärtigen: In dem Kohlensyndikat sind gegenwärtig fast alle Zechen des rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens, welche Verkaufskohlen produzieren, vereinigt. Die Zechen verfolgen damit die Absicht, einmal den Preis der Kohle auf einer ihnen richtig erscheinenden Höhe zu halten, damit aber auch zugleich zu erreichen, die Löhne ihrer Arbeiter ebenfalls auf entsprechender Höhe halten zu können.

Meine Herren, diese letzteren Bestrebungen wird man nur durchaus anerkennen können, und man wird auch den Zechen nicht versagen wollen, um dies durchzuführen, gleichzeitig für angemessene Kohlenpreise zu sorgen, sofern sie eine übertriebene Höhe der Kohlenpreise dadurch nicht herbeiführen. Um nun diese beiden Ziele aber erreichen zu können, hat das Kohlensyndikat sich gezwungen gesehen, jeder bei dem Syndikat beteiligten Zeche ein bestimmtes Förderquantum für das Jahr zuzuteilen. Die Folge hiervon ist jetzt gewesen, dass einige grössere Zechen anfangen, kleinere Zechen aufzukaufen mit der Absicht, sie stillzulegen und das Förderquantum dieser Zechen ihren eigenen Zechen zuzuwenden, weil auf ihren Zechen mit grösserem Nutzen produziert werden kann als auf den anderen.

Meine Herren, was das Stillegen der Zechen nun betrifft, so wird man unbedingt zugeben müssen, dass abgebaute Zechen und solche Zechen, auf denen wegen übermässiger Kosten mit Nutzen überhaupt nicht mehr gefördert werden kann, stillgelegt werden müssen. Daran lässt sich nichts ändern; das ist ein wirtschaftlicher Vorgang, der in der Industrie überall in derselben Weise vorkommt, und gegen den es keine Mittel gibt. Etwas anderes ist es aber, wenn die grösseren Zechen dazu übergehen sollten, auch Zechen stillzulegen, die an sich noch mit Nutzen, wenn auch mit geringem Nutzen betrieben werden können; und es ist durch die Verhandlung nicht klargestellt worden, dass solche Absicht nicht besteht.

Meine Herren, welche Folgen hat die Stilllegung einer Zeche? Ich will an das Beispiel anknüpfen, welches der Herr Handelsminister uns hier angeführt hat. Er nannte eine Zeche, die 3000 Arbeiter beschäftigt. Meine Herren, 3000 Arbeiter bedeuten der Seelenzahl nach mit ihren Familien eine Bergarbeiterbevölkerung von mindestens 10000 Seelen. Wo die angesiedelt sind für den Betrieb der Zeche, kommen aber dann eine Reihe anderer Gewerbetreibender, Kaufleute, eine grössere Anzahl von Handwerkern mit ihren Familien dazu, die wieder von den Bergarbeitern leben; es müssen die nötigen Schulsysteme geschaffen werden für die Kinder dieser grossen Bevölkerung; es müssen die kirchlichen Einrichtungen getroffen werden; und alles dies wird aufgebaut auf dem Vorhandensein und der Steuerkraft der Arbeiter der Zeche und des Betriebes der Zeche. Wird nun eine solche Zeche stillgelegt, haben die Arbeiter keine Beschäftigung mehr, so sind die Arbeiter gezwungen, anderswo Arbeit zu suchen, und finden sie sie nicht in erreichbarer Nähe, fortzuwandern von ihrer bisherigen Heimat. Das ist für diejenigen Arbeiter, die Mietswohnungen haben, verhältnismässig einfach, zumal der Bedarf von Bergarbeitern immer ein grosser ist, sodass es ihnen nicht schwer fällt, Arbeit wieder zu finden. Anders ist es für diejenigen Arbeiter, die, wie es in Westfalen und Rheinland vielfach vorkommt, ein eigenes kleines Haus besitzen; dies Haus ist für sie einfach wertlos geworden; denn bei dem Zustand, der infolge der Stillegung der Zechen in ihren Gemeinden eintritt, wird sich kaum ein Käufer finden. Noch schlimmer sind die Gewerbetreibenden daran, die ihre Existenz aufgebaut haben auf den Einnahmen, die sie von der Bergarbeiterbevölkerung ziehen wollten. Diese sind mehr oder weniger in ihrer Existenz vollkommen ruiniert, zumal auch sie gewöhnlich eigene kleine Häuser besitzen.

Nun ist vom Herrn Kollegen Hilbck ausgeführt, dass für die Arbeiter Arbeit geschaffen wäre, und dass eventuell durch Anlegung von Bahnen Aushilfe geschaffen werden könnte, um sie an neue Arbeitsstätten zu befördern. Wie steht aber die Sache mit der Gemeinde, der die Arbeiter angehört haben und mit den übrigen Gewerbetreibenden? Es ist vom Herrn Kollegen Hilbck ein Beispiel angeführt, das sehr illustrativ wirkt; er nannte uns die Zeche Marianne-Steinbank, die zu den Kommunalsteuern dieser Gemeinde, die insgesamt 50000 Mk. betragen, 35000 Mk. beiträgt. Wenn nun plötzlich die Zeche stillgelegt wird, die 35000 Mk., die die Zeche von den 50000 Mk. Kommunalsteuern getragen hat, wegfallen, wie mag da die Existenz der Gemeinde weitergehen? Das bedeutet für die Uebrigbleibenden eine ungeheure Steuerlast und den wirtschaftlichen Ruin dieser Leute. Nun könnte man sagen: der § 53 des Kommunalsteuergesetzes bietet eine genügende Handhabe, um die auswärtigen Zechen, deren Arbeiter in der bisherigen Gemeinde wohnen bleiben, zu den Kommunallasten heranzuziehen. Nach § 53 kann diese Heranziehung nur geschehen zu Schul- und Armenlasten, und von diesen bleibt für westfälische Verhältnisse nur die Armenlast übrig; denn zu den Schullasten kann eine Heranziehung nicht stattfinden, weil sie in Westfalen grösstenteils keine Gemeindelast ist, sondern auf dem Hausväterverband beruht, und damit ist es ausgeschlossen, die auswärtigen Gemeinden zu einer Beihilfe zu diesen Lasten heranzuziehen.

Fragen wir uns nun, ob es ein anderes Mittel gibt, um in Fällen der Stillegung abbauwürdiger Zechen für die entstehenden Nöte Abhilfe zu schaffen. Wenn wir uns das vergegenwärtigen, was ich eben ausführte, dann

können wir nicht zweifeln, dass hier ein weitgehendes öffentliches Interesse vorliegt, das ein Eintreten des Staates erfordert. Dann sind aber auch unzweifelhaft die Voraussetzungen des § 65 des Berggesetzes gegeben, und ich habe mich gefreut, dass auch der Herr Handelsminister auf dem Standpunkt steht, dass bei derartigen öffentlichen Interessen der § 65 des Berggesetzes zur Anwendung kommen kann. Sollte nun aber die Anwendung dieses Paragraphen — und in gewissem Grade muss man das ja beinahe befürchten, namentlich nach den Ausführungen, die der Herr Kollege Hilbck uns hier gegeben hat — nicht ausreichen, um eine genügende Abhilfe zu schaffen, dann, meine Herren, würde eventuell immerhin noch die Erwägung bleiben, die ja auch von dem Herrn Vorredner schon angestellt ist, ob nicht der Staat der Frage näher zu treten hätte, durch Ankauf weiterer Zechen von seiner Seite einen derartigen Einfluss dem Syndikat gegenüber zu gewinnen, dass er durch die Macht und die Grösse seiner Zechen seinerseits bestimmend auf die Preise und Verhältnisse einwirken und den Bestrebungen des Syndikats hemmend gegenübertreten kann.

Meine Herren, alle die Fragen, die hier heute angerührt sind, und die ohne weiteres aus der Befürchtung der Stillegung noch abbauwürdiger Zechen auftauchen, sind nach meiner Ueberzeugung von so ausserordentlicher Bedeutung und von so grosser Wichtigkeit auch für das Staatsinteresse, dass wir uns bei der heutigen Verhandlung allein nicht werden beruhigen dürfen. Nun ist es ja nach unserer Geschäftsordnung leider nicht zulässig, mit einer Interpellation Anträge zu verbinden; es ist aber nach dem § 34 der Geschäftsordnung jedem Mitgliede des Hauses überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen, und da höre ich zu meiner Freude, dass von seiten der Herren Interpellanten beabsichtigt wird, die Sache in einem Antrage weiter zu verfolgen. Ich habe namens meiner politischen Freunde die Zustimmung dazu auszusprechen, dass dieses geschehen soll; denn wir wünschen dringend, dass die Sache in einer Kommission demnächst auf das gründlichste nochmals geprüft und erörtert wird. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Brust.

Brust, Abgeordneter: Meine Herren, es ist heute von den verschiedensten Rednern darzulegen versucht worden, die Unruhe, die im Ruhrkohlengebiet über die Vorgänge bestände, sei wesentlich hineingetragen worden. Der Herr Abgeordnete Hilbck hat angeführt, dass Bürgermeister und Pfarrer sich an Versammlungen beteiligten. Ich meine, meine Herren, es liegt den Herren Bürgermeistern und auch den Pfarrern nichts näher, als sich um die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde und der Pfarrangehörigen zu bekümmern. Der Herr Abgeordnete Hilbck hat auch meine Wenigkeit angeführt, die an Versammlungen teilgenommen hätte; leider muss ich das bestreiten. Ich war nicht in der Lage, an solchen Versammlungen teilzunehmen, obschon ich es mir als Ehre anrechne, an solchen Versammlungen teilnehmen zu können, um das Interesse meiner Kameraden, der Bergarbeiter, zu wahren. Dass, meine Herren, die Aufregung berechtigt ist, das hat ihnen meines Erachtens mein Fraktionskollege Herr Stötzel schon dargelegt. Er hat im allgemeinen die wirtschaftlichen und sozialen Schäden dargelegt, die aus der bisherigen Stillegung der angekauften Gruben entstanden sind, und die noch in grösserem Masse entstehen werden, wenn noch weitere Stillegungen von Gruben erfolgen. Gestatten Sie mir, meine Herren, diese Darlegungen in etwas zu ergänzen, und darüber etwas Zahlenmaterial beizubringen.

Ich habe mich nämlich verpflichtet gefühlt, einen Fragebogen aufzustellen, um solches Material zu erlangen, habe meine Vertrauensleute mit diesen Fragebogen von Haus zu Haus geschickt, um Erhebungen darüber anzustellen, welche Schäden durch die Stillegungen der Gruben herbeigeführt würden. Ich muss bemerken, dass die Erhebungen sich nur auf die stillgelegten Gruben von Steingatt, Maria Anna und Steinbank und auf die Kündigung der 400 Bergleute auf Zeche Hasenwinkel beschränken. Aus der von 196 Bergleuten erfolgten Beantwortung der Fragebogen ging für die Gemeinde Kupferdreh hervor, dass von diesen 196 Arbeitern 167 verheiratet waren oder Familienangehörige zu ernähren hatten, also einer Haushaltung vorstanden. 130 dieser Bergleute berichteten, dass sie durch die Stillegung der Zeche Steingatt monatlich einen Lohnausfall von 10 bis 25 Mk. erlitten, weil auf den übrigen Werken, durch das Mehrangebot von Arbeitskräften, die Löhne natürlicherweise heruntergedrückt wurden. 43 Bergleute müssen zu auswärtigen Arbeitsstätten mit der Bahn fahren und dafür monatlich 4, 5 und 6 Mk. ausgeben. 23 der Bergleute müssen täglich 2 bis 3 Stunden Fussweges zur Arbeitsstätte machen, weil sie diese nicht mittels der Bahn erreichen. 20 dieser Bergleute haben Eigentum, das durch die Stillegung der Zeche Steingatt um $^1/_3$ im Werte gefallen ist, je nach der Grösse des Eigentums um 1000 bis 6000 Mk. Nach Schätzungen ist der Wert des Gesamteigentums der angegebenen 20 Bergleute um rund 50 000 Mk. verringert. Von diesen 20 Eigentümern hatten 12 das Eigentum von den Eltern geerbt, und es muss ja dann an die Geschwister eine Abfindung gezahlt werden. Die 8 übrig bleibenden Eigentümer hatten das Anwesen gekauft und durchschnittlich 1000 bis 2000 Mk. darauf abgezahlt. Diese Gelder sind den Leuten ohne weiteres verlustig. Vier Bergleute von denen, die Eigen-

tum besitzen, haben noch eine Wohnung leerstehen im Werte von 120 bis 200 Mk. im Jahr. 7 Bergleute von den oben aufgeführten 196 waren längere Zeit ohne Arbeit und hatten einen Lohnausfall von in Summa 1200 Mk. Zwei der Bergleute mit Eigentum, die je 1000 Mark abgezahlt hatten, berichten noch, dass sie bei der Stillegung weiterer Gruben das Eigentum überhaupt nicht mehr halten könnten, weil sie die Zinsen dann nicht mehr aufzubringen in der Lage sind. Es sind noch in der Nähe von Kupferdreh auf der Zeche Richradt Kündigungen vorgekommen. Ich weiss noch nicht genau, ob diese Leute vielleicht auf den anderen benachbarten Zechen Arbeit finden werden.

Meine Herren, diese Schäden der Stillegung von Steingatt treffen also nur 196 Bergleute in Kupferdreh, weil es bei der Kürze der Zeit nicht möglich war, so rasch alle Ziffern festzustellen. Beschäftigt waren aber bekanntlich auf der Zeche Steingatt 450 Bergleute, als die Grube stillgelegt wurde. Es sind hierbei die Gemeinden Byfang, Ueberruhr, Dumberg, Altendorf a. d. Ruhr, Niederwenigern und Niederbonsfeld in Mitleidenschaft gezogen. Auch darüber, meine Herren, habe ich Material; ich will es Ihnen aber heute nicht vortragen, um Sie nicht zu sehr damit zu ermüden. Ich bemerke nur, dass dieses Material betreffs der anderen Gemeinden dasselbe Bild ergibt, wie das in der Gemeinde Kupferdreh, welches ich eben vorgetragen habe.

Ein weiteres Bild ergibt sich auch aus der Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen in den Gemeinden. Nach von mir eingezogenen Erkundigungen stehen in Kupferdreh, Byfang, Dilldorf und Rottberg — es ist das ein Kommunalverband — 149 Wohnungen leer. Meine Herren, die Zahl ist an und für sich klein; es sind aber kleinere Ortschaften, sodass eigentlich diese Zahl eine immens grosse ist. Da auf der benachbarten Zeche Richradt auch noch Kündigungen stattgefunden haben, so fürchtet man, dass noch mehr Bergleute von Kupferdreh verziehen müssen, die zur Zeit auf Zeche Richradt beschäftigt sind. Dann stehen in Niederwenigern, Dumberg und Niederbonsfeld zusammen 35 Wohnungen leer, von Ueberruhr sind 48 Familien verzogen, und stehen auch ebensoviel Wohnungen leer. Von Altendorf und Dumberg kommt mir die Nachricht, dass dort zusammen 140 Wohnungen leer stehen. Dieses ist das alleinige Ergebnis der Stillegung der Zeche Steingatt. Nun ist noch die Zeche Marianne-Steinbank mit einer Belegschaft von über 1100 Mann stillgelegt. Von den dadurch herbeigeführten Schäden, die auf Grund der Fragebogen festgestellt sind, sei erwähnt, dass vom 1. bis 9. d. M. von Höntrop allein 78, von Eppendorf 48, von Westenfeld 56 und von Sevinghausen 16 Bergleute verzogen sind. Der Hauptabzug der Bergleute wird aber erst vom 1. Oktober ab erfolgen können, weil dort meistens Land bei den Wohnungen ist, das teilweise schon bestellt wurde. Es besteht deshalb dort halbjährliche Kündigungszeit, sodass die Leute meist erst im Herbst abwandern werden. Dann sei mitgeteilt, dass infolge Kündigung auf Zeche Hasenwinkel die Leute zahlreich abwandern. Es fanden an einem Tage schon 98 Abmeldungen von Bergleuten statt.

Die auf Zeche Hasenwinkel und Marianne Steinbank entlassenen 1400 Bergleute sind neben der Tragung der anderen Schäden auch noch wieder gezwungen, die Kosten zu tragen für die Beschaffung eines ärztlichen Attestes über Wurmfreiheit. Da hat denn ein Kamerad von mir kürzlich sich mit einem Schreiben an das Königliche Oberbergamt in Dortmund gewandt bezüglich der Tragung der Kosten für das Attest. Er erhielt unter dem 4. d. M. kurz folgende Antwort:

> Zum Schreiben vom 12. März 1904. Durch die geltenden Bestimmungen sind die Bergwerksbesitzer nicht verpflichtet, den von ihnen gekündigten Arbeitern die Kosten für die nach § 6 der Bergpolizeiverordnung vom 13. Juli 1903, betreffend Massregeln gegen die Wurmkrankheit der Bergleute, beizubringenden ärztlichen Atteste zu bezahlen.

Materiell konnte die Antwort nicht anders ausfallen; aber ich meine, diesen schwer betroffenen Bergleuten gegenüber hätte man doch einen etwas anderen Ton finden können, als diesen kalten Polizeiton, der meines Erachtens doch nicht immer angewandt zu werden braucht.

Wir sehen aus dem bisher Gesagten, welche unheilvollen Schäden der Ankauf und die Stilllegung der Gruben zur Folge hat. Wo soll es hinaus, wenn noch weitere Ankäufe und Ausserbetriebsetzungen von Gruben erfolgen? Zwar sucht man jetzt, wo die Erregung gross ist, zu beschwichtigen; man gibt Erklärungen ab, den Betrieb nicht stillzulegen. Ich höre die Botschaft, aber mir fehlt wirklich der Glaube. Die Frankfurter Zeitung hatte die irrige Nachricht gebracht, auf Zeche Eiberg seien 300 Mann entlassen. Darauf brachte gestern die Rheinisch-Westfälische Zeitung in Essen eine Erklärung des Grubenvorstandes, Eiberg denke nicht daran, Arbeiter zu kündigen, im Gegenteil, die Verwaltung beabsichtige neue Arbeiter zu engagieren. Wie liegen aber die Verhältnisse wirklich? Entlassungen im eigentlichen Sinne des Wortes sind allerdings nicht vorgekommen, aber zahlreiche Abkehrungen, und die Frankfurter Zeitung hat ungefähr das Richtige gesagt. Aus sicherster Quelle weiss ich, dass in der Zeit vom 20. März bis zum 13. April, also in wenigen Tagen, aus der Gemeinde Eiberg 34, aus der Gemeinde Freisenbruch 28, Horst-Ruhr 31 und Königssteele 15 Bergleute abgezogen sind. Das sind in der kurzen Zeit 111 Bergleute, die abzogen. Es ist mir tatsächlich versichert, dass noch eine bedeutend grössere

Anzahl von Arbeitern auf Zeche Eiberg von selbst gekündigt haben. Das, meine Herren, ist doch leicht erklärlich. Sobald die Nachricht kommt, eine Grube würde stillgelegt, kündigt eine grosse Zahl von Leuten schon von selbst, denn sie befürchten, bei späterer allgemeiner Entlassung überhaupt keine Arbeit zu bekommen. Jeder will da vor dem anderen sich sichern und sieht sich frühzeitig nach anderer Grube um und geht nach Ablauf der Kündigungszeit zu dieser ab. Meine Herren, Sie sehen aus diesem Vorgang, dass es eigentlich leicht ist, eine Grube stillzulegen: man braucht nur stark von Stillegen der Grube zu sprechen, und die Arbeiter kehren schliesslich von selbst ab, aus natürlichen Gründen, und dann kann eine Grubenverwaltung — wie dies auch hier von dem Grubenvorstand der Zeche Eiberg geschehen ist — leicht erklären: wir denken gar nicht daran, Arbeiter zu entlassen, im Gegenteil, die Verwaltung will neue Arbeiter engagieren.

Wir glauben ja schliesslich auch gern, dass man von heute auf morgen keine weiteren Gruben stillegen will; aber stillgelegt wird Zeche Eiberg jedenfalls in einigen Jahren, wenn nicht energisch gegen die falsche Syndikatspolitik Front gemacht wird. Dass die von der Gewerkschaft Bismarck angekaufte Grube Bickefeld bald stillgelegt wird, das hat ja der Grubendirektor — wenn ich nicht irre, war es Herr Kleine — selbst schon erklärt. Ja, meine Herren, von uns glaubt wirklich keiner, dass die grossen Bergwerksgesellschaften aus lauter Uneigennützigkeit die kleinen Gruben angekauft haben, um sie weiterzubauen bis zur Erschöpfung. Im Gegenteil, man kaufte die Gruben nur der höheren Quote am Kohlensyndikat wegen, um eine grössere Ausbeute durch Förderung wertvollerer Kohlen in den nördlichen Bezirken zu erzielen. Sobald auf Grund der etwa eingeschlafenen öffentlichen Meinung und etwaiger Teilnahmslosigkeit der Staatsregierung es möglich sein wird, werden die Herren Grubenbesitzer wahrscheinlich weitere Gruben ausser Betrieb setzen, und wenn schliesslich auch Millionen von Staatsvermögen verloren gehen. Dass es so kommen wird und so kommen kann, meine Herren, das ist meine feste Ueberzeugung. Daher erscheint es mir notwendig, dass dieser falschen Syndikatspolitik entschieden Einhalt getan wird.

Meine Herren, ich möchte hier betonen, dass ich durchaus kein Gegner des Kohlensyndikats bin; im Gegenteil, ich habe dessen Gründung mit Freuden begrüsst, wenn ich demselben auch bezüglich seiner Einwirkung auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter nicht das Lob spenden kann, das einige Ueberfreunde des Syndikats so gern singen. Darauf komme ich gleich vielleicht noch zurück. Entschieden müssen wir aber die Syndikatspolitik verurteilen, durch welche auf Grund des Ankaufs und der Stilllegung dieser Zechen jetzt so viel Unheil für die Bewohner und die Gemeinden des engeren Ruhrgebiets herbeigeführt wird. Gestatten Sie mir bezüglich des Kohlensyndikats — oder der Syndikate, Kartelle und Konventionen überhaupt — noch einige Gesichtspunkte prinzipieller Natur hier vorzutragen.

Meine Herren, wir haben es bei den Syndikaten, Kartellen und Konventionen mit einer neuen Entwickelung der Volkswirtschaft zu tun, insbesondere handelt es sich um eine konzentrierende Bewegung in der Produktion, die mit den gesetzgeberischen Massregeln nicht aufzuhalten ist, zumal die beteiligten Kreise der Gesetzgebung vorzugreifen wissen und die Entwickelung bereits eingeleitet ist, ehe die Gesetzgebung zur Frage schlüssig werden kann. Es lässt sich nicht verkennen, dass allerhand Windungen und Wendungen in diesen Dingen gesetzlich leicht möglich sind. Wir haben es hier ferner mit Neuerungen zu tun, die über den Rahmen der Privatwirtschaft weit hinaus laufen, bei denen das öffentliche Interesse von Tag zu Tag mehr in Frage kommt. Die gegenwärtigen Verhältnisse des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats sind von weittragendster Bedeutung für die meisten Stände, nicht nur für die unmittelbar Beteiligten; die Existenz ganzer Gemeinden hängt davon ab. Unter diesen Umständen kann dem Kartell nicht dieselbe Bewegungsfreiheit gelassen werden wie einfachen Privatbetrieben, sondern es ist eine einschlägige Gesetzgebung unbedingt notwendig. Die staatliche Macht muss, unberührt von dem Einfluss der neuen Faktoren des Wirtschaftslebens, über diesen stehen, sie muss ihre Autorität auch der stärksten wirtschaftlichen und geschäftlichen Macht gegenüber aufrecht erhalten. Das gilt gegenwärtig mehr denn je. Was wir insbesondere vom Staate verlangen müssen, ist dies: die sozialen Wirkungen der gegenwärtigen Kapitals- und Betriebsführung müssen offen und klar unter Anhörung aller Beteiligten untersucht, und das Resultat dieser Untersuchungen muss Parlament und Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das hat auch der Herr Handelsminister hier in Aussicht gestellt. Augenblicklich ist die öffentliche Kontrolle eines der wirksamsten Mittel gegenüber einer schädlichen Entwickelung der Taktik der Syndikate. Gerade um die Offenlegung der sozialen Schäden, die durch das Kohlensyndikat herbeigeführt werden, winden sich die leitenden Männer anscheinend herum. Gewiss stehen wir hier vor einer neuen Frage; trotzdem aber kann der Kartellenquête der Vorwurf nicht erspart werden, dass manches besser untersucht werden konnte, und sie nach dieser Seite allzuwenig Material geliefert hat. Auch diese indirekten Fragen konnten und mussten genauer untersucht werden. Wie dringend das ist, zeigt ja die neueste Entwickelung der Dinge. In der Kartellenquête wurde unter anderm die Frage 12 gestellt:

Hat das Kartell einen Einfluss ausgeübt

a) auf die Konzentration der Betriebe durch Ausschaltung minder leistungsfähiger Betriebe?
b) auf die Konzentration der Betriebe durch Zusammenfassung der verschiedenen Stadien des Produktionsprozesses dienenden Betriebe in einer Hand?

Meine Herren, die ganze Antwort des Herrn Generaldirektors, Geheimen Kommerzienrats Kirdorf in Gelsenkirchen, lautet, wie folgt — ich bitte das mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen zu dürfen —:

Die Frage des Herrn Gothein bezieht sich auf denselben Fall, der schon in der Vorverhandlung erwähnt ist. Der indirekte Einfluss des Syndikats auf die Konzentration der einzelnen Betriebe ist darin zu suchen, dass die Bestimmung des Syndikats lautet: alle diejenigen Beteiligten des Syndikats, die mehrere Schachtanlagen besitzen, können diese als ein Ganzes rechnen. Also die Quote, die Gelsenkirchen mit annähernd 7 Millionen auf 15 Anlagen fördert, kann sie, wenn sie will, auch bloss auf 7 fördern; das ist ihre Sache. Dadurch ist es gekommen, dass die Bergbaugesellschaft Concordia die Zeche Steingatt an der Ruhr schon gekauft hat, als diese nicht mehr leistungsfähig war, bei den jetzigen Preisen nicht mehr bestehen konnte. Die Gewerke wollten sie gern los sein und waren froh, dass die Gesellschaft Concordia ihnen noch einen Preis dafür zahlte. Concordia hat diesen Preis natürlich nur für die Beteiligungsziffer gezahlt. Ein anderer Fall ist bisher nicht eingetreten. Wohl sind Vereinigungen in Syndikate während der Dauer des Syndikats vorgekommen. In einer Produktion ist zum Beispiel Gelsenkirchen von 4 auf 7 Millionen gestiegen, nicht bloss durch die Entwickelung, sondern dadurch, dass es Zechen, die im Syndikat waren, angekauft hat. Nur eine Zeche stand ausserhalb. Sie ist durch den Ankauf Syndikatszeche geworden.

Siehe diese Nachricht in den kontradiktorischen Verhandlungen über die deutschen Kartelle, Berlin 1903 bei Franz Siemenroth.

Diese Ausführungen wurden am 26. und 27. Februar 1903 gemacht. Heute nach einem Jahr stehen wir inmitten der bekannten Entwickelung. Sollten die Herren an der Spitze des Syndikats von dem, was sich anbahnte und jetzt vollzieht, damals noch keine Ahnung gehabt haben? Oder fällt etwa dieses auch unter die „Geschäftsgeheimnisse“, die man bei den Enquêteverhandlungen zu verschweigen hätte und nicht preisgeben dürfe? Hat auch die Regierung — muss man schliesslich fragen — von dem, was heute geschieht, damals keine Ahnung gehabt? Man kann kaum glauben, dass die heutige Entwickelung so plötzlich hereingebrochen sei. Der Fall mit Steingatt sollte — darüber sind die Herren sich klar gewesen — jedenfalls keine Ausnahme sein; denn dass man nicht früher noch derartige Ankäufe gemacht hat, scheint darauf zurückzuführen sein, dass man vorerst den definitiven Abschluss des neuen Syndikatsvertrages abwarten wollte. Es muss aber verlangt werden, dass die bisher versäumten amtlichen Erhebungen, die uns ja, wie vorhin schon gesagt, in Aussicht gestellt sind, möglichst bald nachgeholt werden. Was weiter durch die Gesetzgebung zu geschehen hat, das kann meines Erachtens im heutigen Augenblick noch nicht abgeurteilt werden. Jedenfalls aber ist die Beschaffung des nötigen Materials auch eine unabwendbare Vorbedingung zu etwa notwendigen gesetzlichen Massnahmen.

Was über den Mangel der Syndikatsenquête in dieser Hinsicht oben gesagt ist, das gilt auch bezüglich der in der Enquête behandelten anderen Frage:

1. soll das Kartell (das Syndikat oder die Konvention) auf die Arbeiter und Lohnverhältnisse der syndizierten Betriebe Einfluss haben?

Das Verhältnis, meine Herren, in dem die Bewegung der Löhne zu der Bewegung der Preise der Kohlen sowie auch dem Erlös des Syndikats und dem Unternehmergewinn steht, ist jedenfalls durchaus nicht näher untersucht worden. Eine Verweisung auf die Lohnstatistik des Königlichen Oberbergamts kann nach meinem Dafürhalten nach dieser Richtung hin durchaus nicht als genügend betrachtet werden. Wäre man der Sache näher auf den Grund gegangen, so würde sich herausgestellt haben, dass von einer merklichen Besserung der Lage der Bergarbeiter bedeutend viel später die Rede ist, als von den Segnungen des Syndikats. Eine merkliche Aufbesserung der Löhne der Arbeiter erfolgte frühestens im Jahre 1897. Auf der anderen Seite gingen die Löhne aber bereits früher zurück, als das Ergebnis des Syndikats solches gefordert hätte. Vom 4. Quartal 1900 bis zum 4. Quartal 1901 ging der Hauerlohn — er betrifft über 50 % der gesamten Belegschaft im Ruhrkohlengebiet — annähernd um 7 % zurück. Dagegen stieg der Gesamterlös für die vom Syndikat versandten Kohlen von 384 Millionen im Jahre 1900 auf 396 Millionen in 1901; pro Tonne von 10,46 Mk. auf 11 Mk. Dabei war im Jahre 1901 gegen das Vorjahr nur eine sehr geringe, fast verschwindende Verminderung der Förderung und des Absatzes zu verzeichnen. Auch darüber geben die kontradiktorischen Verhandlungen über die deutschen Kartelle Bd. I, Seite 279 Auskunft. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass die Unternehmergewinne unter der Einwirkung des Syndikats eine ganz andere Entwickelung erfahren haben als die Löhne der Bergarbeiter. Selbst zur Zeit der beginnenden Krisis sind auch noch neue Arbeiter in das Kohlenrevier hereingezogen worden, wo-

durch dann die Löhne schliesslich noch weiter herabgedrückt wurden. Alles dies sei hier erwähnt, um zu zeigen, wie gerade inbezug auf die allerdings nur indirekten sozialen Folgen der Syndikatspolitik die Enquete nicht die nötige Klarheit geschaffen hat.

Es ist nun vielfach in der Presse darüber geschrieben worden, was im gegenwärtigen Augenblicke zu tun sei, um der Ausserbetriebsetzung der angekauften Zechen im sozialen Interesse zu begegnen. Dabei ist auf den § 65 des preussischen Berggesetzes hingewiesen worden, der auch schon von einer Reihe von Vorrednern erwähnt wurde. Ich freue mich über die Erklärung des Herrn Handelsministers, dass er diesem Gesetzesparagraphen doch wohl eine andere Auslegung gibt, als es der Herr Bergmeister Engel im „Glückauf"-Essen und in dem uns vorliegenden Schriftsatz des „Vereins für die bergbaulichen Interessen" getan hat.

Ich stehe auch auf dem Standpunkte, dass der § 65 des allgemeinen Berggesetzes zunächst wohl mal anwendbar ist bei Gruben, die noch rentabel sind; aber ich meine, wir könnten auch weiter gehen und ihn vielleicht auch anwenden bei nichtrentablen Gruben, um eben der falschen Syndikatspolitik zu begegnen. Durch die Aberkennung des Bergwerkseigentums würde auch zweifellos die Förderquote den Grubengesellschaften entzogen werden, und man würde dann für die Folge sich nicht so leichtfertig zu solchen Ankäufen herbeilassen.

Herr Bergmeister Engel legt den Ausdruck „überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses" also anders aus als wir. Er hat in einem Artikel des „Glückauf" es so dargestellt, die Anwendbarkeit des § 65 des Berggesetzes sei ein Eingriff in die gewährleistete Unverletzlichkeit des Eigentums an sich, wie er im Bebelschen Zukunftsstaat, aber nicht unter der heutigen Rechtsordnung möglich sei.

Da kann man doch gut anderer Ansicht sein als Herr Bergmeister Engel. Wenn ein Kohlenhändler von nichtsyndizierten Gruben die Kohle aus dem Revier kauft, bekommt er vom Syndikat die zu benötigenden Kohlen nur gegen Preisaufschlag. Meine Herren, das scheint mir gegenüber dem Kohlenhändler und den Nichtsyndikatszechen auch etwas Terrorismus zu sein, den man sonst immer bei den Arbeitern beklagt.

Nichtsyndizierte Zechen werden also hier gleichsam bevormundet; sie sollen mit Gewalt dem Kohlensyndikat beitreten. Dieser Terrorismus kann auch als ein Eingriff in das Recht der Kohlenhändler und Nichtsyndikatsgruben bezeichnet werden, wie er im Bebelschen Zukuftsstaat wohl vorkommen könnte, aber nicht unter unserer heutigen Rechtsordnung. Weiter will ich mich auf die Darlegungen des Herrn Bergmeisters Engel jetzt nicht einlassen, denen ich überhaupt im allgemeinen nicht beipflichten kann.

Ich möchte nun zum Schluss noch einige wenige Darlegungen darüber machen, dass die Unruhe in dem Industriebezirk nicht künstlich hineingetragen ist, sondern wirklich berechtigt ist. Z. B. war die Unruhe darüber berechtigt, dass verlautete, eine noch gut rentable Zeche Eiberg würde stillgelegt. Und es war auch sehr merkwürdig, meine Herren, dass der Herr Vorsitzende der Generalversammlung der Gewerkschaft Eiberg gleich einleitend erklärte, bei dem Verkauf hätten sie überhaupt keine Provision zu erwarten. Meine Herren, danach hatte noch niemand gefragt; und jedenfalls berührt es dann merkwürdig, dass dieses von vornherein gesagt wird. Wie lange die Zeche Eiberg noch rentabel ist, das geht ja aus dem uns gewordenen Bericht hervor.

Dann, meine Herren, ist auch gesagt worden: wenn das Kohlensyndikat nicht gewesen wäre, dann würde eine Reihe von Zechen schon länger stillgelegt worden sein. Meine Herren, darüber kann man auch getrennter Meinung sein. Wenn man freie Konkurrenz gewährt hätte, hätten vielleicht auch noch eine Reihe von Zechen sich gehalten, die nicht so sehr rentabel waren. Herr Kollege Hilbck hat richtig ausgeführt, dass die älteren Grubenbesitzer des Ruhrkohlengebietes recht zähe Leute waren, die gerne an ihrem Bergwerkseigentum festhielten, und ich füge dem an, dass die auch schon gerne sich mit etwas weniger Gewinn begnügten, als die meisten neueren Bergwerksbesitzer. Das Kohlensyndikat war aber auch absolut notwendig, um eine Verschleuderung der Kohle zu verhindern, wie es in den 80er Jahren geschehen ist, und da hatten die grösseren Werke, um die Wirksamkeit des Syndikats zu erhöhen, die kleineren unrentablen Gruben schliesslich notwendig; sie konnten ohne diese nicht fertig werden. Hätten sie ohne diese das Syndikat geschlossen, dann wären zweifellos im freien Wettbewerb auch diese kleinen unrentablen Gruben auch noch eine Zeitlang lebensfähig geblieben und hätten auch Ausbeute gemacht.

Dann ist gesagt worden, die Zeche Steingatt sei auch nur stillgelegt worden, weil sie unrentabel wäre. Das muss ich bestreiten nach einem Gutachten eines Bergwerksdirektors. Ich will nur wenige, mir mitgeteilte Angaben daraus machen. Es heisst da:

Die Zeche Steingatt hatte im Jahre 1900 — da ist das Gutachten abgegeben — in der Esskohlenpartie noch $10^1/_2$ Millionen Tonnen abbauwürdiger Kohle anstehen. In der letzten Zeit förderte Steingatt täglich 600 bis 700 t. Nach Massgabe dieser Förderung hätte der Kohlenvorrat der Esskohlenpartie noch 58 Jahre vorgehalten. Unter der Esskohlen- und Flammkohlenpartie liegt aber noch die Mager- und Anthrazitkohlenpartie.

Erstere wurde auf der vierten Sohle im Nordflügel aufgeschlossen und in edler Beschaffenheit und gesundem Flözverhalten vorgefunden. Die Anthrazitkohle ist in der Altendorfer Mulde überhaupt noch nicht aufgeschlossen. Hielt also die Flammkohle noch über 50 Jahre vor, so kann man bei Hinzurechnung der beiden darunter lagernden Partien dem Bergwerk eine Betriebsdauer von über 100 Jahren nachweisen, selbst wenn die Tagesförderung auf das Doppelte, auf 1400 t erhöht würde. Bei der Magerkohlenpartie kommen namentlich die von Steingatt angekauften Kohlenfelder Prinz Wilhelm, Henriette, Vereinigung und Sandbank mit in Betracht, deren Esskohlenvorräte, die zum Teil verhauen, anderenteils auch nicht mehr zugängig sind, ... überhaupt noch nicht enthalten. Die Kohlenlager sind in der Gemeinde Altendorf in zwei Mulden gruppiert. Steingatt baut innerhalb der nördlichen Mulde. Bis auf eine Geteufe von 160 m sind, durch eine Wendung im Flöz „Sonnenschein“ - Südflügel beide Mulden verbunden, und zwar einmal im Felde von Steingatt, dann auch in derselben Art im Felde der Zeche Altendorf. In der nördlichen Mulde ist Steingatt mit Altendorf durchschlägig im Flöz Sonnenschein - Nordflügel, sodass die in der genannten Mulde auf Zeche Altendorf-Norden noch anstehenden, eine Förderung auf 20 Jahre gestattenden Flammkohlenmengen infolge des Stillegens von Steingatt total verloren sind.

Daraus, meine Herren, geht doch hervor, dass, namentlich wo die gute Anthrazitkohle noch nicht erschlossen ist, die Zeche Steingatt durchaus noch nicht unrentabel ist.

Hier möchte ich noch auf eins aufmerksam machen. Man hat von der Stillegung der Zeche Altendorf gesprochen, durch welche andere Zechen in Mitleidenschaft gezogen werden, weil schliesslich die Wasser überhand nehmen. Ich bin der Ansicht, dass auf Grund des § 65 des Allgemeinen Berggesetzes die Aufsichtsbehörde vor allen Dingen verlangen kann, dass auf stillgelegten Werken mindestens die Wasserhaltung aufrecht erhalten wird, dass das Wasser gehoben wird, damit schliesslich nicht andere Gruben ersaufen. So fürchtet man schliesslich auch von der beabsichtigten Stillegung des Schachtes Hermann in Ueberruhr, dass noch andere Zechen in Mitleidenschaft gezogen würden.

Ich habe eben schon angeführt, dass infolge der Stillegung der Zeche Steingatt und des Abzuges der Steingatter Belegschaft 140 Wohnungen in Dumberg und Altendorf leerstehen. Es sind in der Altendorfer Gemeinde nur 312 Wohngebäude vorhanden, von welchen 200 für das Vermieten von Wohnungen bestimmt sind. Dann kommt in Frage, dass die Gemeinde Byfang schon seit Jahren 400 % Einkommensteuer zahlen muss. In Altendorf beträgt die Einkommensteuer 220 % und die Grund- und Gebäudesteuer 265 %. Durch den Abzug der Bergarbeiter gehen schliesslich den Gemeinden die Steuerzahler verloren, und dann wird die Steuerlast auf diejenigen abgewälzt, die notgedrungen an die Scholle gebunden sind und nicht abwandern können.

Der Bergmeister Engel hat aber noch eins vorgeschlagen, was ich nicht unerwähnt lassen möchte; er hat vorgeschlagen, Eisenbahnen oder Strassenbahnen zu bauen. Er wendete sich aber nicht an die richtige Adresse, nicht an die Grubenbesitzer, die sie doch schliesslich notwendig haben, um die Arbeiter nach dem Norden zu fahren. Man glaubt, schliesslich müsse der Staat eingreifen. Es ist ausgeschlossen, dass Strassenbahnen rentabel werden; denn wenn Morgens, Mittags und Abends nur die Bergarbeiter fahren, so wird dadurch keine elektrische Bahn rentabel. Im Ruhrgebiet werden sogar schon Klagen über die Unrentabilität der elektrischen Bahnen laut, und man ist in Essen schon dazu übergegangen, die Fahrpreise zu erhöhen, und zwar für Monatskarten sogar ganz enorm zu erhöhen, weil die Anlagen, wie das auch von der Aufsichtsbehörde anerkannt ist, nicht genügend rentabel seien.

Meine Herren, was die Arbeiter und, wie ich glaube, auch andere Kreise noch beunruhigt, ist die Gefahr, die überhaupt in der Konzentration des Kapitals im Ruhrkohlengebiet in den letzten Jahren zutage getreten ist. Wenn das so weitergeht, dann bin ich der Ueberzeugung, dass wir in 10 Jahren nur noch mit 5 grösseren Gesellschaften zu rechnen haben werden, und es wird dann die Gefahr gross sein, dass diese ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Leute die Ausbeutung betreiben werden; das liegt meines Erachtens klar auf der Hand und ist bedenklich.

Es ist eben auch von einem Redner hervorgehoben worden, die Unruhe der Bergleute sei zum Teil darauf zurückzuführen, dass Entlassungen von Arbeitern um der Organisation willen stattfanden. Ich pflichte dem bei; man hat Arbeiter der Organisation wegen entlassen, und mir hat man sogar gesagt, dass der Abordnung der Belegschaft von Zeche Hasenwinkel die bei der Firma Stinnes vorstellig wurde um Abwendung der Uebel, auf die Vorhaltung, man hätte fast nur organisierte Bergleute entlassen, gesagt wurde, man müsste doch froh sein, wenn man die los werde. Meine Herren, dass eine derartige Behandlung der organisierten Arbeiter Unruhe hervorrufen muss, das ist meines Erachtens allzu natürlich.

Auch noch ein weiteres Moment! Zeche Eiberg hat in den letzten Jahren noch bedeutendes Eigentum an Grund und Boden erworben, und es wird die schon lange bestehende Praxis befolgt, dass dieser Grund und Boden wieder an Arbeiter verkauft wird; aber man legt im Kaufvertrage fest, dass auf Ersatz von Bergschäden verzichtet wird. Meine Herren,

dass dadurch der Grund und Boden entwertet wird, und dass es da schwierig wird, Hypotheken zu bekommen, liegt doch klar auf der Hand. Also auch diese Politik der Herren Grubenbesitzer dient gewiss nicht zur Beruhigung der Arbeiter und namentlich nicht der anderen Bevölkerungskreise.

Meine Herren, im allgemeinen bin ich nun über den Verlauf der heutigen Verhandlungen befriedigt. Ich bin namentlich befriedigt über die energische Stellung, die der Herr Handelsminister Möller hier eingenommen hat, und ich bin überzeugt, dass wir, wenn die Erhebungen eingehend gemacht werden, demnächst ein recht reichhaltiges Material zu Gesicht bekommen werden. Hoffentlich können wir uns dann schlüssig werden, was weiter zu geschehen hat und ob weitere gesetzliche Massnahmen notwendig sind. Wir können dann und müssen der falschen Syndikatspolitik vorzubeugen suchen und entgegenarbeiten, die so viele Schäden für die Arbeiter und alle Bevölkerungskreise des engeren Ruhrgebiets zur Folge hat. (Bravo! im Zentrum.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Beumer.

Dr. Beumer, Abgeordneter: Meine Herren, fürchten Sie nicht, dass ich eine längere Rede halte! Bei der vorgeschrittenen Zeit und bei der Geschäftslage des Hauses nehme ich darauf Rücksicht, dass ja im wesentlichen von den Interpellanten sowohl als von den übrigen Rednern das Erforderliche gesagt worden ist.

Nur darauf möchte ich aufmerksam machen, dass ich den Herrn Abgeordneten Brust nicht für den geeigneten Mann erachten kann, gerade diese Fragen hier zu behandeln. Denn ich möchte ihn daran erinnern, dass in der 83. Sitzung dieses Hohen Hauses vom 17. März 1898 die Verhältnisse besprochen worden sind, die den damaligen Arbeiterausstand am Piesberg betrafen. Ich habe damals — ich darf diese kurze Stelle wohl verlesen — gesagt:

> Brust hat innerhalb des christlichen Bergarbeitervereins im Osnabrückschen eine Kraftprobe veranstaltet, die viele arbeitswillige Elemente ins Unglück gestürzt hat, und seine Hintermänner werden dafür die Verantwortung zu tragen haben, wenn dieses Unglück noch länger andauert, und wenn es gar ein dauerndes wird, insofern es sich ja ereignen könnte, dass der Piesberg

— das war die Grube des „Georg-Marien-Hütten- und Bergwerkvereins“ zu Osnabrück —

> zum Ersaufen käme, wobei die an die dortige Scholle gewöhnte Arbeiterschaft in diesem Gebiete dauernd arbeitslos würde, was, wie bereits der Herr Minister für Handel und Gewerbe ausgeführt hat, doch auf das tiefste zu beklagen sein würde. Ich habe aber das Vertrauen, dass nach den heutigen Erklärungen der Staatsregierung der besonnene Teil der Arbeiterschaft zu der Arbeit zurückkehren und damit einem Zustande ein Ende machen wird, den man im Interesse der armen Verführten nur aufs tiefste beklagen kann.

Die Hoffnung, die ich damals ausgesprochen habe, dass Herr Brust und die von ihm geleiteten Arbeiter von dem Arbeiterausstand abstehen und zur Arbeit zurückkehren würden, ist nicht in Erfüllung gegangen, und der Piesberg ist infolge dieser ablehnenden Haltung der Arbeiter zum Ersaufen gekommen. Das ist also die Stillegung einer Zeche, für die nicht wirtschaftliche, sondern ganz andere Gründe massgebend waren.

Meine Herren, bevor ich auf die andere Erörterung eingehe, möchte ich nur noch, weil ich mich gerade mit Herrn Brust beschäftige, folgendes sagen. Wenn er soeben ausgeführt hat, man brauche nur von Stillegen einer Zeche zu sprechen, dann gingen die Arbeiter schon fort, so ergibt sich schon hieraus das Gefährliche der Agitation, (Abgeordneter Vorster: Sehr richtig!) die nicht allein von einzelnen Personen, sondern namentlich in der Presse getrieben worden ist, und die, wie der Herr Handelsminister bereits nachgewiesen hat, ohne Zweifel solche Uebertreibungen enthielt, dass nun eine völlige Angst in diese ganze Arbeiterbevölkerung hineinkam. Meine Herren, ich habe heute Morgen die Abschrift eines Briefes bekommen, den gestern der Repräsentant von „Julius Philipp“, Herr Oskar Waldthausen, an den Herrn Berghauptmann in Dortmund gerichtet hat. Es heisst darin:

> Unter ergebenster Bezugnahme auf unsere Unterredung von heute Morgen, teile ich Ihnen mit, dass gestern und heute auf Julius Philipp 210 Arbeiter gekündigt haben und weitere 15 bis 20 wahrscheinlich morgen noch kündigen werden. Im Laufe dieses Monats hatten bereits 50 Arbeiter die Arbeit auf Julius Philipp verlassen, sodass die Belegschaftszahl auf Julius Philipp von 870 im Anfang dieses Monats sich am Ende desselben durch freiwilligen Abgang auf zirka 600 reduziert haben wird. Unsererseits ist bisher keinerlei Kündigung erfolgt, und ist den Leuten bei diesbezüglichen Anfragen nur gesagt worden: wer seine Abkehr haben will, kann dieselbe jederzeit wie auch sofort Arbeit auf den Schächten von „Prosper“ haben.

Nun, meine Herren, ich meine, weiter kann die Verwaltung einer Zeche doch nicht gehen: Arbeiter nehmen freiwillig die Abkehr; die Zechenverwaltung sagt: ich kann euch nicht hindern, will das auch nicht tun! Meine Herren, wir stehen ja überhaupt einem grossen Wandertrieb bei den Arbeitern gegenüber, nicht nur auf den Zechen, sondern auf allen industriellen Werken, wie mir die Kenner unserer westlichen Verhältnisse ohne weiteres bestätigen werden. Nun fügt aber die Zechenverwaltung hinzu:

ihr könnt auf unseren Schächten von „Prosper“ Arbeit haben. Die Arbeiter brauchen also nicht beschäftigungslos zu werden. Weiter kann eine Zechenverwaltung den Arbeitern doch wirklich nicht entgegenkommen.

Nun, meine Herren, möchte ich zunächst dem, was in historischer Beziehung der Herr Handelsminister und der Herr Kollege Hilbck ausgeführt haben, in voller Bestätigung ihrer Darlegungen noch eines hinzufügen. Ich halte es nämlich in bezug auf diese Verhältnisse für gut, dass schon heute die Namen der Zechen festgelegt werden — es hält uns gar nicht lange auf —, die damals in dem Revier zum Erliegen gekommen sind, das der Herr Handelsminister erwähnt hat. Da wird sich nachher auch leicht feststellen lassen, welchen Umfang und welche Bedeutung diese Stillegung von Zechen damals hatte. Stillgelegt worden sind in jener Zeit:

1. Zeche Petersburg und Moscau, wegen schlechter Konjunktur in Konkurs gegangen, (Tiefbau),
2. „ Huf I und II (Stollenzeche),
3. „ Carl Hugo,
4. „ Schwarzer Adler,
5. „ Kaiserin Augusta (diese Zeche versoff und konnte wegen schlechter Preise nicht gesümpft werden),
6. „ Prinz Friedrich (Stollenzeche),
7. „ Prinz Wilhelm (Schacht ging zu Bruch),
8. „ Henriette (versoff),
9. „ Sandbank,
10. „ Himmelsfürster Erbstollen,
11. „ Wasserschneppe
12. „ Flor und Flörchen
13. „ v. Nottekampbank

(10–13: zu Heisinger Mulde konsolidiert, versoffen u. blieben wegen schlechter Preise ungesümpft,)

14. „ Gewalt (versoff, Sümpfung konnte mangels Mittel nicht erfolgen),
15. „ Trompeter (Stollenzeche),
16. „ Vereinigung „
17. „ Schatzreich und Justitia (Stollenzeche),
18. „ Gilles Antonie (Tiefbau).

Meine Herren, das sind Zechen, die alle seit 1870 zum Erliegen gekommen sind. Die Bergleute wurden auf den nächsten Tiefbauanlagen Victoria, Rheinische Anthracit-Kohlenwerke, Heinrich und Poertingssiepen angelegt, teils fuhren sie mit Arbeiterzügen nach Steele. Den Gemeinden Kupferdreh, Ueberruhr und Heisingen ist es damals gar nicht eingefallen, irgendwie öffentlich Versammlungen anzuberaumen, Entschädigung oder dergleichen zu verlangen; der Uebergang hat sich vielmehr in aller Ruhe vollzogen.

Das gleiche war bei Stillegung der Bleierzgruben im Revier Werden der Fall. Wegen ungenügender Bleipreise und wegen mangelnder Zölle mussten in den letzten Jahren im Bergrevier Werden den Betrieb einstellen die Zechen Beuthausen, Thalburg, Ferdinande, Wilhelm II, Eisenberg und die Lintorfer Erzbergwerke. Bei den Gemeinden blieb alles ruhig, die dortigen Bergleute wandten sich dem Kohlenbergbau zu, und so hat sich auch in dortiger Gegend der Uebergang in Ruhe vollzogen. Was den Bleierzbergbau selbst anbelangt, so melden sich schon Stimmen aus der Eifel, die namentlich im Hinblick auf die vom Bundesrat gewollten und in Aussicht gestellten schärferen Vorschriften für den Bleierzgrubenbetrieb den sicheren Untergang der kleineren Bergerzgruben nicht allein, sondern auch grösserer Betriebe in Aussicht stellen. Ich würde das aufs tiefste beklagen, wenn gerade infolge einer solchen Massregel der Bleierzbergbau in der Eifel zum Erliegen käme, umsomehr, als dort die Verhältnisse unendlich viel schwieriger liegen; denn in der Eifel ist weder die Arbeitsgelegenheit in dem Umfange vorhanden wie in unserem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, noch — fürchte ich — werden sich dort andere Industriezweige in solchem Umfange ansiedeln, wie der Herr Handelsminister uns das betreffs des Bezirks Kupferdreh berichten konnte.

Nun hat bei der wirtschaftlich schlechten Lage des Bleierzbaues damals auch der Staat keine Hand gerührt; er hätte das vielleicht gelegentlich des neuen Zolltarifs gekonnt, wenn er an einen Bleierzzoll oder einen Bleizoll gedacht hätte, den ich persönlich auch nicht befürworte; aber es wäre eine staatliche Massregel gewesen, die den wünschenswerten Effekt vielleicht hätte haben können. Die verbündeten Regierungen haben damals in der Zollkommission des Reichstags, deren Mitglied ich zu sein die Ehre hatte, eingewendet, sie könnten einen Bleierzzoll nicht einführen, weil sie auf Rohstoffe keine Zölle legen wollten. Sie könnten auch einen Bleizoll nicht einführen aus Rücksicht auf die konsumierende Industrie. Damals war also für die Verbündeten Regierungen als höherer Gesichtspunkt die Rücksicht auf die konsumierende Industrie massgebend, und man liess den Erzbergbau im Werdener Revier ruhig zugrunde gehen. Soviel über den historischen Verlauf!

Der Herr Abgeordnete Brust hat nun bezweifelt, ob es richtig sei, dass die heute in Betracht kommenden Zechen ohne Bestehen des Syndikats bereits untergegangen sein würden. Wer diese Zechen nach ihrer wirtschaftlichen Situation kennt, der wird im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Brust wissen, dass sie vor dem Bestehen des Syndikats bereits kränkelten, dass sie kaum bestehen konnten, und dass erst das Syndikat sie wieder lebensfähig machte dadurch, dass es das Preisniveau in das richtige Verhältnis hob. Der Herr Kollege Hilbck hat schon hervorgehoben,

dass in dem Kohlensyndikat gerade diese kleinen Zechen der verständigen Leitung des Syndikats die allergrössten Schwierigkeiten machten, und, meine Herren, wenn diese Zechen das Regiment im Kohlensyndikat hätten, dann würde der Entrüstungsschrei der Konsumenten über die Höhe der Kohlenpreise noch viel grösser sein, als er zur Zeit der Kohlennot gewesen ist, auf die ich gleich noch kurz zurückkomme. Also ein grosser Teil des Ruhrreviers ist ohne Zweifel mit Hilfe des Syndikats wieder aufgelebt. Sonst hat das Syndikat selbst, wie das auch bereits hervorgehoben worden ist, mit der Stilllegung dieser Zechen gar nichts zu tun.

Meine Herren, ich komme nun auf das, was bezüglich der Abhilfemassregeln gesagt worden ist, und greife zunächst die Frage der Bahnen heraus. Und da kann ich doch den ablehnenden Standpunkt, den mehrere Redner hier zu der Frage einer Erleichterung der Verkehrs zum Ausdruck gebracht haben, nicht verstehen. Ich glaube, der verehrte Herr Kollege Oeser kennt unsere Ruhrgegend nicht; denn sonst würde er nicht von den grossen Entfernungen gesprochen haben, die da in Betracht kommen sollen. Meine Herren, durchweg bedarf es nur, wo es sich um Strassenbahnen handelt, kleiner Querbahnen, die dort leicht eingebaut werden können, und meines Wissens hat der Herr Bergmeister Engel davon, dass der Staat diese Bahnen bauen solle, kein Wort gesagt; ich habe wenigstens nicht gelesen, dass er diese Aufgabe dem Staate zugewiesen hat. Aber, meine Herren, es haben bereits bezüglich der Verhältnisse der Zeche Bickefeld Verhandlungen stattgefunden, an denen sich erfreulicherweise auch die Eisenbahndirektion Essen beteiligt hat, und diese hat, so viel ich gehört habe, in Aussicht gestellt, dass sie der Einrichtung von Arbeiterzügen näher treten werde. Das ist, meine Herren, auch schon in früheren Fällen geschehen. Herr Kollege Hilbck hat mit Recht auf die Berliner Arbeiterverhältnisse aufmerksam gemacht. Wenn im Ruhrrevier für Bergarbeiter Frühzüge und nach beendeter Schicht entsprechende Züge eingelegt werden, so ist, meine Herren, ein derartiger leicht einzurichtender Verkehr durchaus nicht zu unterschätzen, und erfordert auch nicht so viel Zeit, wie hier angenommen worden ist. Ich habe festgestellt, dass die Zeche „Vereinigte Bonifacius“ bei Kray in früherer Zeit ihre gesamte Arbeiterschaft aus Steele und Mülheim a. d. Ruhr bekam. Die Arbeiter sind damals in geschlossenen Arbeiterzügen auf diese weitere Entfernung befördert worden, und ich erinnere mich noch aus der Zeit, in der ich selbst in Westfalen lebte, dass Zechenarbeiter aus Bommern, weil sie sich dort aus irgend einem Grunde mit dem Betriebsbeamten der Zeche überworfen hatten, nach Langendreer zur Arbeit gingen, während umgekehrt von Langendreer Arbeiter aus demselben Grunde nach Bommern kamen. Das ist eine Entfernung von etwa 1½ Stunden. Die Arbeiter legten also täglich 3 Stunden zu Fuss zurück. Ich erkläre das nicht als wünschenswert; ich sage nur, man muss die Dinge nehmen, wie sie in Westfalen wirklich liegen, und da ist bei der heutigen Verkehrsgelegenheit von so grossen Entfernungen absolut nicht die Rede, wie der Herr Kollege Oeser gemeint hat.

Nun ist der Herr Abgeordnete Brust noch auf unsere Enquête über das Kohlensyndikat zu sprechen gekommen. Meine Herren, ich habe die Ehre, dieser Enquêtekommission im Reichsamt des Innern als Mitglied anzugehören, und ich kann folgendes feststellen. Wenn der Herr Abgeordnete Brust hier mit einer gewissen Emphase die Frage aufwirft, ob die Herren des Kohlensyndikats keine Ahnung gehabt hätten von dem was bezüglich der Zusammenlegung oder der Stillegung kleiner Betriebe bevorstand, so erwidere ich, dass in der Kartellenquête die damaligen Verhältnisse des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats zur Erörterung standen. Es war gar kein Grund vorhanden, irgend welche Prophetie zu treiben. Darüber, was kommen könnte, wurden die Herren des Syndikats nicht gefragt, und konnten also auch nach dieser Richtung nicht antworten. Im übrigen hat es das Kohlensyndikat auch wahrscheinlich gar nicht gewusst, dass bezüglich der Beteiligungsziffer die Umstände eintreten würden, die heute eingetreten sind.

Meine Herren, was die Frage nach der Lohnhöhe in der Syndikatsenquête betrifft, so lautet sie dahin, ob das Syndikat eine Einwirkung auf die Festsetzung der Löhne habe, ebenso wie auch bei anderen Kartellen gefragt worden ist, ob ihrerseits auf die Festsetzung der Löhne eine direkte Einwirkung stattfindet. Diese Frage haben die Vertreter des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates mit vollem Rechte mit nein beantwortet; denn das Syndikat ist eine Aktiengesellschaft zum Kohlenverkauf, die mit der Festsetzung der Löhne absolut nichts zu tun hat. Ich stelle also fest — und das ergibt auch eine Lektüre der stenographischen Berichte, die der Reichsanzeiger über unsere Kartellenquête veröffentlicht hat —, dass diese Antworten der Herren des Syndikats durchaus zutreffende und korrekte gewesen sind.

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir noch mit einigen Worten auf das zurückzukommen, was der Herr Abgeordnete Oeser gesagt hat. Er hat hier Befürchtungen über das Kohlenkontor ausgesprochen. Ja, meine Herren, es ist sehr schwer, oder auch sehr leicht, Befürchtungen auszusprechen, je nachdem man einer Sache sympathisch oder antipathisch gegenübersteht, für die noch die Unterlagen fehlen. Ich muss sagen, bezüglich des Kohlen-

kontors teile ich die Befürchtungen des Abgeordneten Oeser schon deshalb nicht, weil sich das Kohlensyndikat bezüglich der Händlerfrage ausserordentlich vorsichtig und korrekt bekommen hat. Meine Herren, das nötige darüber können Sie ebenfalls in dem Bericht des Reichsanzeigers über die Verhandlungen im Reichsamt des Innern nachlesen. Ich will hier nur an folgendes erinnern: Als wir in diesem Hause über die Kohlennot sprachen, die damals so gross war, dass wir das zwei- und dreifache der deutschen Syndikatspreise im Ausland bezahlen und auch grosse Werke wie z. B. Krupp, Haniel & Lueg in Düsseldorf und andere, die sonst dem Syndikat doch gewiss nahe stehen, teilweise englische Kohle zu diesem hohen Preise beziehen mussten, da, meine Herren, wurde auch hier vom Syndikat gefordert, es solle den Händler ganz ausschalten. Welch ein Geschrei würde namentlich in der Handelsstadt Frankfurt a. M. entstanden sein, wenn das Syndikat diesem Verlangen nachgegeben und die Händler ganz ausgeschaltet hätte! Damals, meine Herren, in der Kohlennot waren es die ausserhalb des Syndikats stehenden Händler, die zum teil die Preise in einer unangemessenen Höhe hielten, (sehr richtig!) die zum teil einen wahren Raub- und Wucherhandel trieben. (Sehr richtig!)

Das Syndikat aber machte seinen Händlern bestimmte Vorschriften, dass sie nicht mehr als so und so viele Prozent Nutzen nehmen durften, (Abgeordneter Schmieding: Hört, hört!) und das, meine Herren, hat in weiten Kreisen sehr gut gewirkt. Dasselbe hat übrigens auch das Kokssyndikat seinen Händlern vorgeschrieben; beide Syndikate haben in dieser Beziehung korrekt gehandelt. — Was soll nun das Syndikat machen? In der Kohlennotskommission dieses Hohen Hauses, die übrigens ihr Ende erreichte, als die Zeit gekommen war, in der wir Not hatten, die Kohle zu verkaufen, die bei Einsetzung der Kommission nicht zu haben war, (Heiterkeit) — so rasch, meine Herren, geht das im wirtschaftlichen Leben — wurde von der einen Seite die Ausschaltung des Handels gefordert, von der andern Seite sagte man: die Händler werden zu sehr durch das Syndikat lahm gelegt. Wenn dann das Syndikat den richtigen und vorsichtigen Weg gegangen ist, über den Sie das Erforderliche in den Kartellenquêteverhandlungen nachlesen können, so darf man auch wohl bezüglich des Kohlenkontors das Zutrauen haben, dass die Sache nicht so schlimm verlaufen wird, wie der Herr Abgeordnete Oeser befürchtet.

Der Herr Abgeordnete Oeser hat das Kohlensyndikat einen Löwen genannt. Meine Herren, es gibt auch zahme Löwen, und das Kohlensyndikat ist ein zahmer Löwe, der öffentlich umhergeht, der alles, was in seinem Löwenhause in Essen passiert, in der Kartellenquête ganz rücksichtslos dargelegt hat. Vor diesem Löwen braucht sich also der Vertreter der Stadt Frankfurt und brauchen wir uns, glaube ich, nicht zu fürchten. (Heiterkeit.)

Am meisten habe ich mich gewundert, dass der geehrte Abgeordnete für Frankfurt der Verstaatlichung ein so warmes Wort geredet hat. Meine Herren, ich möchte jedem von Ihnen, der an billigen Kohlenpreisen ein Interesse hat, zunächst raten, sich einmal bei dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zu erkundigen, was er dem Herrn Minister Möller in Saarbrücken für die Kohlen bezahlen muss. Schon in der Kartellenquête habe ich mir bestätigen lassen, dass die Preise für Lokomotivkohlen, die der Minister der öffentlichen Arbeiten für den Eisenbahnbetrieb bezieht, an der Saar viel höher sind als an der Ruhr, und, meine Herren, soweit ich in meinem Leben den Fiskus überhaupt kennen gelernt habe, glaube ich, das bezüglich billiger Kohlenpreise von diesem Herrn nicht allzuviel zu erwarten sein wird. (Sehr richtig!)

Aber wohin kommen wir denn überhaupt, wenn wir alles verstaatlichen wollen? Wir haben doch jetzt schon in dem verstaatlichten Eisenbahnbetriebe eine so grosse Menge von Beamten und Arbeitern, die der direkten Kontrolle des Staats unterstehen; wir haben eine solche Menge von Beamten und Arbeitern im Reichspostbetriebe, dass ich sagen muss, wenn wir nicht den Zukunftsstaat wollen — und ich glaube, in diesem Hause ist doch noch kein Wunsch dahin ausgesprochen worden —, tun wir gut, von einer Verstaatlichung des Kohlenbergbaues überhaupt abzusehen. Wir kämen damit dort zu ganz anderen Konsequenzen. Ich glaube, dann würde es auch von einer Verstaatlichung der Landwirtschaft nicht mehr weit sein. Wünschen Sie die? (Zuruf rechts: Aber sehr!) Ob die Herren damit einverstanden seien, wusste ich ja nicht: (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links.) — Dann möge mir aber Herr Abgeordneter Schulze-Pelkum mal das Mittel nennen, wie die Landwirtschaft verstaatlicht werden kann! Im Zukunftsstaat wird ja schliesslich alles verstaatlicht sein, sogar die Presse, die dort eine freie Meinungsäusserung auch wohl nicht mehr besitzt, sondern die sich lediglich nach dem Staatsgedanken, der dann massgebend ist, zu richten hat, und die dann wohl auch nicht mehr den Einfluss auf dieses Hohe Haus ausüben kann, wie es teilweise heute der Fall ist.

Das sind die Bemerkungen, die ich zu der Debatte zu machen habe. Im übrigen hat mein Freund Hilbck den Stand der Sache so eingehend dargelegt, dass ich auf weitere Bemerkungen dazu verzichten kann. Es wird das Bestreben der Zechen sein müssen — und ich glaube, die Versicherung abgeben zu können, dass, soweit ich die sehr verständige Leitung des Syndikats kenne, auch das Syndikat nach jeder Richtung dafür vermittelnd ein-

treten und auf die Zechenbesitzer den Einfluss, den es überhaupt in dieser Sache ausüben kann, auch ausüben wird —, eine plötzliche Stillegung einzelner noch abbauwürdiger Betriebe zu vermeiden und eine allmähliche Ueberführung in geordnete Zustände in der Weise herbeizuführen, wie dies als möglich und wünschenswert auch der Herr Minister für Handel und Gewerbe bezeichnet hat. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident v. Kröcher: Meine Herren, Sie werden alle mit mir einig sein, dass wir diese Sache heute zu Ende bringen müssen. Es fragt sich also, wollen wir eine Abendsitzung heute abhalten, oder wollen wir den Gegenstand in der jetzigen Sitzung zu Ende bringen. (Zurufe.) Es scheint mir der Wunsch zu sein, die Sache jetzt zu Ende zu bringen. (Rufe: Abendsitzung!) Da ich verschiedene Stimmen höre, so schlage ich Ihnen vor, die Sache jetzt zu Ende zu bringen. (Zustimmung.) Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hahn.

Dr. Hahn, Abgeordneter: Die eingehende Debatte, die eben stattgefunden hat, und das reichliche Material, das Ihrer Kenntnis unterbreitet worden ist, enthebt mich der Notwendigkeit, mich meinerseits so eingehend zu äussern, wie es sonst notwendig gewesen wäre. (Bravo!) Ich blicke mit einer gewissen Befriedigung auf die heutige Debatte, weil ich der erste gewesen bin, der diese ganze Frage in der Oeffentlichkeit angeschnitten hat. (Heiterkeit.) Das heisst, es war nicht mein Verdienst. Ich war dem Wunsche der Gruppe Weitmar-Bochum des Bundes der Landwirte gefolgt, am 24. März in Weitmar einen Vortrag zu halten; dort wurde ich von sehr wohlmeinenden, königstreuen Bauern auf eine Reihe von Uebelständen in der Kohlenindustrie aufmerksam gemacht und wurde gefragt, ob ich nicht Mittel und Wege wüsste, diese abzustellen. Ich habe dann mit meinen Freunden eine Resolution gegen das Stillegen von Zechen verfasst, und diese Resolution ist in jener Versammlung in Weitmar bei Bochum angenommen worden. Die Presse, die dem Kohlensyndikat nahe steht, hat damals sofort auf diese Resolution Bezug genommen und hat sehr scharfe Kritik daran geübt: ich habe es mir gefallen lassen müssen, dass man von meinen Ausführungen gesagt hat, dass sie für eine sozialdemokratische oder ultramontane Hetzversammlung, aber nicht für eine von ruhigen, national denkenden Landwirten besuchte Versammlung gepasst hätte. Das soll mich aber nicht verleiten, meinerseits nun mit Animosität die Debatte zu führen.

Ich sehe auch, dass die Bewegung im Volke, die sich von der Versammlung in Weitmar an jetzt in Rheinland-Westfalen geltend macht, bereits ihre Wirkung getan hat. Es ist keine Frage, dass die Vossische Zeitung recht hat, wenn sie vor zwei Tagen feststellte, dass die Zechenverwaltungen sich nunmehr bemühten, die Stillegung der Zechen möglichst schmerzlos vor sich gehen zu lassen und die Arbeiter, so weit wie möglich, anderwärts unterzubringen. Ich weiss nicht, ob das der Fall gewesen wäre, wenn eine solche Protestbewegung nicht eingesetzt hätte. Auch die Erklärungen, die inzwischen in den Versammlungen der Gewerken abgegeben worden sind, deren Gewerkschaften an dem Verkauf beteiligt sind, zeigten schon etwas mehr Entgegenkommen. Ich habe das Gefühl, dass die Protestagitation diese Herren erst darauf aufmerksam gemacht hat, dass sie sich aus sozialpolitischen Rücksichten eines grösseren Entgegenkommens gegenüber der betroffenen Bevölkerung zu befleissigen haben, als es anfangs augenscheinlich ihre Absicht gewesen ist.

Nun hat der Herr Minister Möller eine Erklärung abgegeben, über die wir uns nur freuen können. Er hat uns mitgeteilt, dass der Umfang des Stillegens nicht ein so bedeutender ist, wie anfangs angenommen wurde, dass nur drei grössere Zechen beteiligt sind, die ohne Zubusse arbeiten. Er hat aber andererseits doch erkennen lassen, dass sein Ministerium noch nicht das vollständige Material besitzt. Wenn man die Verkäufe von Kuxen verfolgt, so kommt man allerdings zu dem Schluss, dass das Stillegen noch weiterer Zechen zu spekulativen Zwecken beabsichtigt ist. Es zeigt sich das in der rapide steigenden Bewertung der Kuxe von solchen Zechen, welche angekauft und stillgelegt werden sollen. Meine Herren, wir werden ja sehr bald durch die Ministerialkommission, die entsendet werden soll, darüber genaueres erfahren, und ich zweifle nicht, dass, wenn die Auskünfte ungünstig lauten, der Herr Minister das wahr machen wird, was er versprochen hat, dass die Regierung den § 65 des Berggesetzes schärfer auslegen wird, als es bisher die Interessenten gewünscht haben, dass die Regierung durch Entziehung des Bergwerkseigentums sich die Handhabe verschaffen wird, das unnötige Stillegen von Zechen zu verhindern, wodurch öffentliche Interessen auf das schwerste geschädigt werden.

Meine Herren, das Stillegen von Zechen im Süden des Ruhrgebiets gibt mir Veranlassung, mich mit den Zuständen im Ruhrkohlenrevier etwas allgemeiner zu beschäftigen. Es ist richtig, dass die Kohlen in der Nähe der Ruhr sehr bald erschöpft sein werden, und dass der Kohlenbergbau weiter nach Norden wandern muss. Wenn die Bergleute sehen, dass Zechen stillgelegt werden müssen, weil der Kohlenvorrat erschöpft ist, weil die Zechen ersoffen sind usw., so werden sie sich sagen müssen, das ist vis major; sie werden dieselbe beklagen, aber es wird nicht eine solche Erregung ent-

stehen, als wenn sie sehen, dass Zechen stillgelegt werden durch ganz bestimmte willkürliche Massnahmen, wie sie hier vorliegen, speziell durch den Ankauf einer Zeche seitens einer anderen. Ueberall, wo man glaubt, es mit dem freien Willen der Menschen zu tun zu haben, wenn man Schädigungen erfährt, wird die Animosität grösser sein, als wo man einer vis major gegenüber zu stehen vermeint. Da müsste doch eingehendst untersucht werden, ob der Staat denn gar keine Mittel besitzt, eine solche plötzliche Stillegung von Zechen, wie sie jetzt durch Ankäufe bewirkt wird, zu inhibieren. Dieses Stillegen von Zechen könnte nicht stattfinden, wenn nicht der Syndikatsvertrag des Kohlensyndikats die Möglichkeit dazu gäbe. Nach diesem Vertrage darf der einzelne am Syndikat Beteiligte die einzelnen Beteiligungsziffern verschiedener Zechen zusammenlegen und einheitlich zu einer Erhöhung des Förderquantums einer einzelnen Zeche verwenden. Da fragt es sich doch, ob das Kohlensyndikat richtig orgarnisiert ist, ob nicht der Staat doch auf das Kohlensyndikat Einfluss nehmen sollte, um die Zusammenlegung der Beteiligungsziffern und die Ausschaltung der älteren und kleineren Zechen zu verhindern. Ich gebe dabei die Redlichkeit der Absichten der gegenwärtigen Leitung des Kohlensyndikats, von der Herr Dr. Beumer gesprochen hatte, zu. Ich gebe auch zu, dass Herr Abgeordneter Hilbck recht hat, wenn er behauptete: die westfälischen Kohlenbarone, wie er die Gewerken nannte, seien wohlwollende Leute und keine Plusmacher, und hätten für ihre Arbeiter ein Herz. Meine Herren, die Crux liegt ganz wo anders: das Grosskapital, das hinter der Kohlenindustrie steht und immer mehr den massgebenden Einfluss auf dieselbe gewinnt, hat die Uebertreibung in der Produktion und die Rücksichtslosigkeit in der Ausnutzung aller Gewinnchancen verschuldet. (Sehr richtig! rechts.)

Dieses Grosskapital finden Sie weniger in den älteren kleinen südlichen Zechen, sondern in den grösseren neuen nördlichen Zechen an der Arbeit. Das Grosskapital will verdienen! Das Grosskapital vergrössert rapide die Industrie und drängt ihr vielfach geradezu die Kredite auf. Ich verweise hier auf die Arbeit vom Rechtsanwalt Eschenbach im Aprilheft der Preussischen Jahrbücher. Er stellt darin die Ursachen unserer letzten Krisis dar, die, wie er zutreffend konstatiert, hauptsächlich eine Kreditkrisis war. Das Grosskapital dringt nun in die Gesellschaften der Kohlenindustrie ein, natürlich in die neueren grösseren Gesellschaften, die noch über bedeutende Kohlenvorräte verfügen und an der Tonne einen Gewinn haben — nicht von 50 Pfg., wie der Herr Minister von den älteren Zechen gesagt hat —, sondern einen Gewinn von 2 Mk. und darüber, in solche, welche hohe Dividenden und Tantiemen geben. Nicht die germanischen Männer der roten Erde, von denen Herr Hilbck sprach, sind daran schuld, dass die Entwicklung im Kohlenbergbau eine viel zu plötzliche geworden ist, dass jetzt rücksichtslos Zusammenlegungen der Beteiligungsziffern und Stillegung älterer Zechen stattfinden; die treibende Kraft der modernen grosskapitalistischen Entwicklung auf diesem Gebiete steckt nicht in den braven alten Grubenbesitzern in Westfalen, sondern in den Männern der Berliner Börse und den leitenden Persönlichkeiten der grossen Banken. (Sehr richtig! rechts.) Ich will es Ihnen nur an ein paar Beispielen zeigen, wie die grossen Banken in die Kohlenindustrie eindringen. Sie werden sehen, dass ich Ihnen die besten Gesellschaften nennen werde, in deren Verwaltung Sie die grossen Banken vertreten finden. Ich erlaube mir, Ihnen einige Aufsichtsräte zu nennen; ich tue das mit der grössten Hochachtung vor diesen Herren; (grosse Heiterkeit) es liegt mir völlig fern, diese Herren dabei wegen der guten Tantiemen, die sie beziehen, zu beneiden; ja, ich habe Anerkennung für die geschäftliche Tüchtigkeit dieser Männer, die es fertig gebracht haben, in ihre Aufsichtsratsstellen einzurücken und die grossen Gesellschaften des Bergbaues in Abhängigkeit von ihren Firmen zu erhalten. Den Hut ab vor diesen Männern, wenn man rein privatkapitalistisch sprechen will! Ich nenne Ihnen zunächst die „Consolidation“, deren Aufsichtsrat u. a. der Geh. Justizrat M. Winterfeldt von der Berliner Handelsgellschaft angehört; dann die Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft, in deren Aufsichtsrat die Herren Hoeter, Generalkonsul Russel und A. Salomonsohn von der Diskontogesellschaft sitzen, Männer, vor denen ich den grössten Respekt in geschäftlicher Beziehung habe; ferner die Harpener Bergbauaktiengesellschaft, zu deren Aufsichtsrat Herr Geh. Justizrat Winterfeldt von der Handelsgesellschaft gehört; die „Hibernia“, in deren Aufsichtsrat sich die Herren Geh. Justizrat Winterfeldt und C. Fürstenberg von der Handelsgesellschaft befinden, sowie Dr. P. Schwabach, Herr v. Bleichröder und Herr v. Eynern. (Zuruf.) — Ja, pardon, der letzte ist ja kein Bankier, sondern ein verehrtes Mitglied dieses Hohen Hauses.

Betrachten Sie nun die Namen der Aufsichtsräte anderer Gesellschaften. Da ist der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein; seinem Aufsichtsrat gehört Herr Bankier Deichmann in Cöln a. Rh. an; dann der „Nordstern“ mit den Aufsichtsräten Kommerzienrat From-

berg und Fabrikbesitzer A. Thyssen. Letzterer ist allerdings nicht Bankier, ich unterlasse es aber nicht, ihn zu nennen, weil er eine der treibenden Kräfte der Montanindustrie des Niederrheins ist. Beim „Phönix", Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Laar bei Ruhrort, ist Aufsichtsrat Herr Direktor Bernhard Dernburg von der Darmstätter Bank; beim Schalker Gruben- und Hüttenverein nenne ich die Aufsichtsräte Direktor C. Klönne von der Deutschen Bank und den Geh. Seehandlungsrat Schoeller von der Diskontogesellschaft usw.

Ich nenne diese Namen ganz gewiss nicht, um damit etwas zu tun, was an Denunziation streifen könnte. (Heiterkeit links.) Aber, meine Herren, Sie wissen damit, wie es auf diesem Gebiete aussieht, (sehr richtig!) und wer die treibenden Kräfte sind. Es sind die grossen Firmen der Bankwelt, die mehr und mehr auf den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau Einfluss gewinnen; sie treiben die Entwicklung vorwärts. Die alten Gesellschaften werden vergrössert, Zechen werden angekauft, neue Zechen angelegt, und dabei rückt der Bergbau stetig weiter nach Norden vor. Die Direktoren und Beamten der Zechen meinen es ganz gewiss gut mit dem Wohle der ihnen unterstellten Arbeiter, und wenn es nach ihnen ginge, würde sicher keine Zeche stille gelegt; als treibende Kraft, welche die übermässige Entwicklung des Kohlenbergbaus, die Fusionen, die Verlegungen der Syndikatsquoten nach den neuen nördlichen Zechen und damit die Schädigungen der Bevölkerung herbeiführt, muss ich in letzter Instanz die haute finance in Berlin bezeichnen. Ich tue das sine ira et studio, nur um Klarheit zu schaffen. Ich glaube nicht, dass Sie aus meinen Worten die Berechtigung entnehmen werden, das zu bezweifeln. (Zuruf: Nein!) Ich freue mich, das konstatieren zu können.

Was soll nun geschehen, um dieser übertriebenen Entwickelung des Kohlenbergbaus Halt zu gebieten? Dazu ist der Staat berufen. Der Staat hat, als er vor einigen Jahren merkte, dass ihm die Kohlen für seine Eisenbahnen übermässig verteuert wurden, nicht Anstand genommen, Kohlenbergwerke zu erwerben, eine ganze Reihe, deren Namen ich Ihnen aber in Rücksicht auf die Zeit schenken will. (Heiterkeit.) Das tut der Staat, um in seinem Eisenbahnbetriebe nicht zu teuer zu arbeiten. Wenn der Staat aber sieht, dass der Syndikatsvertrag dazu führt, dass kleine Zechen, wo noch Kohlen für Jahrzehnte vorhanden sind, stillgelegt werden, so sollte er es sich überlegen, ob er aus sozialpolitischen Rücksichten nicht eingreifen muss, damit keine Unzufriedenheit unter den Arbeitern entsteht, und diese nicht der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden. Wie könnte er das anfangen? Dadurch, dass er seinen Besitz an Zechen vermehrt, so weit, dass er innerhalb der Kohlenindustrie ein massgebendes Wort mitzusprechen hat. Das wäre die eine Möglichkeit.

Die andere Möglichkeit wäre die, dass das Berggesetz einer Revision unterzogen, dass das Zusammenlegen von Zechen einfach verboten oder mit bestimmten geschäftlichen Nachteilen verknüpft wird, nicht allein für die stillgelegten Zechen, sondern auch für den Fusionsvater, wie man zu sagen pflegt, für diejenige Zeche, die die Stillegung bewerkstelligt. Wenn derart geschäftliche Nachteile mit solchen Stillegungen verknüpft werden, die keine wirtschaftliche Notwendigkeit sind, dann wird man sich sehr hüten, fernerhin derartige Stillegungen vorzunehmen.

Meine Herren, das sind bestimmte einzelne Vorschläge, die ich mir hier auszusprechen erlaube. Sollten alle diese Vorschläge nichts helfen, dann würde allerdings der Staat genötigt sein, auch hier zur Verstaatlichung zu schreiten, wie bei den Eisenbahnen.

Der Herr Abgeordnete Beumer hat darauf hingewiesen, wohin es führen solle, wenn wir auch noch den Bergbau verstaatlichen wollten, nachdem wir bereits die Eisenbahnen verstaatlicht hätten. Meine Herren, ich entsinne mich, dass in den 70er Jahren, vor der Verstaatlichung der Eisenbahnen, dieselben Gravamina dagegen vorgebracht wurden, die Herr Beumer jetzt gegen die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues gerichtet hat. Eine Bergwerksverwaltung in den Händen des Staates, die in sozialpolitischer Beziehung auf alle Klassen der Bevölkerung gleichmässig Rücksicht nimmt, die den wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes gerecht wird, und nicht nur lediglich Gewinninteressen hat, die kann mich nicht schrecken; ich halte sie für sehr viel heilsamer als eine Syndikatsverwaltung, die die Konjunktur rücksichtslos ausnutzt und zeitweilig das ganze Publikum schröpft.

Dem Herrn Handelsminister Möller kann ich nun in einem Punkte nicht beipflichten. Der Herr Minister betonte, dass in den Jahren der Hochkonjunktur, von 1895 bis 1900, das Kohlensyndikat überaus massvoll in seinen Preisfestsetzungen verfahren sei. Ich muss das anerkennen. Ich gehöre auch nicht zu den Gegnern des Prinzips der Syndikate überhaupt; ich sehe in den Syndikaten einen grossen Fortschritt gegenüber dem Kampfe aller gegen alle; aber ich wende mich gegen die Ausschreitungen der Syndikate. Da muss ich sagen, dass vom Jahre 1900 an das Kohlensyndikat entschieden höhere Preise gehalten hat, als es billigerweise hätte halten sollen. Ich möchte den Herrn Minister Möller darauf aufmerksam machen, dass Herr v. Heyl, mit dem er zusammen in derselben Fraktion im Reichstage gesessen hat,

darüber mit Recht bittere Klage führte. Ich kann also nicht zugeben, dass das Kohlensyndikat in voller Rücksichtnahme auf die Interessen der Konsumtion gearbeitet hat. Ich sage deshalb: der Staat sollte vor dem Gedanken nicht zurückschrecken, eventl. den Kohlenbergbau zu verstaatlichen. Ich sehe hierin eine ultima ratio. Möge man immerhin versuchen, dem Privatkapital auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues seine Tätigkeit zu belassen, aber nur, wenn die Allgemeinheit keinen Schaden dabei leidet.

Ich habe mich heute über eins gewundert: über die Art und Weise, wie der Abgeordnete Hilbck hier über den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau gesprochen hat. Aus den Worten des Herrn Hilbck konnten wir alle entnehmen, dass der Kohlenbergbau sich fortgesetzt nach dem Norden verschiebt. Früher wurde er vorwiegend an der Ruhr, jetzt wird er vorwiegend an der Emscher betrieben, und er wird weiter nach dem Norden in das Gebiet der Lippe wandern. So sind nach Norden hin auf 30 km an beiden Ufern des Rheins Flöze erbohrt worden, und es ist nur eine Frage der Zeit, dass sich der Schwerpunkt des Kohlenbergbaues aus dem Gebiete der Emscher nach dem Rhein unterhalb Ruhrort und östlich in das Gebiet der Lippe verlegt. Da wundere ich mich denn sehr, dass der Herr Abgeordnete Hilbck, der mir als Vertreter des Dortmund-Rhein-Kanals in der Emscherlinienführung bekannt ist, uns auf diese Tatsache aufmerksam gemacht hat. Er hätte kein besseres Argument dafür anführen können, dass die Lippe und nicht die Emscher kanalirrt werden muss — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher (den Redner unterbrechend): Aber eine Kanaldebatte würde doch erst bei der Beratung der Kanalvorlage stattfinden. (Grosse Heiterkeit,)

Dr. Hahn, Abgeordneter (fortfahrend): Ich habe auch nicht die Absicht, in eine weitere Kanaldebatte einzugehen. Ich habe nur bedauert, im Interesse eines werten Kollegen, dass er in einer nicht gerade geschickten Weise über die weiteren Aussichten des Kohlenbergbaus gesprochen hat. Er hat damit die Chancen einer Vorlage nicht verbessert, die ihm doch gewiss sehr am Herzen liegt.

Nun hätte ich zum Schlusse noch eine Frage zu beantworten. In den Zeitungen ist mehrfach darauf hingewiesen, wie gerade der Bund der Landwirte dazu gekommen sei, in einer Versammlung in Bochum-Weitmar mit der Frage der Stillegung der Zechen im Ruhrrevier sich zu beschäftigen. Meine Herren, der Bund der Landwirte — das ist in jener Versammlung ausgesprochen worden — hat es sich nicht allein zur Aufgabe gemacht, die gemeinsamen Interessen der deutschen Landwirtschaft im Inlande und gegenüber dem Auslande zu verteidigen, sondern ebenso allen übrigen werktätigen Ständen zu Hilfe zu kommen, wo ihnen Unrecht geschieht.

Es ist uns nicht unbekannt, dass das Kohlensyndikat heutzutage in unserer ganzen Wirtschaftspolitik geradezu ausschlaggebend ist. Das Kohlensyndikat hat ein Interesse daran, dass möglichst viel Kohle verbraucht wird, es fördert deshalb zunächst die Koksproduktion; es hat weiter ein Interesse daran, dass möglichst viel Roheisen in Deutschland hergestellt wird; es fördert deshalb die Roheisenindustrie und gibt ihr Prämien; es hat weiter das gleiche Interesse an der Fabrikation der Halbzeuge usw. Warum? Weil dabei Kohle verbraucht wird. Unsere ganze industrielle Exportprämienpolitik geht deshalb vom Kohlensyndikat aus.

Mit dieser Syndikatsprämienwirtschaft sind wir zu dem jetzigen Zustand gekommen, dass das Ausland heute unsere Kohlen, unser Roheisen, unsere Halbzeuge billiger bekommt, als wir sie im Inlande kaufen können. Die Eisenindustrie hat hohe Zölle, die sie im Reichstage beim neuen Zolltarif durchgesetzt hat, beherrscht damit den Inlandsmarkt und nimmt uns hohe Preise ab. Mit ihren Exportprämien wirft sie zugleich bei Ueberproduktion ihren Ueberschuss billig in das Ausland. Die Kohlenindustrie aber steht sich dabei ausgezeichnet, denn sie kann dabei viel Kohle absetzen und befördert deshalb diese Entwicklung. Vorwiegend in Rücksicht auf die rheinisch-westfälische Montanindustrie ist seinerzeit der russische Handelsvertrag abgeschlossen worden, wie Herr v. Heyl einmal ausgeführt hat; in Rücksicht auf die rheinisch-westfälische Grossindustrie wird auch weiter in Deutschland Wirtschaftspolitik gemacht! Da haben wir allerdings im Bunde der Landwirte noch ein besonderes Interesse daran, die geschäftlichen Unternehmungen dieser Grossindustrie, speziell auch des Kohlensyndikats, auf das genaueste zu verfolgen!

Meine Herren, wie haben sich die Verhältnisse verändert! Im Jahre 1870 wurden im Oberbergamtsbezirk Dortmund 12 Millionen Tonnen Kohlen gefördert; 51 000 Mann waren dabei beschäftigt. Im Jahre 1902 waren es 58 Millionen Tonnen, und beschäftigt waren dabei 244 000 Mann. In den 70er und 80er Jahren hatten wir eine Depression der Kohlenindustrie. Die Besitzer der Zechen wussten ihre Kohlen nicht loszuwerden. Damals kam Fürst Bismarck auf die Idee, den deutschen Kohlen gegenüber der englischen Konkurrenz durch Kanalbauten Absatz und zwar an der Nordsee — durch den Küstenkanal — zu verschaffen. Meine Herren, es handelt sich jetzt nicht um mangelnden Absatz für die Kohlenindustrie, sondern um Ueberproduktion, und wir haben keine Veranlassung, der Kohlenindustrie gegen-

über Konnivenz zu üben, wenn sie so rücksichtslose Massregeln aus Gewinnrücksichten ergreiften, wie es hier geschehen ist.

Ich möchte daher bitten, dass es der Herr Minister Möller nicht dabei bewenden lassen wolle, eine schäfere Auslegung des § 65 des Berggesetzes ins Auge zu fassen, sondern auch Erwägungen darüber anzustellen, ob der Staat nicht auch auf die Politik des Kohlensyndikats einen massgebenden Einfluss gewinnen kann. Sollte dem Staate das nicht gelingen, sollte das Kohlensyndikat die Ausschaltung kleinerer Zechen weiterhin zulassen, dann wird in weiteren Kreisen der Ruf nach Verstaatlichung der Kohlenindustrie immer stärker werden. Wer die Kohlenindustrie in der jetzigen Form ihrer Organisation als eine Privatindustrie erhalten will, der möge alles tun, um die Animosität gegen das Kohlensyndikat und seine einzelnen Firmen aus der Welt zu schaffen. Ich meine, die Firmen des Kohlensyndikats und der Grossindustrie in Rheinland und Westfalen hätten alle Veranlassung, in sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Beziehung recht artig zu sein, damit nicht eine starke Animosität im Lande gegen sie erwächst. (Bravo! rechts.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Brust.

Brust, Abgeordneter: Meine Herren, gestatten Sie mir noch einige kurze Bemerkungen. Vorhin hat der Abgeordnete Dr. Beumer gemeint, ich sei wohl nicht die geeignete Person, um hier in dieser Frage mitzureden. Ich glaube ja gern, dass der Herr Abgeordnete Dr. Beumer und meine Wenigkeit in unserem Urteile über die Sache weit von einander abweichen. Ich glaube aber auch, sein Blick ist etwas sehr getrübt bei der Beurteilung der Sachlage am Piesberg. Der Abgeordnete Dr. Beumer hat gesprochen von einer Kraftprobe, die ich da gemacht hätte, und hat mir gleichsam untergeschoben, dass ich die Leute dort verführt hätte; denn wenn er von Verführen sprach, konnte ja kaum ein anderer gemeint sein als ich, der sie verführt hätte.

Wie lagen nun die Verhältnisse wirklich am Piesberg? Meine Herren, ich verkenne gar nicht, dass der Piesberg unrentabel war, und dass die Gesellschaft grosse Opfer gebracht hat. Es handelt sich aber hier bei der Streitfrage darum: man wollte an sieben katholischen Feiertagen die Arbeiter beschäftigen, und zwar an Feiertagen, von denen zwei auch von den Evangelischen, von den Altlutheranern Hannovers als Feiertage mitgehalten wurden; diese Feiertage waren niemals angetastet! Das Recht der Arbeiter war auch begründet durch die damals noch in Geltung befindliche Hannoversche Sabbathordnung. Es wurde dadurch die Arbeit an diesen Feiertagen verboten. Und nun kann keine Rede davon sein, dass ich dort eine Kraftprobe hätte machen wollen; dazu waren die Leute noch zu wenig organisiert, und wir hatten gewiss keine Veranlassung, unser gutes Geld dort unnützerweise zu verwenden.

Wir sind auch dort dem Arbeitgeber, der Gesellschaft, auf das weiteste entgegengekommen. Man beabsichtigte, zwei neue Pumpen einzubauen, um die Wasser zu heben. Ich habe selbst mit dem Leiter der Gesellschaft persönlich in Konferenz unterhandelt, und ich habe zuerst zugegeben: wir wollen an den Tagen arbeiten, bis eine Pumpe eingebaut ist. Als das abgelehnt wurde, habe ich gesagt: gut, dann wollen wir an den Tagen arbeiten, bis beide Pumpen eingebaut sind und die Wasser gehoben werden können und der Betrieb in seinem früheren vollen Umfange wieder aufgenommen werden kann. Meine Herren, auch dieses Angebot — wir hätten zwei, vielleicht drei Jahre die Feiertage preisgeben müssen — hat man strikte abgelehnt. Darauf habe ich nicht die Leute veranlasst zu streiken, im Gegenteil, die Gewerkschaft hat 40 oder einigen mehr Arbeitern gekündigt. die an einem dieser Feiertage nicht gearbeitet haben, und darauf haben die anderen Arbeiter, 400 an der Zahl, gemeinsam eine schriftliche Kündigungserklärung abgegeben und sind dann allerdings an dem Tage, wo die Kündigung abgelaufen war, in den Ausstand getreten; nach meiner Auffassung nicht vertragsbrüchig. Wohl war der andere Teil der Belegschaft, der sich bei der schriftlichen Kündigungserklärung nicht angeschlossen hatte, vertragsbrüchig. Ich meine also, wir hätten alles getan, was in unserer Macht lag, um Frieden zu halten.

Welche Praktiken man dort gebraucht hat, um die Oeffentlichkeit zu täuschen, geht daraus hervor, dass man den Bischof von Osnabrück zu täuschen wusste dahin, dass er Dispens gab für die katholischen Arbeiter, dass sie an diesem Tage arbeiten könnten. Als aber dem Bischof, der ein ganz greiser, alter Mann war, Aufklärung gegeben wurde durch eine Arbeiterdeputation und durch die untere Geistlichkeit, da hat er den Dispens sofort zurückgezogen.

Man hat also auf Umwegen den Arbeitern die Feiertage nehmen wolle. Ich betrachte als Arbeiterführer die Feiertage nicht allein als solche, sondern auch als Ruhetage und fordere vom sozialen Standpunkt aus, dass den Arbeitern die nötigen Ruhetage nicht noch eingeschränkt werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Beumer hat dann auch angeführt, die Gruben würden jetzt wohl nicht mehr die Absicht haben, plötzlich noch Werke stillzulegen. Das glaube ich nun auch; denn durch die jetzigen Vorgänge im Ruhrgebiet und namentlich durch die Verhandlungen, die wir hier gehabt haben, wird ihnen zweifellos das Gewissen geschärft sein. Hoffen wir, dass

sie von weiteren Stillegungen Abstand nehmen, dass dadurch schwere soziale Schäden ferngehalten werden und dann bald Ruhe und Zufriedenheit in den Kreisen des Ruhrgebiets eintreten wird.

Präsident v. Kröcher: Es ist der Schluss der Besprechung beantragt von den Abgeordneten Dr. Friedberg und Frhr. v. Zedlitz. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung genügt. — Zum Wort sind noch gemeldet die Abgeordneten Dr. Friedberg, Dr. Voltz, Schmieding (Dortmund), Stackmann (Wetzlar) und Dr. v. Savigny.

Ich bitte nunmehr, dass diejenigen Herren stehen bleiben respektive aufstehen, welche den Schluss herbeiführen wollen. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Die Besprechung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Beumer.

Dr. Beumer, Abgeordneter: Meine Herren, ich habe nicht gesagt, dass der Abgeordnete Brust die Piesberger Arbeiter, die tatsächlich mit Genehmigung des Bischofs an 7 katholischen Feiertagen arbeiten durften, verführt habe, sondern ich habe lediglich gesagt, dass er dort eine Kraftprobe veranstaltelt habe, und dass infolge dieser Kraftprobe der Piesberg ersoffen sei. Das halte ich aufrecht.

Präsident v. Kröcher: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dr. v. Savigny.

Dr. v. Savigny, Abgeordneter: Meine Herren nach der Bestimmung unserer Geschäftsordnung, dass bei Interpellationen Anträge unzulässig sind, muss ich mich jetzt darauf beschränken, geschäftsordnungsmässig anzukündigen, dass ich mit meinen Freunden einen Antrag in dem Sinne einbringen werde,

die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Frage zu prüfen, ob der § 65 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 eine ausreichende Handhabe bietet, das freiwillige, die beteiligten Gemeinden und deren Einwohner schwer schädigende Stillegen von Bergwerksunternehmungen zu verhindern, und nötigenfalls, und zwar noch in dieser Session, einen Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen, welcher das Berggesetz dahin ergänzt, dass gegen jene Schädigungen wirksame Vorkehrungen getroffen werden können.

Bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes ist es unser Wunsch, durch Beratung in einer Kommission eine weitere Klärung herbeizuführen.

Präsident v. Kröcher: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Hilbck.

Hilbck, Abgeordneter: Ich möchte Herrn Dr. Hahn erwidern, dass ich allerdings gesagt habe, dass der Bergbau in einer Wanderung vom Süden nach dem Norden begriffen sei; aber Herr Dr. Hahn unterschätzt doch die Zeit, die dazu nötig ist. Sie ist zwar nicht ganz so lang, wie sie zur Bildung der Kohle nötig war: aber bis man von der Ems nach der Lippe durchdringen wird, dauert es wenigstens 100 Jahre.

Präsident v. Kröcher: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Brust.

Brust, Abg.: Ich möchte Herrn Dr. Beumer auf seine Ausführungen bemerken, dass ich eben schon den Vorwurt zurückgewiesen habe, ich hätte eine Kraftprobe am Piesberg ausgeführt. Ich habe dafür in meinen Ausführungen den Beweis erbracht, dass das nicht geschehen ist.

Präsident v. Kröcher: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Beumer.

Dr. Beumer, Abgeordneter: Dass Herr Brust diesen Beweis erbracht habe, ist lediglich seine persönliche Ansicht; die meine ist es nicht.

Präsident v. Kröcher: Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Druck von Thaden & Schmemann, Essen-Ruhr.